

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

November 1959

11. Jahrgang · Heft 11

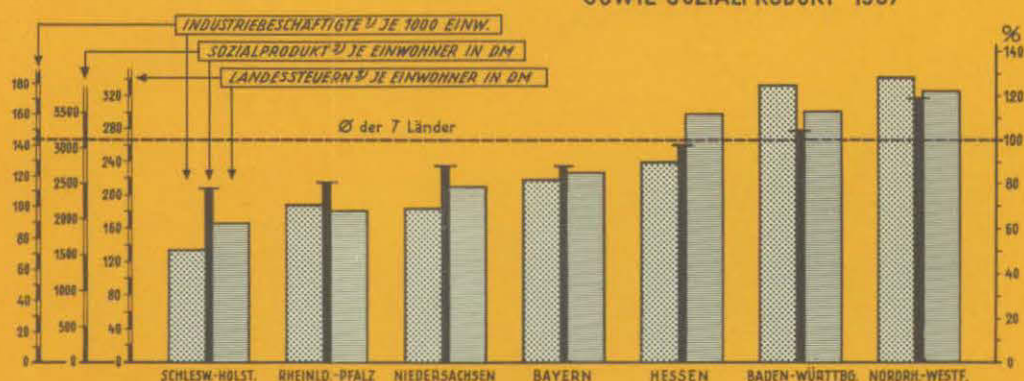


## INHALT

Aktuelle Auslese . . . . .	277	Die Erzeuger- und Großhandelspreise 1957 u. 1958	291
Aus dem Inhalt . . . . .	278	Der Güterfernverkehr auf Lastkraftfahr- zeugen im Jahre 1955 . . . . .	299
Die Arbeitseinkommen im Jahre 1957 . . . . .	280	Die öffentliche Fürsorge in Schleswig- Holstein 1956-1958 . . . . .	303
Arbeitseinkommen von Ehepaaren . . . . .	285	Kurzberichte . . . . .	306
Die Getreideernte und ihre Verwertung 1957/58 und 1958/59 . . . . .	287	Tabellenteil . . . . .	81*
Graphik des Monats: „Industrialisierungsgrad und Steueraufkommen“ . . . . .		296	

D-2621

### INDUSTRIALISIERUNGSGRAD UND LANDESSTEUERAUFKOMMEN 1958 SOWIE SOZIALPRODUKT 1957



<sup>1)</sup>nach der monatlichen Industriebetriebserfassung, ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft  
<sup>2)</sup>Inlandsprodukt zu Faktorkosten <sup>3)</sup>nach Abzug des Bundesanteils

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

# DIE ABWEICHUNGEN SCHLESWIG-HOLSTEINS VOM BUNDESDURCHSCHNITT

- in % -

Statistischer Tatbestand	Bezugsgrösse — Stichtag	Jahresvergleich				Monatsvergleich					
		1950	1957	1958	1959	1958			1959		
						Juli	Aug.	Sept.	Juli	Aug.	Sept.
Abweichung der Werte für die Summen im betreffenden Zeitraum											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten	Einwohner	- 31	- 24	- 24		-	-	-	-	-	-
Geleistete Stunden in der Industrie	Einwohner	- 58	- 48	- 47	-	- 49	- 45	- 45	- 47		
in der Bauwirtschaft	Einwohner	- 18,7	- 1,5	+ 7,3		+ 8,7	+ 11,6	+ 10,3	+ 4,3	+ 5,4	
Pkw-Zulassungen	Einwohner	- 40	- 12	- 7		- 8	+ 1	- 10	- 7	- 11	- 8
Abweichung der Werte am Stichtag											
Beschäftigte in der Industrie	Einwohner Jahres/Mon.-Ende	- 59	- 49	- 49		- 49	- 49	- 49	- 49		
Arbeitslose	Arbeitnehmer Jahres/Mon.-Ende	+ 147	+ 84	+ 76		+ 86	+ 84	+ 106	+ 122	+ 124	
Spareinlagen	Einwohner Jahres/Mon.-Ende	- 38	- 27	- 27		- 26	- 26	- 27	- 28	- 27	
Pkw-Bestand	Einwohner 1. 7.	- 36	- 16	- 14	- 10	-	-	-	-	-	-

Statistischer Tatbestand	Bezugsgrösse Stichtag	Jahresvergleich				Vierteljahresvergleich					
		1950	1957	1958	1959	1958			1959		
						II	III	IV	I	II	III
Abweichung der Werte für die Summen im betreffenden Zeitraum											
Wanderungen <sup>1</sup>	Einwohner	+ 53	+ 23	+ 25		+ 41	+ 15	+ 22	+ 26		
Steueraufkommen aus											
Umsatzsteuer	Einwohner	- 36	- 38	- 37		- 37	- 34	- 36	- 40	- 36	
Landessteuern	Einwohner	- 48	- 46	- 40		- 41	- 38	- 36	- 44	- 37	
Gewerbesteuer <sup>2</sup>	Einwohner	- 37	- 43	- 39		- 45	- 44	- 30	- 29	- 33	
Abweichung der Werte am Stichtag											
Vertriebene	Einwohner Jahres/Vj.-Ende	+ 94 <sup>a</sup>	+ 56	+ 54		+ 55	+ 55	+ 54	+ 54	+ 53	
Schüler in allgemeinbildenden Schulen	Einwohner Mai	+ 20 <sup>b</sup>	+ 20			-	-	-	-	-	-
Beschäftigte Arbeitnehmer	Einwohner 31.3./Vj.-Ende	- 19,4	- 13,4	- 12,2	- 13,8	- 9,7	- 10,0	- 13,9	- 13,8	- 11,7	
Industrie											
männliche Facharbeiter											
geleistete <sup>3</sup> Wochenarbeitszeit	Arbeiter <sup>4</sup>	- 0,2	+ 4,7	+ 8,5		+ 4,8	+ 8,5	+ 4,6	+ 6,5	+ 9,2	
Brutto-Stundenverdienst	Arbeiter <sup>4</sup>	- 6,0	- 5,4	- 3,0		- 3,1	- 3,0	- 2,5	- 3,6	- 2,9	
Brutto-Wochenverdienst	Arbeiter <sup>4</sup>	- 6,2	- 2,2	+ 2,3		+ 0,2	+ 2,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	
Fürsorgeunterstützte <sup>5</sup>	Einwohner 31. 3.	+ 29	+ 60	+ 56		-	-	-	-	-	-

1) Mobilitätsziffer; für Land und Bund: Summe der Zu- und Fortzüge über die Aussengrenze und der Zuzüge innerhalb des Bereichs 2) nach Ertrag und Kapital 3) 1950: bezahlte 4) Stand beim Jahresvergleich: August; beim Vierteljahresvergleich: mittlerer Monat 5) in offener Fürsorge und Tbc-Hilfe laufend Unterstützte, 1950: 31. 12. a) berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 b) 1951



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

November 1959



11. Jahrgang · Heft 11

## Aktuelle Auslese



### FAST 20 000 FABRIKNEUE PKW ZUGELASSEN

In den ersten acht Monaten des Jahres 1959 wurden in Schleswig-Holstein 19 700 fabrikneue Personenkraftwagen zum Verkehr zugelassen. Das waren 2 500 (+ 15%) Pkw mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1958. Im Bundesgebiet betrug die Zuwachsrate 16%.



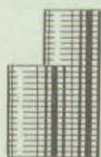
### GROSSER BAUVORRAT

Der Bauvorrat, d.h. der Bestand an baupolizeilich zum Bau freigegebenen, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen ist - trotz der vielen Baufertigstellungen - größer als im Vorjahr. Ende September 1959 umfaßte er 35 213 Wohnungen, 5% mehr als am 30. Juni 1959 und 17% mehr als am 30. September 1958. - In den ersten neun Monaten des Jahres 1959 sind 10 975 Wohnungen fertiggestellt worden, im gleichen Zeitraum des Jahres 1958 waren es nur 7 152 Wohnungen.



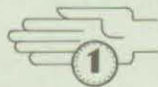
### LEBHAFTER FREMDENVERKEHR IM SOMMER 1959

Im Sommerhalbjahr 1959 (April bis September) hatte Schleswig-Holstein - nach den vorläufigen Ergebnissen aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden - 1,1 Mio Gäste mit 8,2 Mio Übernachtungen. Gegenüber dem Sommerhalbjahr 1958 ist die Zahl der Gäste um 12%, die der Übernachtungen um 15% gestiegen. - Die Zeitplätze in den Fremdenverkehrsgemeinden wurden von 285 000 Gästen besucht. Es wurden 1,3 Mio Übernachtungen gezählt.



### 1,3 MILLIARDEN DM EINLAGEN BEI DEN SPARKASSEN

Ende September 1959 hatten die 61 Sparkassen Schleswig-Holsteins einen Einlagenbestand von 1,3 Mrd DM; davon entfielen 818 Mio DM (62%) auf Spareinlagen, 379 Mio DM auf Sicht- und 112 Mio DM auf Termineinlagen. In den ersten neun Monaten des Jahres 1959 erhöhten sich die Spareinlagen um 112 Mio DM (+ 16%).



### HOHES GEWERBESTEUER- AUFKOMMEN

Im ersten Rechnungshalbjahr 1959 betrugen die kassenmäßigen Einnahmen aus Gemeindesteuern 142 Mio DM, das waren 34 Mio DM (+ 31%) mehr als im ersten Rechnungshalbjahr 1958. Von den Mehreinnahmen entfielen 31 Mio DM auf die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital, deren Aufkommen sich um 59% erhöhte.



### WANDERUNGSGEWINN BEI DEN GRÖßEREN GEMEINDEN

Im Jahre 1958 hatte Schleswig-Holstein einen Wanderungsgewinn (mehr Zuzüge als Fortzüge) von rund 3 000 Personen. Während die Gemeinden über 2 000 Einwohner ihre Bevölkerungszahl durch einen Wanderungsgewinn von rund 11 000 Personen vergrößern konnten, hatten die kleinen Gemeinden (unter 2 000 Einwohner) einen Wanderungsverlust (mehr Fortzüge als Zuzüge) von fast 8 000 Personen. Den größten Wanderungsgewinn wiesen die Gemeinden mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern auf.



## Aus dem Inhalt

### Die Arbeitseinkommen im Jahre 1957

Seite 280

Im Jahre 1957 verdienten die Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein 3,3 Mrd DM, 22% mehr als 1955. Diese Steigerung ist z.T. auf die Zunahme der Zahl der Lohnsteuerpflichtigen, zum überwiegenden Teil aber auf Lohn- und Gehaltserhöhungen zurückzuführen. Der durchschnittliche Jahresbruttolohn machte 1955 3 697 DM und 1957 4 243 DM aus. Der Bruttolohn war 1957 im Durchschnitt mit 4,5% Lohnsteuer belastet. Von 1955 bis 1957 hatten sich die Löhne und Gehälter in höhere Gehaltsgruppen verlagert. Die unteren Lohngruppen (Monatseinkommen bis 400 DM) waren 1957 schwächer besetzt als 1955. Die Arbeitsverhältnisse haben sich weiterhin stabilisiert; die Zahl der ganzjährig Beschäftigten hat zwischen 1955 und 1957 um 11% zu- und die der nicht ganzjährig Beschäftigten um 5% abgenommen. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer betrug 1955 33% und 1957 35%. - Von den ganzjährig Beschäftigten verdienten 1955 ein knappes Viertel und 1957 ein knappes Fünftel weniger als 2 400 DM im Jahr. Das häufigste Monatseinkommen der ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmer lag 1957 zwischen 400 und 500 DM. Nur 3% verdienten 1 000 DM und mehr im Monat. - Die Frauen - ganzjährig und nicht ganzjährig Beschäftigte - verdienten durchschnittlich 2 600 DM im Jahr und damit nur etwas mehr als die Hälfte ihrer männlichen Kollegen (5 100 DM). - Fast drei Fünftel der Lohnsteuerpflichtigen waren verheiratet. Die meisten von ihnen hatten Anspruch auf Kinderermäßigung. Bemerkenswert ist, daß etwa jeder 11. Steuerpflichtige zu einem Haushalt gehörte, in dem auch der andere Ehepartner Arbeitseinkommen hatte. - Die Steuerbelastung war in den einzelnen Bruttolohngruppen unterschiedlich. Mit steigendem Einkommen stieg die Lohnsteuerbelastung von 0,3% bei einem Jahresbruttolohn bis zu 2 400 DM auf 19,4% bei einem Jahresbruttolohn von 20 000 DM und darüber. - Etwa jeder 6. Lohnsteuerpflichtige konnte zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge (z.B. erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben) in Anspruch nehmen. - Von je 1 000 Einwohnern waren im Landesdurchschnitt 342, in den Landkreisen nur 313, in den Stadtkreisen aber 413 lohnsteuerpflichtig.

### Arbeitseinkommen von Ehepaaren

Seite 285

Die übliche Aufbereitung der Lohnsteuerkarten ermöglicht nur die Betrachtung der Einzeleinkommen und gibt keine Anhaltspunkte über das der Familie zur Verfügung stehende Einkommen. In einer Sonderuntersuchung für das Jahr 1957 wurde nun versucht, für eine Anzahl von Ehepaaren statt der Einzeleinkommen das zusammengefaßte Arbeitseinkommen dieser Ehepaare zu ermitteln. - Die individuelle Lohnschichtung für die ausgewählten Ehepartner, die beide verdienten, ergab, daß die unterste Bruttolohngruppe (bis zu 200 DM Monatslohn) am stärksten besetzt war. Nach der Zusammenführung dieser Individualeinkommen zu Einkommen von Ehepaaren zeigte sich jedoch, daß nur noch reichlich 1% der Ehepaare zur untersten Lohngruppe gehörten. Fast drei Viertel der Ehepaare hatten ein Monatseinkommen - wenn das beider Partner zusammengerechnet wurde - von 500 DM und darüber. - Von insgesamt 451 000 in der Lohnsteuerstatistik ermittelten verheirateten Lohnsteuerpflichtigen waren 70 800 (16%) mitverdienende Ehepartner, d.h. in der gleichen Zahl von "Arbeitnehmerehen" waren beide Partner berufstätig. - Nach den Ergebnissen der Sonderuntersuchung verdienten in der Regel die Män-

ner mehr als ihre Ehefrauen. In der untersten Bruttolohngruppe war in etwa jeder 3. Ehe das Einkommen der Ehefrau größer als das des Ehemannes. Mit steigender Lohngruppe wurden die mehr als ihre Männer verdienenden Ehefrauen immer seltener. - Der Anteil der bis 200 DM im Monat verdienenden Ehefrauen war in dem untersuchten Stadtkreis (Kiel) mit 48% niedriger als in den einbezogenen Landkreisen (72%).

### Die Getreideernte und ihre Verwertung 1957/58 und 1958/59

Seite 287

Die Anbaufläche für Getreide war 1958 in Schleswig-Holstein 405 000 ha groß. Die Größe der Getreidefläche war in den letzten Jahren ziemlich konstant geblieben. Im Vergleich zu 1957 war aber der Anbau an Weizen und Gerste ausgedehnt und der von Roggen und Hafer eingeschränkt worden. - Die Ernteerträge waren 1958 bei allen Getreidearten - außer Hafer - niedriger als im Vorjahr. 1957 wurden 30,1 dz/ha Getreide geerntet, 1958 waren es nur 25,8 dz/ha. - 1958/59 wurden 514 000 t Getreide verkauft, davon waren fast drei Viertel Brotgetreide und reichlich ein Viertel Futtergetreide. Die Verkäufe der Landwirtschaft drängen sich von Jahr zu Jahr stärker unmittelbar nach der Ernte zusammen. Für das Jahr 1958/59 waren bis zum 30.9.1958 bereits 49% des gesamten zum Verkauf bestimmten Roggens und 55% des Weizens verkauft. Von den Getreideverkäufen entfielen sowohl im Wirtschaftsjahr 1957/58 als auch 1958/59 etwa 60% auf das ostholsteinische Hügelland, 25% auf die Geest und 15% auf die Marsch. - Die Hauptkäufer waren die Mühlen (mit und ohne Handel). Sie nahmen 1958/59 42,5% des verkauften Getreides auf; 31,4% gingen an den Handel und 26,1% an die Genossenschaften. - Schleswig-Holstein ist ein Überschußland an Getreide. Die hohen Fracht- und Handelskosten bewirken aber, daß ein natürlicher Abfluß in andere Verbrauchergebiete nicht stattfindet. Die nicht im Lande verbrauchten Getreidemengen werden daher von der Einfuhr- und Vorratsstelle übernommen. - Die Getreidemengen, die nicht verkauft werden, werden in den Betrieben der Landwirtschaft verwertet (Wirtschaftsverbrauch). 1958/59 betrug der Wirtschaftsverbrauch 530 000 t Getreide, von denen 390 000 t verfüttert wurden.

### Die Erzeuger- und Großhandelspreise 1957 und 1958

Seite 291

Die Preisindizes sind ein Instrument unter vielen anderen zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie vermitteln ein Bild von den reinen Preisänderungen. - Der Preisindex ausgewählter Grundstoffe wurde nach dem Bedarf im Jahre 1950 zusammengestellt. Die in der folgenden Zeit sich ergebenden mengenmäßigen Veränderungen mußten unberücksichtigt bleiben. - 1956 und 1957 verlief der Preisindex ausgewählter Grundstoffe um einen leicht steigenden Trend, während 1958 ein Rückgang einsetzte, der im September 1958 wieder zum Stillstand kam. Im Dezember 1958 erreichte der Preisindex die gleiche Höhe wie im Dezember 1956. - Die Preisentwicklung verlief bei den inländischen Grundstoffen anders als bei den ausländischen. Das Preisniveau der ausländischen Güter erreichte Ende 1956 seinen vorläufigen Höhepunkt. Im Laufe der beiden folgenden Jahre gingen dann die Preise zurück, so daß der Preisindex für Grundstoffe ausländischer Herkunft im Dezember 1958 um 13% niedriger lag als im Dezember 1956. In der gleichen Zeit verlief die Preisentwicklung



auf dem Binnenmarkt bis Anfang 1958 weiter steigend und begann erst dann leicht nachzugeben. - Der Verlauf des Preisindex industrieller Grundstoffe zeigte die Auswirkungen der Preiserhöhungen von Kohle und Stahl im Herbst 1956 und 1957. Nach diesen Erhöhungen verlief der Index weitgehend ausgeglichen. Im Jahresdurchschnitt stieg der Preisindex landwirtschaftlicher Grundstoffe 1957 um knapp 1% an, fiel aber 1958 wieder auf das Niveau von 1956 zurück. - Die Indices der Erzeugerpreise geben die Preisentwicklung der im Binnenland erstellten Güter wieder. Der Index der Erzeugerpreise für industrielle Produkte zeigte 1957 und 1958 nur geringe Veränderungen. Weniger ausgeglichen war der Verlauf des Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte. Die hier auftretenden Preisschwankungen wurden z.T. durch staatliche Eingriffe (Subventionen usw.) abgeschwächt.

#### Der Güterfernverkehr auf Lastkraftfahrzeugen im Jahre 1955

Seite 299

Der Anteil Schleswig-Holsteins am gesamten Güterfernverkehr auf Lastkraftwagen in der Bundesrepublik war, verglichen mit den Anteilen der übrigen Bundesländer, im Jahre 1955 recht klein. Hierbei hat Schleswig-Holstein auch mehr Güter auf Lastkraftwagen empfangen als es versandte. Charakteristisch für den Güterfernverkehr des Landes auf der Straße ist die geringe Verkehrsweite. Besonders anschaulich geht dies aus dem hohen Anteil des Binnenverkehrs zuzüglich des Güterverkehrs mit den unmittelbar an Schleswig-Holstein angrenzenden Bundesländern am gesamten Güterverkehr des Landes auf Lastkraftwagen hervor. Hauptempfangs- und zugleich -lieferländer waren im Wechselverkehr mit den übrigen Bundesländern Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und im Verkehr mit Gebieten außerhalb des Bundesgebiets Berlin (West) und Dänemark. - Das Haupttätigkeitsgebiet sowohl der gewerblichen Güterfernverkehrsunternehmen als auch des Werkfernverkehrs lag im Binnenverkehr und im Wechselverkehr mit den unmittelbar an Schleswig-Holstein angrenzenden Bundesländern Hamburg und Niedersachsen. Insgesamt gesehen wurde zwar der größte Teil des Transportvolumens von Fahrzeugen der gewerblichen Güterfernverkehrsunternehmen befördert, doch hatte der Werkfernverkehr den größten Anteil an den Transportleistungen innerhalb der Landesgrenzen. - Rechnet man zu der transportierten Menge der Gütergruppe "Zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, Stärke, Spiritus", die den größten Einzelanteil am Güterumschlag auf Lastkraftwagen besitzt, die Transporte der übrigen Ernährungs- und Agrargütergruppen hinzu, so zeigt sich, daß ein sehr wesentlicher Teil der Gütertransporte auf Lastkraftwagen im Jahre 1955 in der Beförderung von höherwertigen Güterarten

bestanden hat. Die bisherige Erfahrung, daß die Eisenbahn in der Beförderung von Massengütern auf lange Verkehrsentfernungen eine vorherrschende Stellung, zumindest in Schleswig-Holstein, einnimmt, wird von den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung über die Verkehrsleistungen des Güterfernverkehrs auf Lastkraftwagen nach Umfang, Art und Richtung der durchgeführten Transporte für das Jahr 1955 eindeutig bestätigt.

#### Die öffentliche Fürsorge in Schleswig-Holstein

1956 - 1958

Seite 303

Die Gesamtausgaben der Fürsorgeverbände beliefen sich im Rechnungsjahr 1958 auf 91 Mio DM. Ein Viertel des Betrages konnte durch eigene Einnahmen der Fürsorgeverbände (Ersatz durch Unterstützte, Zahlungen der Sozialleistungsträger usw.) gedeckt werden. Der Rest wurde durch öffentliche Mittel aufgebracht. - Für die Fürsorge wurden 1958 66 Mio DM ausgegeben; davon wurden 57% für die offene und 43% für die geschlossene (Anstalts-) Betreuung gebraucht. In der offenen Fürsorge wurden vier Fünftel der Gesamtausgaben für laufende und ein Fünftel für einmalige Unterstützungen verwendet. - In der Tbc-Hilfe spielt die Anstaltsbetreuung eine recht große Rolle. 1958 entfiel auf sie 49% der Aufwendungen. Insgesamt wurden für die Tbc-Hilfe 7,5 Mio DM ausgegeben. - Die soziale Fürsorge gemäß Bundesversorgungsgesetz beschränkt sich auf Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene. Im Rahmen der sozialen Fürsorge gibt es drei Arten von Unterstützungen: Berufsfürsorge, Erziehungsbeihilfen und Sonderfürsorge. Am bedeutendsten sind die Erziehungsbeihilfen, für die 87% der Ausgaben an sozialer Fürsorge aufgewendet wurden. - Von den Ausgaben für die übrigen Leistungen entfielen 49% auf die Krankenversorgung gemäß LAG und 50% auf Weihnachtsbeihilfen an Fürsorgeempfänger, Arbeitslose und sonstige Bedürftige. - Ende März 1959 wurden etwa 73 000 Personen von der Fürsorge, der Tbc-Hilfe und der sozialen Fürsorge laufend betreut; das waren gut 3% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung. - Im Rechnungsjahr 1958 wurden 7,6 Mio DM mehr für die gesamten Fürsorgeleistungen aufgewendet als 1956 (+ 9%). In diesen zwei Jahren verminderte sich die Zahl der erfaßten unterstützten Personen um 16%. Die Fürsorgeleistungen je Person konnten zwischen 1956 und 1958 beträchtlich verbessert werden. - Die Aufwendungen für Zugewanderte, einmalige Unterstützungen in der offenen Fürsorge, Anstaltsbetreuung in der sozialen Fürsorge und übrige Leistungen gingen merklich zurück. In allen anderen Fürsorgearten vermehrten sich die Ausgaben; am stärksten in der offenen sozialen Fürsorge (+ 57%). - Die Zahl der Unterstützten hat sich von 1956 bis 1958 in allen Fürsorgekategorien verringert; die Abnahme lag zwischen 7% und 28%.

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

#### Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung der Zahlen; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.  $\bar{x}$  bedeutet Durchschnitt.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. Zeichen statt Zahlen bedeuten:

X = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches nicht möglich oder sinnlos

• = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt.



# Die Arbeitseinkommen im Jahre 1957

- Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1957 -

Höheres Niveau und größere Stabilität der Arbeitseinkommen

Von 1955 bis 1957 erhöhte sich das Einkommen der Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein um etwas mehr als ein Fünftel (22%) auf 3,3 Mrd DM. Diese Steigerung ist nur zum Teil auf die Zunahme der Lohnsteuerpflichtigen (+ 7%) zurückzuführen, weit entscheidender waren die Lohn- und Gehaltserhöhungen: der durchschnittliche Jahresbruttolohn stieg nämlich um nicht ganz 15% von 3 697 DM auf 4 243 DM. Der Gesamtbetrag der Lohnsteuer erhöhte sich zwar um 22 Mio DM (+ 17%) auf 149 Mio DM, infolge verschiedener Steuererleichterungen ermäßigte sich jedoch die durchschnittliche Belastung des Bruttolohnes durch die Lohnsteuer von 4,7% auf 4,5%.

Die schon von 1950 bis 1955 festzustellende Verlagerung der Löhne und Gehälter in höhere Lohngruppen hat sich von 1955 bis 1957 verstärkt fortgesetzt: Die unteren Lohngruppen - hierunter werden Monatseinkommen bis 400 DM verstanden - sind 1957 durchweg schwächer besetzt als vor zwei Jahren; während alle darüber liegenden Lohngruppen beträchtlich mehr Arbeitnehmer aufweisen. So hat die Zahl der Arbeitnehmer mit 400 bis unter 500 DM Monatsverdienst um 30 000 zugenommen, das war der größte absolute Zuwachs von allen Lohngruppen.

Läßt man die Arbeitnehmer mit weniger als 200 DM Monatseinkommen außer Betracht (das waren vorwiegend Berufsanfänger oder kurzfristig Beschäftigte mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil (63%) weiblicher Arbeitnehmer), dann liegt das häufigste Monatseinkommen 1957 wie auch 1955 zwischen 300 und 400 DM. Die Differenz in der Besetzung

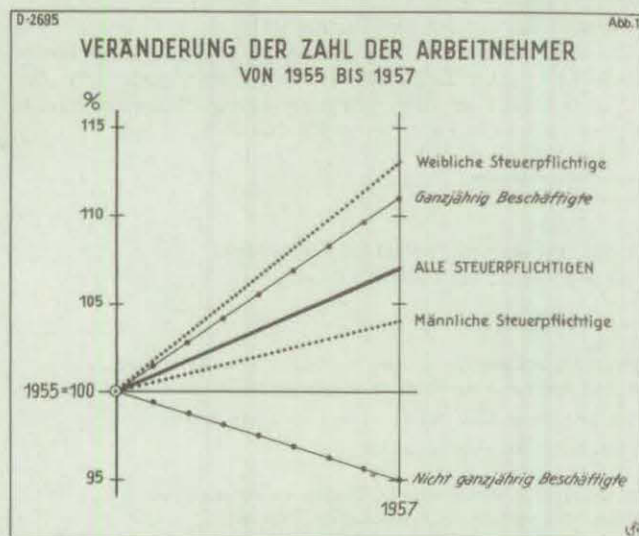
Tab. 1 Die Lohnsteuerpflichtigen in Schleswig-Holstein in den Jahren 1955 und 1957

Geschlecht Beschäftigungsdauer Bruttolohngruppe	Zahl der Lohnsteuer- pflichtigen			Bruttolohn		
	1955	1957	Veränderung gegen- über 1955 in %	1955	1957	
				in Mio DM	in DM je Steuer- pflichtigen	
Alle Steuerpflichtigen	726	774	+ 7	2 684	3 283	4 243
Geschlecht						
männlich	489	506	+ 4	2 581	5 099	
weiblich	237	268	+ 13	703	2 625	
Beschäftigungsdauer						
ganzjährig Beschäft.	525	583	+ 11	2 264	2 854	4 896
nicht ganzjährig "	201	191	- 5	420	429	2 249
Bruttolohngruppe						
b.u. 2 400 DM	245	222	- 10	304	267	1 206
2 400 " 3 600 "	140	125	- 11	421	375	3 001
3 600 " 4 800 "	146	142	- 3	615	596	4 213
4 800 " 6 000 "	101	131	+ 30	536	697	5 334
6 000 " 7 200 "	40	68	+ 68	264	443	6 527
7 200 " 8 400 "	19	33	+ 70	150	256	7 755
8 400 " 9 600 "	12	17	+ 43	109	157	8 969
9 600 " 12 000 "	11	20	+ 78	120	213	10 598
12 000 DM und mehr	10	17	+ 69	166	280	16 695

zwischen dieser und der nächstfolgenden Lohngruppe hat sich jedoch gegenüber 1955 erheblich verringert.

Die fortdauernd günstige Konjunktur hat eine Stabilisierung der Arbeitsverhältnisse mit sich gebracht, die in einer Zunahme der ganzjährig Beschäftigten (11 Monate und länger) um 11% und einer Abnahme der nicht ganzjährig Beschäftigten um 10 000 Arbeitnehmer oder 5% zum Ausdruck kommt. Der Anteil dieser "unständig" Beschäftigten an allen Lohnsteuerpflichtigen verminderte sich in zwei Jahren von 28% auf 25%.

Die Zahl der weiblichen Lohnsteuerpflichtigen hat sich um 13%, die der männlichen dagegen nur um 4% vermehrt. Dadurch haben sich die Anteile der männlichen und weiblichen Arbeitnehmer an allen erfaßten Lohnsteuerpflichtigen zugunsten der Frauen verschoben: 1955 waren von 100 Arbeitnehmern 33 Frauen, 1957 dagegen 35. Die Tendenz zunehmender Frauenarbeit in abhängiger Stellung ist in allen industriell fortgeschrittenen Volkswirtschaften erkennbar. Sie wirkt sich verstärkt aus, wenn die Beschäftigung über längere Zeit ein hohes Niveau behält. Der Arbeitsmarkt für Männer ist dann so gut wie ausgeschöpft, und es bleiben als Arbeitskraftreserve größeren Umfangs nur noch die Frauen, und hier besonders die Ehefrauen, übrig. Das reale Wachstum des Sozialprodukts - soweit es vom Faktor Arbeit abhängig ist - kann dann bei gleichbleibender oder gar





verkürzter Arbeitszeit nur bei zunehmender Frauenarbeit aufrechterhalten werden.

Verbesserte Verteilung der Arbeitseinkommen

Bei allen Erörterungen über die Höhe und Verteilung der Arbeitnehmereinkommen ist zu berücksichtigen, daß es sich um die Bruttolöhne oder Bruttogehälter einzelner Arbeitnehmer handelt. Dieses individuelle Einkommen ist jedoch in vielen Fällen nicht das einzige Einkommen, das dem Haushalt als Verbrauchseinheit zur Verfügung steht. Häufig sind in einem Haushalt mehrere Verdiener vorhanden, so daß sich die Einkommenssituation der privaten Haushaltswirtschaft in Wirklichkeit günstiger darstellt, als es nach der individuellen Einkommensverteilung den Anschein hat. (Die zunehmende Haltung von Kraftfahrzeugen durch Arbeitnehmer mit mittleren Einkommen wäre anders kaum zu erklären.) Das Individualeinkommen sowie das Haushaltseinkommen erhöht sich ferner um einkommenswirksame Beträge, die nicht der Lohnsteuerpflicht unterliegen, wie z. B. Zahlungen nach dem Kindergeldgesetz, Kb-Renten und ähnliche übertragene Einkommen.

Für die Betrachtung der Einkommensverteilung ist es sinnvoll, sich auf die ganzjährig Beschäftigten zu beschränken. Das Einkommen der nicht ganzjährig Beschäftigten (bis unter 11 Monaten) ist nämlich zu stark von der unterschiedlichen Beschäftigungsdauer abhängig, so daß sich keine vergleichbaren Jahreseinkommen errechnen lassen; so fällt z.B. ein Arbeitnehmer mit einem Monatsverdienst von 1 000 DM, aber nur 2 Monaten Beschäftigungsdauer

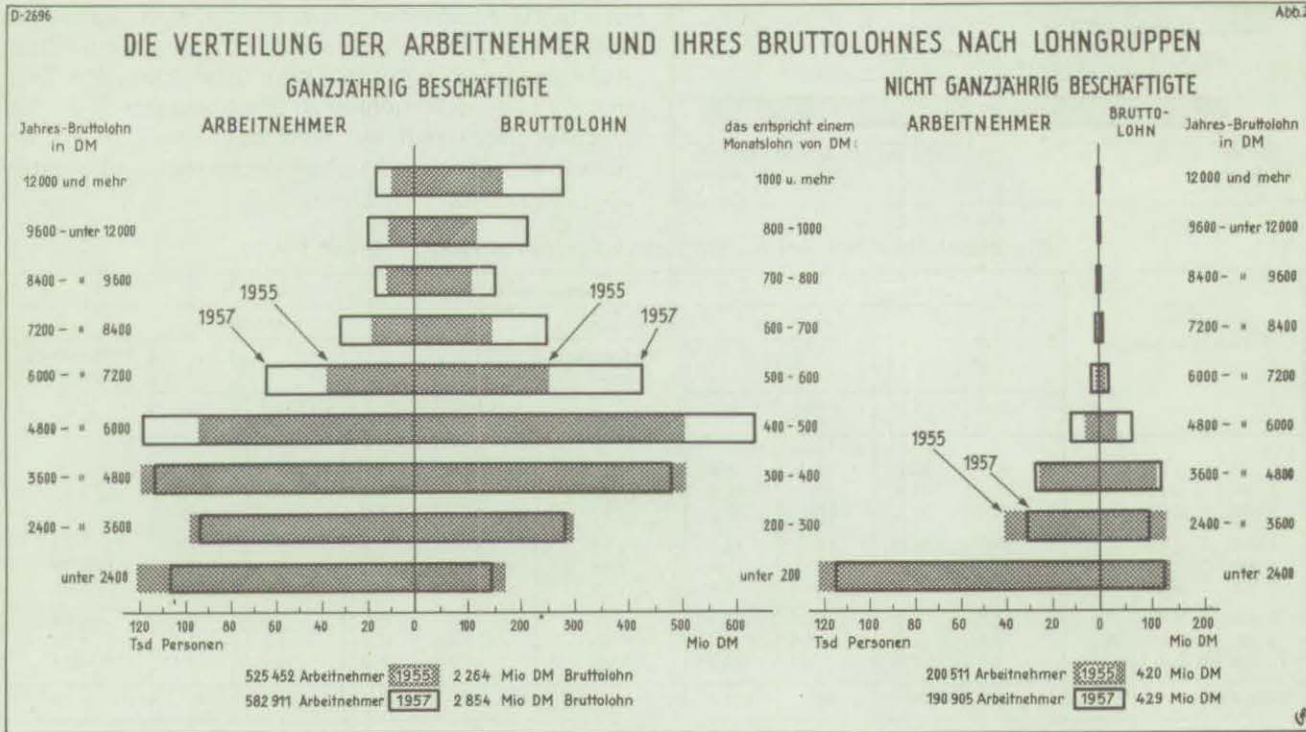
in die gleiche Bruttolohngruppe wie ein Arbeitnehmer, der 200 DM im Monat verdient und 10 Monate beschäftigt ist.

Sowohl 1955 als auch 1957 hatten etwa 60% der nicht ganzjährig Beschäftigten ein Jahreseinkommen von weniger als 2 400 DM, während von den ganzjährig Beschäftigten 1955 nur ein knappes Viertel und 1957 sogar nur ein knappes Fünftel zu dieser Einkommensgruppe gehörte.

Tab. 2  
Die ganzjährig beschäftigten Lohnsteuerpflichtigen 1955 und 1957

Bruttolohngruppe in DM	Steuerpflichtige				Bruttolohn			
	1955		1957		1955		1957	
	in 1 000	in %	in 1 000	in %	in Mio DM	in %	in Mio DM	in %
b.u. 2 400	122	23,2	107	18,3	170	7,5	145	5,1
2 400 " 3 600	98	18,7	93	16,0	296	13,1	281	9,8
3 600 " 4 800	120	22,9	114	19,5	508	22,4	480	16,8
4 800 " 6 000	94	17,9	119	20,3	502	22,2	634	22,2
6 000 " 7 200	39	7,4	65	11,2	252	11,1	424	14,9
7 200 " 8 400	19	3,6	32	5,5	145	6,4	248	8,7
8 400 " 9 600	12	2,3	17	2,9	108	4,8	152	5,3
9 600 " 12 000	11	2,1	20	3,4	118	5,2	212	7,4
12 000 und mehr	10	1,9	17	2,9	165	7,3	278	9,7
Insgesamt	525	100	583	100	2 264	100	2 854	100

Das häufigste Monatseinkommen der ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmer lag 1957 zwischen 400 und 500 DM. Zwei Jahre zuvor waren noch Monatsverdienste von 300 bis unter 400 DM am häufigsten gewesen, wenn man die Arbeitnehmer mit weniger als 200 DM Monatsverdienst nicht berücksichtigt. Werden diese einbezogen, dann waren 1955 Monatsverdienste unter 200 DM am häufigsten. Die unteren Lohngruppen (bis unter 4 800 DM jährlich) sind 1957 schwächer besetzt als 1955. Dementsprechend hat





sich auch ihr Anteil an der Bruttolohnsumme von 43% auf 32% verringert.

In der mittleren Einkommensschicht (400 bis unter 700 DM monatlich) befanden sich 1955 29% der Arbeitnehmer; 1957 waren es bereits 37%, das waren etwa 64 000 Arbeitnehmer mehr als 1955.

Auch die Arbeitnehmer mit 700 DM und mehr Monatsverdienst sind 1957 zahlreicher vertreten. 1955 verdiente etwa jeder 16., 1957 jeder 11. Arbeitnehmer über 700 DM. Der absolute Zuwachs der Arbeitnehmer in höheren Lohngruppen belief sich auf etwa 20 000. Der Anteil dieser höheren Einkommen an der Gesamtbruttolohnsumme vergrößerte sich von 17% auf 22%.

Monatseinkommen über 1 000 DM waren auch 1957 bei einer absoluten Zunahme um etwa 7 000 verhältnismäßig selten. Nur 3% (1955: 2%) aller ganzjährig Beschäftigten verdienten 1 000 DM und mehr im Monat.

Da für 1957 keine kombinierte Gliederung der Arbeitnehmer nach Geschlecht und Beschäfti-

gungsdauer vorliegt, muß bei der Betrachtung der Lohnschichtung für männliche und weibliche Arbeitnehmer auf die Berücksichtigung der Beschäftigungsdauer verzichtet werden.

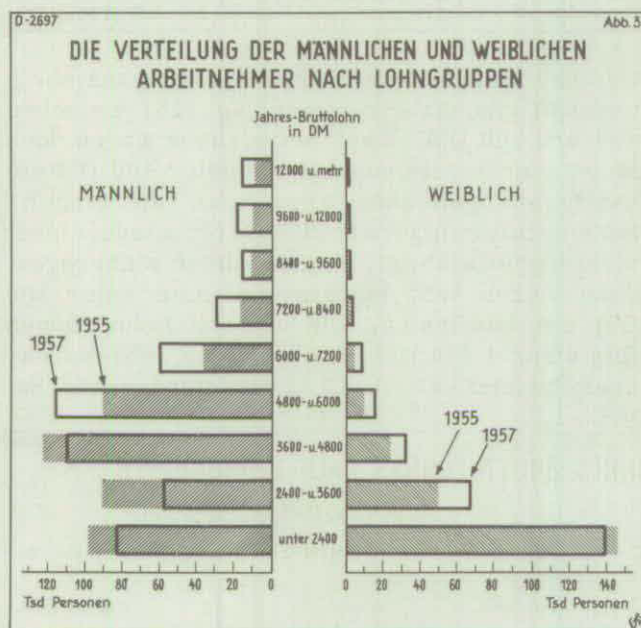
Die Frauen verdienten im Jahresdurchschnitt mit 2 600 DM nur etwas mehr als die Hälfte ihrer männlichen Kollegen (5 100 DM).

Läßt man die Arbeitnehmer mit weniger als 2 400 DM Jahreseinkommen unberücksichtigt, dann zeigt sich, daß das durchschnittliche Jahreseinkommen der Männer von 1955 bis 1957 um 13%, das der Frauen nur um knapp 4% stieg. 1955 erreichten die Frauen etwa 76% des entsprechenden Monatsverdienstes der Männer, 1957 nur noch knapp 70%. Der Abstand zwischen dem durchschnittlichen Jahresbruttolohn der Männer und dem der Frauen ist also größer geworden.

Die schon im Gesamtergebnis erkennbare Verlagerung der Arbeitnehmer in höhere Bruttolohngruppen zeigt sich bei den männlichen Arbeitnehmern am deutlichsten; hier sind die drei unteren Lohngruppen absolut und relativ schwächer besetzt als 1955. Bei den mittleren und höheren Lohngruppen ist es umgekehrt.

Bei den Frauen ist die absolute und relative Besetzung nur in der untersten Lohngruppe geringer als 1955. Hier sind schon die nächste und alle folgenden Gruppen stärker besetzt als vor zwei Jahren, aber trotz dieser Verbesserung in der Einkommensverteilung verdienten 1957 immer noch etwas mehr als die Hälfte (1955: 62%) aller Frauen weniger als 200 DM monatlich; ein weiteres Viertel verdiente 200 bis unter 300 DM und nur 12% 300 bis unter 400 DM monatlich.

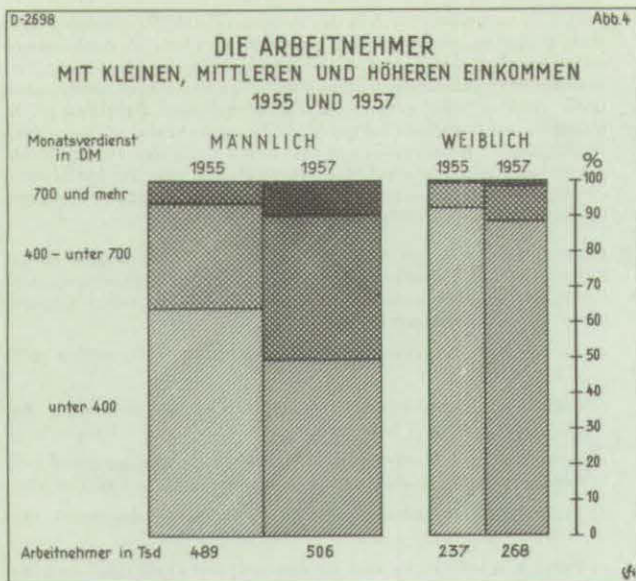
Ein mittleres Monatseinkommen, d. h. zwischen 400 und 700 DM, hatten nur 10% der weiblichen Arbeitnehmer. Obwohl sich seit 1955 die Zahl der Frauen mit höherem Einkommen (700 DM und darüber) nahezu verdoppelt hat, blieb ihr Anteil an allen weiblichen Arbeitnehmern unter 2% (1955: 1%).



Tab. 3 Die männlichen und weiblichen Lohnsteuerpflichtigen 1955 und 1957

Bruttolohngruppe	Lohnsteuerpflichtige									
	männlich					weiblich				
	1955		1957		Veränderung gegenüber 1955 in %	1955		1957		Veränderung gegenüber 1955 in %
	in 1 000	%	in 1 000	%		in 1 000	%	in 1 000	%	
b. u. 2 400 DM	99	20,2	83	16,4	- 16	146	61,7	139	51,8	- 5
2 400 " 3 600 "	91	18,6	58	11,5	- 36	49	20,8	67	24,9	+ 35
3 600 " 4 800 "	123	25,2	110	21,6	- 11	23	9,9	32	11,9	+ 37
4 800 " 6 000 "	91	18,6	116	22,8	+ 27	10	4,2	15	5,6	+ 53
6 000 " 7 200 "	36	7,4	60	11,8	+ 64	4	1,7	8	3,0	+ 99
7 200 " 8 400 "	17	3,6	30	5,9	+ 71	2	0,8	3	1,2	+ 66
8 400 " 9 600 "	11,2	2,3	15,7	3,1	+ 40	1,1	0,5	1,8	0,7	+ 66
9 600 " 12 000 "	10,6	2,2	18,6	3,7	+ 76	0,8	0,3	1,5	0,6	+ 97
12 000 DM und mehr	9,5	1,9	15,9	3,1	+ 68	0,4	0,2	0,8	0,3	+104
Insgesamt	489	100	506	100	+ 4	237	100	268	100	+ 13





Demgegenüber ist die Verteilung der männlichen Arbeitnehmer auf die einzelnen Lohngruppen ausgeglichener: etwa die Hälfte verdiente 1957 bis zu 400 DM im Monat, zwei Fünftel gehörten zur mittleren Einkommensgruppe und jeder 10. verdiente über 700 DM. Von den männlichen Arbeitnehmern hatten 16 000 (3%), von den Frauen nur etwas mehr als 800 (0,3%) ein Monatseinkommen, das über 1 000 DM lag.

#### Familienstand und Lohnsteuerbelastung

Die Gliederung der Lohnsteuerpflichtigen nach den für den Steuerabzug maßgeblichen Steuerklassen verschafft einen groben Überblick über den Familienstand der Arbeitnehmer. Unter den Arbeitnehmern der Steuerklasse III sind auch Personen vertreten, die nicht oder nicht mehr verheiratet sind (z.B. Witwen). Sie werden steuerlich den Verheirateten gleichgestellt.

Tab. 4 Die Lohnsteuerpflichtigen nach Steuerklassen (Familienstand) 1957

Steuerklasse (Familienstand)	Steuerpflichtige		Bruttolohn			Lohnsteuer	
	1 000	in %	Mio DM	in %	in DM je Steuer- pflichtigen	Mio DM	in % des Brutto- lohnes
Ia Jüngere Unverheiratete	273,0	35,3	769	23,4	2 817	42,3	5,5
Ib Mitverdienende Ehepartner	70,8	9,2	158	4,8	2 232	6,5	4,1
IIa Verheiratete ohne Kinderermäßigung	132,7	17,2	707	21,5	5 329	40,4	5,7
IIb Ältere Unverheiratete	50,1	6,5	174	5,3	3 471	8,2	4,7
III Verheiratete mit Kinderermäßigung für							
1 Kind	121,2	15,7	675	20,6	5 570	30,2	4,5
2 Kinder	79,1	10,2	492	15,0	6 215	15,3	3,1
3 Kinder	30,7	4,0	201	6,1	6 557	4,6	2,3
4 und mehr Kinder	16,1	2,1	107	3,3	6 640	1,9	1,8
<b>Insgesamt</b>	<b>773,8</b>	<b>100</b>	<b>3 283</b>	<b>100</b>	<b>4 243</b>	<b>149,3</b>	<b>4,5</b>

Etwas mehr als zwei Fünftel (42%) waren unverheiratet (Steuerklassen Ia und IIb), auf sie entfielen nicht ganz 30% des gesamten Bruttolohnes. Ihr durchschnittlicher Bruttolohn blieb um 34% bzw. 18% unter dem durchschnittlichen Arbeitseinkommen aller erfaßten Steuerpflichtigen (4 243 DM). In der Steuerklasse Ia waren vorwiegend jüngere Arbeitnehmer eingestuft, die noch nicht die mit steigendem Lebensalter im allgemeinen aufsteigenden Einkommen bezogen. Beinahe die Hälfte dieser Arbeitnehmer verdiente weniger als 200 DM monatlich.

Unter den Verheirateten (Steuerklassen Ib, IIa und III) hatte die Mehrzahl Anspruch auf Kinderermäßigung. Ihr Durchschnittseinkommen lag über dem Gesamtdurchschnitt und stieg mit zunehmender Kinderzahl, während der Anteil an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen mit steigender Kinderzahl ständig abnahm.

Verheiratet, aber ohne Anspruch auf Kinderermäßigung, war etwas mehr als ein Viertel mit dem gleichen Anteil am gesamten Bruttolohn.

Bemerkenswert ist, daß etwa jeder 11. Steuerpflichtige zu einem Haushalt gehörte, in dem auch der andere Ehepartner Arbeitseinkommen

hatte. Bei den 70 800 in der Steuerklasse Ib nachgewiesenen Arbeitnehmern dürfte es sich in den weitaus überwiegenden Fällen um Ehefrauen handeln, da es verhältnismäßig selten vorkommt, daß der Ehemann weniger als seine Ehefrau verdient<sup>1</sup>; denn nur in diesem Fall war es vorteilhafter, wenn der Ehemann die Steuerklasse Ib wählte.

Die durchschnittliche Steuerbelastung in den einzelnen Steuerklassen zeigt bei den Verheirateten mit Kinderermäßigung eine deutliche Degression: Sie sinkt mit zunehmender Kinderzahl von 4,5% auf 1,8% des Bruttolohnes. Am stärksten waren die Verheirateten ohne Kinderermäßigung belastet (5,7%).

Das Bild ändert sich erheblich, wenn man die Steuerbelastung in den einzelnen Bruttolohngruppen betrachtet: Mit steigendem Einkommen steigt die Lohnsteuerbelastung von 0,3% bei einem Jahresbruttolohn bis zu 2 400 DM auf 19,4% bei einem Jahresbruttolohn von 20 000 DM und darüber. Gegenüber 1955 hat sich die Lohnsteuerbelastung in allen Bruttolohngruppen ermäßigt.

<sup>1</sup>) siehe dazu "Arbeitseinkommen von Ehepaaren" in diesem Heft auf S. 285



## Zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge

Etwa jeder 6. Lohnsteuerpflichtige konnte zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge (nach § 41 EStG z. B. erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben) in Anspruch nehmen und dadurch seine Steuerbelastung z. T. beträchtlich vermindern. Insgesamt wiesen 125 800 Steuerpflichtige einen Gesamtbetrag von 107 Mio DM an zusätzlichen steuerfreien Abzugsbeträgen auf, das waren durchschnittlich 850 DM. Die Häufigkeit und die durchschnittliche Höhe der steuerfreien Abzugsbeträge nehmen mit steigender Lohngruppe zu. Von den Arbeitnehmern, die 700 bis unter 1 000 DM Monatsverdienst hatten, wurde etwa jedem zweiten ein steuerfreier Abzugsbetrag gewährt. In den folgenden Lohngruppen nahm die Häufigkeit noch zu.

1955 wurden bei 111 000 Steuerpflichtigen (mit einem Bruttolohn von 1 837 DM und mehr) zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge mit insgesamt 87 Mio DM festgestellt, das waren durchschnittlich 790 DM. Auch wenn man zur besseren Vergleichbarkeit die 1957 den Steuerpflichtigen mit weniger als 2 087 DM Bruttolohn gewährten Abzugsbeträge unberücksichtigt lässt, erhöhte sich die Zahl der Fälle um 11 %, die Summe der steuerfreien Abzugsbeträge sogar um 22 %.

## Regionale Ergebnisse

In den vier kreisfreien Städten (Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster) wohnten 35% aller Lohnsteuerpflichtigen; der Anteil der kreisfreien Städte an der Gesamtbevölkerung betrug dagegen nur 29%. Von je 1 000 Einwohnern waren im Landesdurchschnitt 342, in den Landkreisen nur 313, in den Stadtkreisen aber 413 lohnsteuerpflichtig. Die unterschiedliche wirtschaftliche und soziologische Struktur der Stadt- und Landkreise findet in diesen Zahlen ihren Niederschlag.

Tab. 5

Die Steuerpflichtigen in Stadt und Land nach Bruttolohngruppen

Bruttolohngruppe in DM	Schleswig-Holstein	Kreisfreie Städte	Landkreise
	Steuerpflichtige in %		
bis unter 4 800	63,0	58,4	65,0
4 800 " " 8 400	29,9	33,2	28,2
8 400 " " 12 000	4,9	5,6	4,5
12 000 und mehr	2,2	2,8	1,8
Insgesamt	100	100	100

In den Landkreisen sind die niedrigen Arbeits-einkommen (bis 400 DM monatlich) häufiger als in den kreisfreien Städten. Bei den mittleren und höheren Arbeitseinkommen ist es umgekehrt.

## Begriffe und Methoden

1. **Bruttolöhne** sind die im Laufe des Kalenderjahres bezogenen Löhne und Gehälter im Sinne des Steuerrechts, und zwar nach den Angaben der Arbeitgeber auf der Lohnsteuerkarte. Zum Bruttolohn gehören demnach alle einmaligen oder laufenden in Geld oder Geldwert bestehenden Bezüge, die der Steuerpflichtige auf Grund des gegenwärtigen oder früheren Dienstverhältnisses bezieht (Löhne, Gehälter, Provisionen, Gratifikationen, Wartegelder, Witwen- und Waisengelder u. ä.).

Einige Bezüge sind jedoch in den ausgewiesenen Bruttolohnbeträgen nicht enthalten, obwohl es sich begrifflich durchaus um Einkommens-teile handelt, da auf Grund steuerrechtlicher Vorschriften diese Einkommensbestandteile ausdrücklich als steuerfrei erklärt worden sind. Dazu gehören unter bestimmten Voraussetzungen Beihilfen (z. B. Heirats- und Geburtsbeihilfen), Jubiläumsgeschenke, Aufwandsent-schädigungen, Reisekosten und dgl. Keine Teile des steuerpflichti-gen Arbeitseinkommens sind die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversi-cherung und Bezüge, die ganz oder zum Teil auf früheren Beitrags-leistungen beruhen (Sozialrenten).

2. **Lohnsteuer** ist der nach den gesetzlichen Vorschriften für die Berechnung der Lohnsteuer im Quellenabzugsverfahren einbehaltene Betrag (ohne Kirchensteuer). Im Kalenderjahr 1957 waren folgende gesetzliche Bestimmungen gültig:

- Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 13. November 1957; (BGBl. I, S. 1793)
- Lohnsteuer-Durchführungsverordnung (LStDV 1955) vom 27. August 1955; (BGBl. I, S. 461, 542)
- Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung 1955 vom 21. Dezember 1956; (BGBl. I, S. 979)
- Neufassung der Lohnsteuer-Richtlinien vom 20. September 1955 (LStR 1955)
- Verwaltungsanordnung über die Änderung und Ergänzung der Lohnsteuer-Richtlinien 1955 (LStER) vom 25. Juni 1957; (Bundes-anzeiger Nr. 123 vom 2. 7. 1957)
- Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung über den Lohn-steuer-Jahresausgleich vom 26. März 1958; (BGBl. I, S. 196)

3. **Beschäftigungsdauer**

- Ganzjährig Beschäftigte sind alle Personen, die 1957 11 Mo-nate und länger in einem Dienstverhältnis gestanden haben.
- Nicht ganzjährig Beschäftigte sind alle übrigen Lohnsteuer-pflichtigen.

4. **Steuerklasse:** Massgeblich ist die zeitlich letzte Eintragung auf der Lohnsteuerkarte. Gegenüber den gesetzlichen Steuerklassen wurden folgende differenziertere Steuerklassen unterschieden:

Personenkreis	Steuerklasse	
	Gesetz-geber	Statistik
Ledige oder geschiedene Steuerpflichtige, die nach dem 31.12.1902 und verwitwete Steuer-pflichtige, die nach dem 1. Januar 1905 ge-boren sind, ohne Kinderermässigung	I	I a
Verheiratete Steuerpflichtige, bei denen der andere Ehepartner nach den Steuerklassen II oder III besteuert wird	I	I b
Verheiratete Arbeitnehmer ohne Kinder-ermässigung	II	II a
Unverheiratete Arbeitnehmer, die vor dem 1. Januar 1903 und verwitwete Arbeitnehmer, die vor dem 1. Januar 1905 geboren sind und bei Ablauf des Kalenderjahres 1954 verwit-wet gewesen sind, ohne Kinderermässigung	II	II b
Steuerpflichtige mit Kinderermässigung		
für 1 Kind	III/1	III/1
" 2 Kinder	III/2	III/2
" 3 Kinder	III/3	III/3
" 4 und mehr Kinder	III/4	III/4

Die Zahl der Kinder, für die Kinderermässigung gewährt wird, ist geringer als die Kinderzahl der Steuerpflichtigen, da der Anspruch auf Kinderermässigung fortfällt, sobald das Kind eine gewisse wirt-schaftliche Selbständigkeit erreicht hat. Das ist im allgemeinen mit dem 18. Lebensjahr, bei längerer Berufsausbildung mit dem 25. Le-bensjahr der Fall.

In der Lohnsteuerstatistik 1957 wurden die Lohnsteuerkarten der Beamt-en, Arbeiter und Angestellten, der Warte-, Ruhe- und Witwengeldemp-fänger u. ä. Personen ausgewertet, soweit diese ihren Wohnsitz am 20. 9. 1956 in Schleswig-Holstein hatten.

Die Aufbereitung wurde nach einem geschichteten, aber gegenüber 1955 vereinfachten Stichprobenverfahren vorgenommen. Es wurden 27 059 Belege (3,5 %) der 774 000 Lohnsteuerpflichtigen in die Haupt-aufbereitung einbezogen. Die Auswahlätze in der Stichprobenmasse stiegen je nach der Besetzung der Bruttolohngruppen von 1 % bis auf 10 %. Die 6 896 Belege der Lohngruppen über 12 000 DM (ausser männli-chen ganzjährig Beschäftigten in der Bruttolohngruppe 12 000 bis unter 16 000 DM) wurden total aufbereitet. Ein Teil der Lohnsteuer-karten war nach Ende des Jahres nicht an das zuständige Finanzamt



zurückgefließen. Durch intensive Bemühungen der Finanzämter ist es jedoch gelungen, 87 % der 1 Mio Lohnsteuerkarten, die von schleswig-holsteinischen Gemeinden ausgestellt worden sind, wieder hereinzubekommen. 100 000 der von den Gemeinden ausgestellten Lohnsteuerkarten waren entweder ohne Eintragungen (Bruttolohn, Lohnsteuer usw.) oder irrtümlich ausgestellt. Bei der Fehlmasse (13 %) handelt es sich zum Teil um Karten von Steuerpflichtigen, für die zwar eine Lohnsteuerkarte 1957 ausgeschrieben worden war, aber nicht gebraucht wurde, weil sie in keinem lohnsteuerpflichtigen Arbeitsverhältnis

standen (z. B. Hausfrauen, Selbständige, Rentner, Verstorbene u. ä. Personen).

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Siehe auch: "Die Lohnsteuerpflichtigen und ihre Bruttolöhne im Jahre 1955" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 113 (Mai) und den Kurzbericht a.a.O. S. 125, ferner: "Die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1957" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 440 (August)

## Arbeitseinkommen von Ehepaaren

- Eine Untersuchung aus der Lohnsteuerstatistik 1957 -

Nach den bisher üblichen Aufbereitungsmethoden der Lohnsteuerkarten konnten als Ergebnis nur Individualeinkommen ermittelt werden. Die daraus gewonnenen Aufschlüsse über die Einkommensschichtung sind daher in ihrem Aussagewert auf die isoliert betrachteten Einzeleinkommen beschränkt. So bieten die bisherigen Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik keine Anhaltspunkte über das der Familie zur Verfügung stehende Einkommen. Grundlage einer wirklichkeitsnahen Einkommensschichtung sollte aber das Haushaltseinkommen sein. So ist z. B. die Abhängigkeit des Konsums und der Ersparnis der privaten Haushaltung von dem Gesamteinkommen, das ihr als wirtschaftender Einheit zur Verfügung steht, offensichtlich.

In den folgenden Ausführungen soll versucht werden, diese Lücke - soweit es das vorhandene Material zuläßt - zu schließen. In beschränktem Umfang ergab sich durch zusätzliche Untersuchungen die Möglichkeit, wenigstens einige Auskünfte über die Schichtung von Familieneinkommen zu erhalten. Die Eintragungen auf den Lohnsteuerkarten erlauben aber nur eine Zusammenführung der individuellen Arbeitseinkommen von zwei verheirateten Lohnsteuerpflichtigen zu dem Arbeitseinkommen eines Ehepaares. Auch aus dieser Untersuchung sind noch keine Schlüsse auf ein weiteres Ein-

kommen (z. B. Mitverdienenden der Kinder, abgeleitetes Einkommen, fundiertes Einkommen) in dieser Familie möglich<sup>1</sup>, und doch zeigen die Ergebnisse bereits, wie entscheidend sich die Einkommensschichtung ändert, wenn statt der Einzeleinkommen der Ehepartner das zusammengefaßte Einkommen der Ehepaare die Grundlage der Einkommensverteilung bildet.

Die Verteilung der 594 ausgesuchten Lohnsteuerpflichtigen auf die einzelnen Bruttolohngruppen wurde einmal nach der für die Lohnsteuerstatistik 1957 vorgesehenen Methode (also nach Individualeinkommen) vorgenommen; dem wurde gegenübergestellt die Verteilung des zusammengefaßten lohnsteuerpflichtigen Einkommens der 297 Ehepaare. Diese Methode ist zulässig, da im allgemeinen davon ausgegangen werden kann, daß die Ehepaare bei gemeinsamem Hausstand ihr Gesamteinkommen gemeinschaftlich verwenden. Wie stark sich die Einkommensschichtung verändert, wenn statt der Einzeleinkommen die zusammengefaßten Einkommen der Ehepaare als Grundlage für den Einkommensaufbau gewählt werden, ist aus nachstehender Tabelle 1 und Abbildung 1 ersichtlich.

Die individuelle Lohnschichtung für die beiderseits verdienenden Ehepartner ergibt, daß die

Tab. 1 Einkommensschichtung von Ehepaaren

Bruttolohngruppe in DM	Ausgewählte Steuerpflichtige			Ehepaare aus den ausgewählten Steuerpflichtigen			dagegen Alle Verheirateten 1	
	Anzahl		Bruttolohn	Anzahl		Bruttolohn	Anzahl	Bruttolohn
	absolut	in %		absolut	in %			
bis unter 2 400	183	31	10	4	1	0	17	4
2 400 " " 3 600	82	14	10	9	3	1	12	7
3 600 " " 4 800	101	17	18	13	4	2	19	16
4 800 " " 6 000	123	21	27	54	18	13	22	23
6 000 " " 7 200	50	8	14	45	15	12	12	16
7 200 " " 8 400	24	4	8	53	18	17	6	9
8 400 " " 9 600	13	2	5	45	15	17	3	6
9 600 " " 12 000	12	2	5	42	14	19	4	8
12 000 und mehr	6	1	3	32	11	19	3	11
Insgesamt	594	100	100	297	100	100	100	100

1) nach den Gesamtergebnissen der Lohnsteuerstatistik 1957

1) Das Statistische Bundesamt legt in der Veröffentlichung "Die Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte nach der Höhe ihres Arbeitseinkom-

mens" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 405 ff., neuestes Material zu diesem Problemkreis vor.

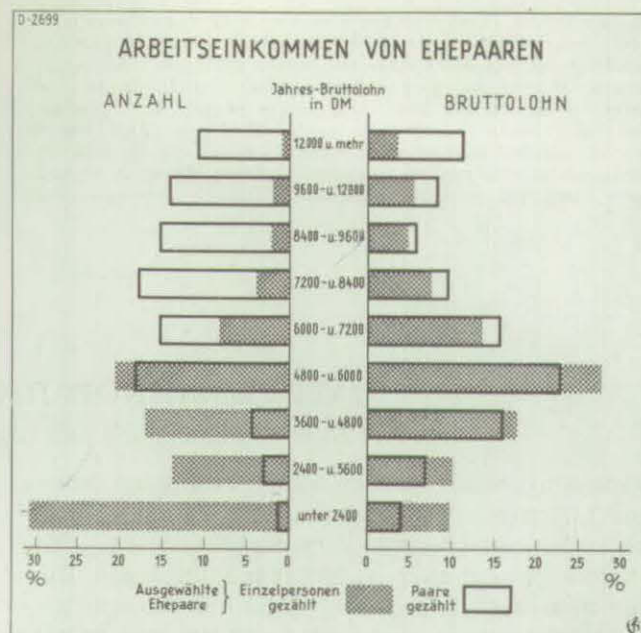


unterste Lohngruppe am stärksten besetzt ist (31%). Die Anteile der drei folgenden Lohngruppen sind noch beachtlich stark. 500 DM und mehr monatlich verdienten nur 18% aller ausgewählten Lohnsteuerpflichtigen.

Ganz anders sieht die Besetzung der Lohngruppen nach der Zusammenführung der individuellen Einkommen zu Einkommen von Ehepaaren aus: In der untersten Lohngruppe befinden sich nur noch etwas mehr als 1% der Ehepaare. Bis unter 400 DM monatlicher gemeinsamer Einkommen hatten nur noch knapp 9% der Ehepaare. In den höheren Bruttolohngruppen (700 DM und mehr monatlich) sind 40% der Ehepaare ausgewiesen. Die gegenüber der Verteilung aller verheirateten Steuerpflichtigen nach dem Gesamtergebnis der Lohnsteuerstatistik 1957 unterschiedlich starke Besetzung der untersten Lohngruppe mit ausgewählten Steuerpflichtigen dürfte darauf zurückzuführen sein, daß in den Ehen, deren Ehepartner ein verhältnismäßig niedriges Einkommen bezogen, die Notwendigkeit eines zusätzlichen Verdienstes durch die Ehefrau häufiger gegeben ist als in den oberen Einkommensgruppen. Hier ist auch die Besetzung mit ausgewählten Steuerpflichtigen geringer als im Durchschnitt aller verheirateten Steuerpflichtigen.

Von insgesamt 451 000 in der Lohnsteuerstatistik 1957 ermittelten verheirateten Lohnsteuerpflichtigen waren 70 800 (16%) mitverdienende Ehepartner, d.h. in der gleichen Zahl von Arbeitnehmerehen waren beide Partner berufstätig und trugen so zur Erhöhung des Familieneinkommens bei.

Über die Verteilung der in die Untersuchung einbezogenen Ehemänner einerseits und der dazugehörigen Ehefrauen andererseits auf die Bruttolohngruppe konnten ebenfalls einige Aufschlüsse gewonnen werden (s. Tab. 2). Die sich diagonal anordnenden (umrandeten) Tabellenfelder enthalten die Zahl der Fälle, in denen die Ehefrauen in derselben Bruttolohngruppe waren wie ihre Männer. Die Angaben rechts



der Diagonale geben die Fälle an, in denen die Ehefrauen mehr als ihre Männer verdienten, die links davon liegenden Zahlen geben die Fälle an, in denen sie weniger als ihre Männer verdienten.

In der Regel verdienten die Männer mehr als ihre Ehefrauen. In der untersten Bruttolohngruppe war in etwa jeder 3. Ehe das Einkommen der Ehefrau größer als das des Ehemannes. In der nächsten Lohngruppe trug nur noch in etwa jeder 6. Ehe die Ehefrau mehr zum gemeinsamen Einkommen bei als ihr Ehemann. Mit steigender Lohngruppe werden die mehr als ihre Männer verdienenden Ehefrauen immer seltener.

Mehr als die Hälfte (56%) aller in dieser Untersuchung erfaßten Ehefrauen verdienten weniger als 200 DM monatlich. Da ihr durchschnittliches Jahreseinkommen nur 1 250 DM betrug, waren mit großer Wahrscheinlichkeit die meisten dieser Ehefrauen nicht voll erwerbstätig, d.h. sie arbeiteten nur einige Monate, oder sie waren zwar während des ganzen Jahres beschäftigt, hatten aber nur stundenweise oder

Tab. 2

Ehemänner und Ehefrauen nach Bruttolohngruppen

Ehefrauen Ehemänner		Bruttolohngruppe in DM									Ehe- männer zusammen
Bruttolohngruppe in DM		unter 2 400	2 400 bis unter 3 600	3 600 bis unter 4 800	4 800 bis unter 6 000	6 000 bis unter 7 200	7 200 bis unter 8 400	8 400 bis unter 9 600	9 600 bis unter 12 000	12 000 und mehr	
bis unter 2 400		11	1	3	2	-	-	-	-	1	18
2 400 " " 3 600		15	4	3	-	1	-	-	-	-	23
3 600 " " 4 800		35	15	6	1	-	-	-	-	-	60
4 800 " " 6 000		57	22	16	4	1	1	-	-	-	101
6 000 " " 7 200		23	10	8	3	-	2	-	-	-	46
7 200 " " 8 400		7	3	2	7	1	-	1	-	-	21
8 400 " " 9 600		5	3	2	1	-	-	-	-	-	11
9 600 " " 12 000		8	-	1	1	1	-	1	-	-	12
12 000 und mehr		4	1	-	-	-	-	-	-	-	5
Ehefrauen zusammen		165	59	41	22	4	3	2	-	1	297



halbtagsweise eine Beschäftigung. Nur etwa 3% der Ehefrauen verdienten mehr als 500 DM monatlich.

Der Anteil der wenig verdienenden Ehefrauen ist in dem untersuchten Stadtkreis (Kiel mit 48% niedriger als in den einbezogenen Landkreisen (Norderdithmarschen und Steinburg). Hier verdienten 72% der Ehefrauen weniger als 200 DM. In den Landkreisen hatte ein Viertel der Ehefrauen ein monatliches Einkommen von 200 - 500 DM, in dem Stadtkreis dagegen bezog die Hälfte aller Ehefrauen dieses Einkommen. Die volle Erwerbstätigkeit und die besseren Verdienstmöglichkeiten scheinen also in der Stadt für die Ehefrauen häufiger zu sein als auf dem Lande. Es ist auch anzunehmen, daß die Absicht, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, in der Stadt leichter realisiert werden kann als auf dem Lande, denn die mitverdienende Ehefrau ist nach den hier herangezogenen Unterlagen in den kreisfreien Städten häufiger als in den Landkreisen anzutreffen. In dem untersuchten Stadtkreis waren von 100 Lohnsteuerpflichtigen 13 mitverdienende Ehefrauen, in den Landkreisen nur 6.

Die Angaben hinsichtlich der Berufe sind in den Lohnsteuerkarten zu unsicher, da sie nicht auf den jeweiligen Stand fortgeschrieben werden. Es kann jedoch allgemein gesagt werden, daß alle Arbeitnehmerschichten in dieser Untersuchung vertreten waren.

Eine Hochrechnung der hier wiedergegebenen Zahlen für die Gesamtmasse aller Lohnsteuer-

pflichtigen ist nicht zulässig, da nicht nachgeprüft werden kann, ob die Repräsentation gesichert ist. Sie vermitteln trotzdem eine Vorstellung über die Größenordnungen in der Einkommensschichtung, die in etwa zu erwarten wären, wenn eine restlose Zusammenführung aller Lohnsteuerkarten von Ehepaaren durchgeführt werden könnte.

#### Zur Methode

Aus 6 000 Lohnsteuerbelegen wurden 594 Fälle (10 %) ermittelt, in denen aus den Eintragungen auf den Vorderseiten der Belege geschlossen werden konnte, dass der Lohnsteuerpflichtige verheiratet war und dass der zugehörige Ehepartner ebenfalls Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit bezogen hatte. Aus diesen zusammengeführten Lohnsteuerbelegen ergab sich durch Addition das Brutto-Arbeits-einkommen von 297 Ehepaaren. Für die Verteilung der ausgewählten Fälle auf die einzelnen Bruttoehnegruppen wurden dieselben Grössenklassen wie in der Lohnsteuerstatistik 1957 zugrundegelegt.

Im einzelnen wurden unter 3 000 Lohnsteuerpflichtigen, die in Kiel wohnten, 402 (13 %) festgestellt, deren Ehepartner ebenfalls Arbeits-einkommen hatten. Um die einseitige Auswahl abzuschwächen, wurden aus 3 verschiedenen Stadtteilen Klumpen von je 1 000 Lohnsteuerpflichtigen herausgegriffen, und zwar ein Klumpen aus dem Nordwesten (Sternstrasse, Jungmannstrasse und Holtenauer Strasse), ein weiterer aus dem Süden (Rendsburger Landstrasse, Hamburger Chaussee), ein dritter aus dem Stadtteil Gaarden (Elisabethstrasse und Kaiserstrasse). Die anderen 3 000 Belege wurden aus ländlichen Gebieten entnommen. Aus Norderdithmarschen (Gemeinden Büsum, Lehe und Lunden) kamen von 2 000 Lohnsteuerbelegen 122 (6 %) in die Auswahl; aus dem Landkreis Steinburg (Gemeinden Herzhorn, Münsterdorf, Ottenbüttel, Elskop, Krempdorf, Pöschendorf, Kronsmoor, Drage, Hufe, Kaisborstel und Störkathen) kamen von 1 000 Lohnsteuerpflichtigen 70 Fälle (7 %) in Betracht.

In allen untersuchten Gemeinden konnten darüber hinaus weitere Lohnsteuerbelege festgestellt werden, bei denen mit grosser Wahrscheinlichkeit der Ehepartner ebenfalls mitverdiente, eine Zusammenführung aber nicht möglich war. Daher ist die wirkliche Häufigkeit der Ehepaare mit beiderseitigem Arbeitseinkommen grösser als die ermittelte.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Siehe auch "Die Arbeitseinkommen im Jahre 1957" in diesem Heft, S. 280

## Die Getreideernte und ihre Verwertung 1957/58 und 1958/59

- Von Dr. Emil Meyer, Kiel -

Für die Getreideernte ist der Verlauf der Witterung von entscheidender Bedeutung, und zwar sowohl während des Wachstums als auch zur Zeit der Ernte-Einbringung. Während der Ernte 1957 hatten einzelne Gebiete des Landes unter anhaltenden Regenfällen zu leiden, so daß noch Anfang Oktober, zur Zeit des Erntedankfestes, Getreide, und zwar sowohl Brot- als auch Futtergetreide, ungeborgen und zu diesem Zeitpunkt zum größten Teil verdorben auf dem Felde stand. Ähnliche Witterungsbedingungen zeichneten sich im August 1958 mit wochenlangen Regenfällen ab. Doch setzte Anfang September ein Witterungsumschwung ein mit einem beständigen trockenen Wetter, der eine zügige Erntebergung, zum Teil mit Hilfe der Bundeswehr, gestattete. Hingegen war das Frühjahr 1958 dem Wachstum und insbesondere

der Kornbildung nicht günstig gewesen. Die Reife war der verzögerten Kornausbildung so schnell gefolgt, daß in weiten Gebieten des Landes, insbesondere im ostwärtigen Teil, in erster Linie beim Winterweizen, aber auch beim Winterroggen, das einzelne Korn nicht voll zur Ausbildung gelangte. Das "Schrumpfkorn" der Ernte 1958 mit allen seinen Problemen wird noch lange allen mit der Getreideverwertung verbundenen Kreisen - Erzeuger, Handel, Genossenschaftler, Wissenschaftler und Behörden - in Erinnerung bleiben.

Die gesamte Anbaufläche an Getreide ist ziemlich konstant und hat nur in geringem Umfange zugenommen (1954 : 392 000 ha; 1958 : 405 000 ha). Hingegen sind die Veränderungen im Anbau der einzelnen Getreidearten umso bedeutsamer.



Tab. 1 Anbau und Ernte von Getreide

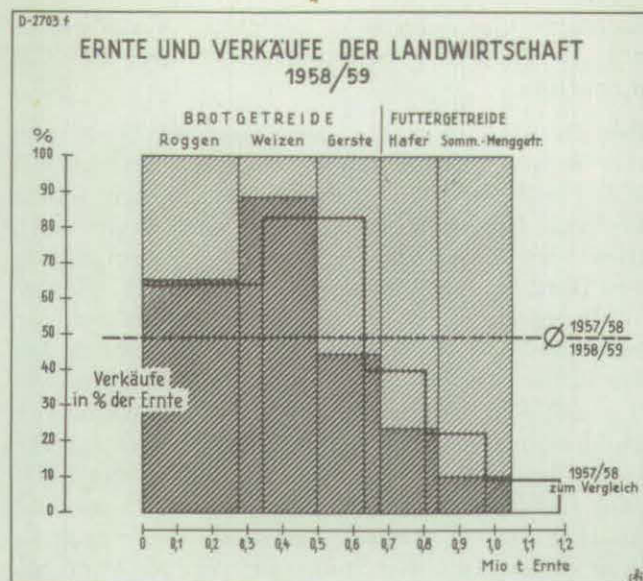
Getreideart	Anbaufläche	Ertrag	Ernte
	1 000 ha	dz/ha	1 000 t
1957/58			
Roggen	129,5	26,5	343,4
Weizen	75,3	38,1	287,0
Gerste	49,5	35,4	175,5
Hafer	62,9	27,3	171,9
Sommer-Menggetreide	77,8	27,1	216,5
Getreide insgesamt	395,0	30,1	1 188,3
1958/59			
Roggen	124,1	22,1	273,9
Weizen	82,7	26,8	221,4
Gerste	61,8	29,3	181,0
Hafer	58,6	27,7	162,2
Sommer-Menggetreide	77,7	26,6	206,8
Getreide insgesamt	404,9	25,8	1 045,3

Für das Jahr 1958 wurde der Anbau an Weizen und Gerste, und zwar insbesondere Sommerweizen und Sommergerste, ausgedehnt, während die Anbaufläche für Roggen und Hafer eingeschränkt wurde. Diese Tendenz in der Verschiebung des Anbaues war auch im Vorjahr zu beobachten gewesen.

Der im Jahre 1958 durch die Witterungsverhältnisse während der Wachstumsperiode hervorgerufene Ertragsrückgang trat am auffälligsten beim Weizen in Erscheinung. Während der Ertrag 1957 mit 38,1 dz/ha fast 40% über dem Durchschnittsertrag der Vorkriegszeit lag, sank er 1958 mit 26,8 dz/ha noch unter diesen Ertrag herab. Nicht ganz so kraß waren in den Berichtsjahren die Unterschiede im Ertrag beim Roggen und bei der Gerste. Beim Hafer war demgegenüber eine leichte Steigerung festzustellen und beim Sommermenggetreide war der Rückgang gering. Infolge des außerordentlich hohen Ertragsrückgangs, insbesondere beim Brotgetreide, erreichte die Getreideernte trotz leicht vergrößerter Anbaufläche 1958 nur 1 045 300 t.

Die Verwertung der Getreideernte vollzieht sich in 2 Gruppen: Ein Teil des Getreides wird von der Landwirtschaft verkauft und gelangt an den Markt, der andere Teil wird im eigenen landwirtschaftlichen Betrieb verbraucht, sei es als Saat, als Deputat bei der Entlohnung der Arbeitskräfte, als Lohnvermahlung zur Ernährung der in der Landwirtschaft tätigen Personen oder als Viehfutter (alles zusammengefaßt unter dem Begriff des Wirtschaftsverbrauchs). Als Faustzahl kann festgestellt werden, daß von der gesamten Getreideernte in Schleswig-Holstein die Hälfte zum Verkauf gelangt und die andere Hälfte in der eigenen Wirtschaft verbraucht wird. Der Anteil der verkauften Menge an der Ernte ist beim Brotgetreide jedoch weit höher und beim Futtergetreide erheblich geringer.

Für das Jahr 1957/58 betrug die verkaufte Menge 585 400 t; davon entfallen 78% auf Brotgetreide und 22% auf Futtergetreide. Beim Roggen wurden in diesem Jahr 64% der Ernte



und beim Weizen rund 83% verkauft. Schleswig-Holstein hat damit im gesamten Bundesgebiet den höchsten Anteil an Verkäufen von der Getreideernte. 1958/59 wurde mit 514 000 t wesentlich weniger Getreide verkauft (davon 73% Brotgetreide und 27% Futtergetreide). Der Verkaufsanteil beim Roggen erhöhte sich auf rund zwei Drittel der Ernte; beim Weizen betrug der Anteil etwas mehr als 88%. Damit dürfte auch der letzte Zentner verkaufsfähiger Ware an den Markt gelangt sein, so daß beim Weizen praktisch nur das Hinterkorn zur Verfütterung gelangt sein kann. Aber auch beim Futtergetreide hat sich 1958 der Verkaufsanteil an der Ernte gegenüber 1957 erhöht. Obgleich beim Roggen die Ernte 1958 gegenüber 1957 um 70 000 t geringer war, ermäßigte sich die verkaufte Menge nur um 41 000 t. Ähnlich war es beim Weizen: Einer Ernteverminderung von 66 000 t stand nur ein Rückgang der verkauften Menge von ebenfalls 41 000 t gegenüber. Die Gründe für diese Erscheinung sind bekannt, sie liegen auf betriebswirtschaftlichem Gebiet.

Neben dieser Tatsache des ständig wachsenden Anteils der Verkäufe an der Ernte prägt sich ein bestimmter Verkaufsrhythmus immer schärfer aus. Von Jahr zu Jahr stärker drängen sich die Verkäufe der Landwirtschaft unmittelbar nach der Ernte zusammen. So waren 1957/58 bis zum 30. 9. schon 46% des gesamten zum Verkauf gelangenden Roggens verkauft; beim Weizen waren es bereits 49%. Für das Jahr 1958/59 waren bis zum 30. 9. bereits 49% beim Roggen und 55% beim Weizen verkauft. Der ständig steigende Einsatz von Mähdreschern, die geringe eigene Lagermöglichkeit in der Landwirtschaft und der Zwang, die weitere Behandlung und Verarbeitung an die nächste Stufe abzugeben, sind die hauptsächlichsten Gründe für diese Erscheinung<sup>1</sup>.

1) Für die Verkäufe des Wirtschaftsjahres 1959/60 ist sie bereits in extremer Ausprägung erkennbar



Um ein anschauliches Bild von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Landwirtschaft zu erhalten, ist es zweckmäßig, die Betrachtung auf die drei Naturräume abzustellen und zu untersuchen, wie sich die Verkäufe auf die Marsch, die Geest und das ostholsteinische Hügelland verteilen. Insgesamt gesehen entfallen sowohl im Wirtschaftsjahr 1957/58 als auch 1958/59 etwa 60% des verkauften Getreides auf das ostholsteinische Hügelland, auf die gesamte Geest 25% und auf die Marsch 15%. Bei den einzelnen Getreidearten sind die Anteile jedoch unterschiedlich.

Tab. 2 Die Getreide-Verkäufe nach Naturräumen

Getreideart	Verkäufe in		
	Marsch	Geest	ostholst. Hügelland
	in % der gesamten Verkäufe		
	1957/58		
Roggen	1,8	48,6	49,6
Weizen	21,7	5,5	72,8
Gerste	22,2	19,0	58,8
Hafer	22,6	27,7	49,7
Sommer-Menggetreide	15,6	40,7	43,7
Getreide insgesamt	14,0	26,0	60,0
	1958/59		
Roggen	2,5	48,8	48,7
Weizen	21,3	6,6	72,1
Gerste	18,6	11,0	70,4
Hafer	27,1	22,9	50,0
Sommer-Menggetreide	17,7	37,8	44,5
Getreide insgesamt	15,0	24,0	61,0

Neben der Aufteilung der Getreideverkäufe auf die einzelnen Naturräume ist es wirtschaftspolitisch nicht uninteressant, die Aufteilung auf die einzelnen Käufergruppen festzustellen. Abnehmer des Getreides sind einerseits die Mühlen und sonstigen Verarbeiter unmittelbar, sodann der Handel und die Genossenschaften. In Schleswig-Holstein gibt es nur wenige Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe, die sich ausschließlich auf die Müllerei und ihr sonstiges Gewerbe beschränken; die große Mehrzahl betreibt gleichzeitig einen mehr oder weniger ausgedehnten Landhandel. Infolgedessen wird bei der Aufteilung der Käufergruppen unterschieden in Mühlen mit und ohne Handel, den reinen Getreidehandel und den Genossenschaften, zu denen auch einige Mühlenbetriebe gehören. Der Hauptteil der Getreideaufnahme liegt bei den gemischten Betrieben, die gleichzeitig Müllerei und Handel betreiben.

Der Anteil dieser Gruppe betrug 1957/58 fast 46% der gesamten Getreidekäufe. Die Gruppe Handel hatte im gleichen Jahr einen Anteil von 30% und die Genossenschaften von gut 24%. Im Jahre 1958/59 ist gegenüber dem Vorjahr eine in ihrem Ausmaß nicht unbedeutende Verschiebung eingetreten. Der Anteil der Mühlen mit und ohne Handel ging auf 42,5% zurück, während sich der Anteil des Handels auf 31,4% und der der Genossenschaften auf 26,1% erhöhte. We-

Tab. 3 Die Getreide-Verkäufe nach Käufergruppen

Getreideart	Verkäufe an		
	Mühlen <sup>1</sup>	Handel	Genossenschaften
	in % der gesamten Verkäufe		
	1957/58		
Roggen	50,8	23,4	25,8
Weizen	42,3	34,8	22,9
Gerste	41,7	35,1	23,2
Hafer	44,4	29,8	25,8
Sommer-Menggetreide	49,0	27,5	23,5
Getreide insgesamt	45,8	30,0	24,2
	1958/59		
Roggen	47,2	23,8	29,0
Weizen	37,8	38,9	23,3
Gerste	41,1	32,9	26,0
Hafer	46,0	27,7	26,3
Sommer-Menggetreide	44,8	27,3	27,9
Getreide insgesamt	42,5	31,4	26,1

1) mit und ohne Handel

sentlich deutlicher wird diese Tatsache, wenn man nicht von den Hundertsätzen, sondern von den effektiven Mengen ausgeht.

Es wurden verkauft

	1957/58	1958/59
	- 1 000 t -	
Getreide insgesamt	585,4	514,1
davon an Mühlen	268,1	218,3
Handel	175,4	161,5
Genossenschaften	141,9	134,3

Infolge der geringeren Ernte 1958/59 gegenüber dem Vorjahr gelangten rund 70 000 t Getreide weniger an den Markt. Dieses Minderaufkommen ging mit rund 50 000 t zu Lasten der Gruppe Mühlen mit und ohne Handel, mit 12 000 t zu Lasten des Handels und 8 000 t entfallen auf die Gruppe Genossenschaften.

Schleswig-Holstein ist ein Überschußland an Getreide, insbesondere an Brotgetreide. Ein natürlicher Abfluß in andere Verbrauchergebiete findet nicht statt, da die Preisdifferenz zwischen den einzelnen Festpreisgebieten nicht den wirklichen Fracht- und Handelskosten entspricht, die durch den Versand entstehen. Infolgedessen ist ein Absatz derjenigen Mengen, die nicht im eigenen Lande verbraucht werden, praktisch nur über die Einfuhr- und Vorratsstelle (EVSt.) möglich. Für das Jahr 1957/58 betrugen die Verkäufe an Roggen 219 900 t. Die Vermahlung an Roggen aus der eigenen Ernte betrug rund 80 000 t. Die darüber hinausgehende Menge, der "Überschuß" von rund 140 000 t mußte von der EVSt. übernommen werden (intervenierte<sup>2</sup> wurden 147 500 t). Beim Weizen lagen die Verhältnisse ähnlich. Die Verkäufe betrugen 237 300 t. Die Vermahlung an Weizen aus der eigenen Ernte belief sich auf rund 75 000 t; interveniert wurden von der EVSt. 126 500 t. Von Hamburg und Bremen wurden für die Vermahlung gut 36 000 t aufgenommen. Bei dem

2) = tatsächlich übernommen



hohen Anteil der Pflichtvermahlung an Inlandsweizen sind die Mühlen der beiden Hansestädte darauf bedacht, Getreide aus Schleswig-Holstein zur Deckung ihres Bedarfs heranzuziehen. Für das Jahr 1958/59 ergibt sich ein leicht verändertes Bild:

Von den verkauften 178 600 t Roggen wurden etwa 72 000 t für die Vermahlung im Lande selbst benötigt; 103 500 t wurden von der EVSt. aufgenommen. Etwa 5 000 t dürften von den Hamburger Mühlen vermahlen worden sein. Den Abfluß von Roggen hatten die Frachtzuschüsse der EVSt. nicht beleben können. Anders stellte sich in diesem Jahr die Verwertung des verkauften Weizens dar. Von den an den Markt gelangten 195 800 t Weizen wurden im Lande knapp 90 000 t vermahlen. Von der EVSt. wurden 60 100 t aufgenommen. Was beim Roggen nicht gelang, vollzog sich beim Weizen in größerem Umfang. Durch die Erhöhung der Vermahlungsquote für Inlandsweizen und wohl auch durch eine entsprechende Qualität des schleswig-holsteinischen Weizens wurden 30 000 t durch Frachtzuschüsse fortgeschleust nach Hamburg (15 300 t), Bremen (11 700 t) und Nordrhein-Westfalen (3 300 t), neben den Mengen, die Hamburg und Bremen ohne Frachtzuschüsse zur Vermahlung aufnahmen. Die Frachtzuschüsse haben beim Weizen in Schleswig-Holstein zu einer wesentlichen Entlastung der Pflichtinterventionen der EVSt. beigetragen.

Neben der Verwertung der Getreideernte durch Abgaben an den Handel im weitesten Sinne ist die Verarbeitung von Inlandsgetreide von erheblicher Bedeutung. Die Verarbeitung besteht im wesentlichen in der Vermahlung. Die sonstige Verwendung hat in Schleswig-Holstein keine große Bedeutung. Im Wirtschaftsjahr 1957/58 betrug die Roggenvermahlung in Schleswig-Holstein

für das Inland	89 800 t
für den Export	5 300 t
insgesamt	95 100 t

Aus der Vermahlung fielen 84 300 t Mehl an (88,6%), Kleie 8 200 t (8,6%); der Verlust betrug 2 700 t (2,8%). Der Anteil des Backschrots an der Mehlerstellung belief sich auf 58,2%; die Mehlausbeute beim Feinmehl war 81,2%.

Beim Weizen betrug die Vermahlung im gleichen Wirtschaftsjahr

für das Inland	148 300 t = 82,3 %
für den Export	21 700 t = 12,1 %
für die Ostmüller <sup>3</sup>	10 100 t = 5,6 %
insgesamt	180 000 t = 100 %

Der Anteil des Inlandsweizens betrug an der Vermahlung für den Inlandsbedarf 51,4%, der des Qualitätsweizens 32,6% und der des ausländischen Füllweizens 16%. Die Mehlausbeute belief sich auf 80,6%.

Im Jahre 1958/59 betrug die Roggenvermahlung

für das Inland	86 000 t
für den Export	1 500 t
insgesamt	87 500 t

Gegenüber dem Vorjahr ist somit ein Rückgang der Vermahlung, sowohl für den Bedarf des Inlands als auch für den Export, festzustellen. Die daraus gewonnenen Erzeugnisse stellten sich auf 77 600 t Mehl (88,7%), 7 400 t Kleie (8,4%) und 2 600 t Schwund (2,9%). Der Anteil des Backschrots mit 59,4% weist gegenüber dem Vorjahr eine leichte Steigerung aus. Die Mehlausbeute beim Feinmehl belief sich auf 81,0%.

Auch beim Weizen ist für das Wirtschaftsjahr 1958/59 gegenüber dem Vorjahr ein leichter Rückgang der Vermahlung festzustellen. Er betraf die Vermahlung für den Inlandsbedarf. Die Vermahlung belief sich

für das Inland auf	144 000 t = 81,1 %
für den Export	22 800 t = 12,9 %
für die Ostmüller <sup>3</sup> auf	10 800 t = 6,0 %
insgesamt	177 600 t = 100 %

Von der Vermahlung für das Inland entfallen durch Heraufsetzung der Pflichtvermahlung auf Inlandsweizen 61,6%, auf ausländischen Qualitätsweizen 28,2% und auf ausländischen Füllweizen 10,2%; insgesamt fielen an: 42 100 t Mehl (80%), 35 000 t Kleie (19,7%); der Schwund betrug 550 t (0,3%), die Mehlausbeute 80,2%.

In diesem Zusammenhang sei die Lohnvermahlung erwähnt, obgleich sie begrifflich zum Wirtschaftsverbrauch der Landwirtschaft gehört. Sie belief sich 1957/58 beim Roggen auf 4 800 t und beim Weizen auf 154 t; sie ging zurück im Wirtschaftsjahr 1958/59 auf 3 380 t Roggen und 134 t Weizen.

Neben der Verwertung der Getreideernte durch Verkauf steht die Verwertung in den Betrieben der Landwirtschaft, der Wirtschaftsverbrauch.

Unter Ausschaltung der geringen Veränderungen des jeweiligen Bestandes an Getreide am Schluß des Wirtschaftsjahres ergibt sich für das Jahr 1957/58 ein Wirtschaftsverbrauch der Landwirtschaft von rund 600 000 t Getreide aller Art, von denen etwa 460 000 t verfüttert worden sind. Für das Jahr 1958/59 verblieben nach den Verkäufen für den Wirtschaftsverbrauch 530 000 t Getreide. Infolgedessen ermäßigte sich die zur Verfütterung zur Verfügung stehende Menge auf etwa 390 000 t. Dieser Rückgang in der Verfütterung von Getreide gegenüber dem Vorjahr betrifft fast ausschließlich Brotgetreide, und zwar in vollem Umfange den Roggen. Diese Tatsache ist umso bemerkenswerter, weil einmal der Roggenpreis durch den Fortfall der halben Lieferprämie herabgesetzt war und weil gleichzei-

3) Aus den Gebieten jenseits der Oder/Neisse-Linie vertriebene Mühlen ohne eigenen Betrieb



tig der "Futterrest" aus der Kartoffelernte gegenüber dem Vorjahr infolge des geringen Ertrags erheblich geringer war. Weder der herabgesetzte Roggenpreis noch die Minderernte an Kartoffeln hat im Jahre 1958/59 zu einer vermehrten Verfütterung an Roggen auf Kosten der Getreideverkäufe geführt. Die geringere Menge des aus dem Wirtschaftsverbrauch zur Verfütterung zur Verfügung stehenden Getreides (und Kartoffeln) wurde ersetzt durch einen erhöhten Verbrauch an zugekauften Futtermitteln, insbesondere an Mischfutter.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Die Verwertung der Getreideernte zeigt in den beiden betrachteten Jahren insofern das gleiche Bild, als in beiden Jahren 49% der Ernte verkauft wurden und 51% als Wirtschaftsverbrauch

in den Betrieben der Landwirtschaft verwertet wurden. Da aber die Ernte 1958/59 wesentlich kleiner war als die des Vorjahres und andererseits für Saat, Deputat usw. jährlich, ohne Rücksicht auf den Ausfall der Ernte, die gleiche Menge beansprucht wird, war die zur Verfütterung zur Verfügung stehende Menge wesentlich geringer als im Vorjahr. Eine vermehrte Verfütterung von Brotgetreide, d.h. von Roggen, die vielleicht erwartet wurde und die aus wirtschaftspolitischen Gründen erhofft wurde, hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil: Die Verfütterung an Roggen wurde in drastischem Umfang eingeschränkt. Die Ursache dürfte in einer Reihe von betriebswirtschaftlichen Gründen zu suchen sein.

Vergleiche auch: "Die Getreideernte und ihre Verwertung 1956/57" in Stat. Monatsh. S.-II. 1958, S. 27 (Februar) und "Die Getreideernte 1959" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 548 (Oktober)

## Die Erzeuger- und Großhandelspreise 1957 und 1958

Die wirtschaftliche Expansion in der Bundesrepublik setzte sich, nachdem die Störungen der Koreakrise abgeklungen waren, weiter fort und verlief in den folgenden Jahren recht ausgeglichen. Auch die Preisbewegungen waren in dieser Zeit nicht sehr groß, wenn auch seit 1955 wieder leichte Preissteigerungen überwogen. Erst 1957 schien eine weitere Expansion der Wirtschaft gefährdet und ein Konjunkturrückgang ähnlich wie in den USA möglich. Konjunkturschwächende Impulse gingen insbesondere von der Kohle- und Eisenindustrie aus, deren Auftragsbestand rückläufig war. Das Nachlassen der ausländischen Nachfrage - bisher ein wesentlicher Träger des Wirtschaftsaufschwunges - machte sich in diesem Bereich besonders bemerkbar. Aber auch die verschlechterte Lage einiger Verbrauchsgüterindustrien, besonders der Textilbranche, trug dazu bei, das bisherige Wachstum der Wirtschaft in Frage zu stellen.

Die Preise stiegen jedoch auch in dieser Phase nachlassender Nachfrage weiter an, eine Erscheinung, die auch während des Konjunkturrückganges in den USA zu beobachten war. Erst nach dem ersten Vierteljahr 1958 hörten die Preissteigerungen im allgemeinen auf. Die Tatsache, daß die Preise weiter anstiegen, dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß von der Angebotsseite die Reaktion auf Preisänderungen im allgemeinen als sehr unelastisch eingeschätzt und somit die Möglichkeit, über Preissenkungen zu einer Mengenkonjunktur zu kommen, als gering erachtet wurde. Hinzu kam die Preispolitik der Montanindustrie, die ebenfalls der Marktsituation nicht

gerecht wurde, da im Herbst 1956 und 1957 die Preise für Kohle und Stahl weiter erhöht wurden. Diese Maßnahme, durch die die Ertragslage der betroffenen Industrien nicht verbessert wurde, wirkte sich außerdem bis zum Endverbraucher hin aus. Auch die 1957 und 1958 weiter fortgesetzte "Entzerrung" der Preise durch den Fortfall von Subventionen hatte Preiserhöhungen zur Folge u. a. von Brot und Mehl (1.1.1958), Zucker (1.2.1958) und der Tarife der Bundesbahn.

Lohnerhöhungen trugen ebenfalls dazu bei, von der Kostenseite her preissteigernd zu wirken; in Industriezweigen, in denen sich die Produktivität erhöht hatte, waren sie ohne nachteilige gesamtwirtschaftliche Folgen möglich gewesen; aber auch in weniger begünstigten Industriezweigen waren Lohnerhöhungen ausgelöst worden, denn es besteht das Bestreben, Relationen im Lohngefüge in der einmal vorhandenen Form zu erhalten.

Aber bereits im Laufe des Jahres 1958 zeigte es sich, daß die wirtschaftliche Lage vielfach als zu ungünstig beurteilt worden war und die Gefahr eines Konjunktumschwunges nicht mehr bestand. Das Wachstum der Wirtschaft setzte sich, wenn auch in kleineren Ausmaßen als in den vorangegangenen Jahren, weiter fort.

Ein Instrument unter vielen anderen zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung sind die Preisindizes. Sie geben ein Bild über die reinen Preisänderungen und damit einen Anhalt, ob Preisbewegungen sich anbahnen, die die Stabilität gefährden könnten und daher Gegenmaßnahmen erforderlich machen würden. Für



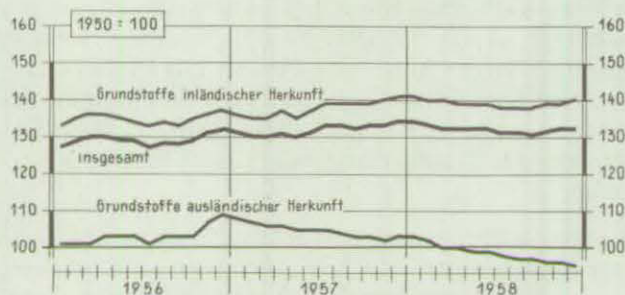
diese Aufgabe sind Indices, die die Preise auf einer sehr frühen Ver- oder Bearbeitungsstufe festhalten, besonders geeignet, da Preisänderungen sich weiter fortzupflanzen pflegen. In der Bundesrepublik dienen dazu der "Preisindex ausgewählter Grundstoffe", der sowohl inländische wie ausländische Grundstoffe umfaßt sowie die Indices der Erzeugerpreise.

Der "Preisindex ausgewählter Grundstoffe" wurde zusammengestellt nach dem Bedarf im Jahre 1950. Die in der folgenden Zeit sich ergebenden mengenmäßigen Veränderungen mußten, wie bei jedem Preisindex, unberücksichtigt bleiben, um die Vergleichbarkeit zu erhalten. Dadurch können Preisänderungen einiger Grundstoffe, vor allem ausländischer, gelegentlich nicht dem heutigen Verbrauch entsprechend zum Ausdruck kommen. Durch diese Einschränkungen wird seine Aussagefähigkeit jedoch nicht wesentlich beeinträchtigt.

In den Jahren 1956 und 1957 verläuft der "Preisindex ausgewählter Grundstoffe" um einen leicht steigenden Trend, während 1958 ein Rückgang einsetzt, der im September wieder zum Stillstand kommt.

Abb. 1

#### Preisindex ausgewählter Grundstoffe 1956 - 1958



Quelle: Statistisches Bundesamt „Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen“  
Reihe 2 Jahrgang 1958  
D 2485

Im Dezember 1958 erreicht der Preisindex die gleiche Höhe wie im Dezember 1956. Im Jahresdurchschnitt lag er 1957 um gut 2% höher als im Vorjahr; im Jahre 1958 blieb er dann auf diesem Stand.

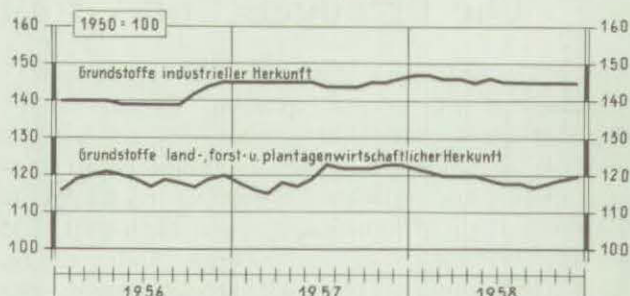
Die Preisentwicklung verlief aber bei den inländischen Grundstoffen anders als bei den ausländischen. Wie schon in den Vorjahren deutlich wurde, griffen Preisänderungen der Weltmärkte erst nach einer Verzögerungszeit auf den inländischen Markt über und dann meist in schon abgeschwächter Form. So erreichte das Preisniveau der ausländischen Güter Ende 1956 seinen vorläufigen Höhepunkt, und die folgenden beiden Jahre waren durch das stetige Nachgeben der Weltmarktpreise gekennzeichnet, so daß der Preisindex für Grundstoffe ausländischer Herkunft im Dezember 1958 um 13% niedriger lag als im Dezember 1956. In der gleichen Zeit

verlief die Preisentwicklung auf dem Binnenmarkt bis Anfang 1958 weiter steigend und begann erst dann leicht nachzugeben. Der Indexverlauf spiegelt diese Entwicklung recht gut wider. Er erreichte im Juli 1958 den niedrigsten Stand des Jahres und erhöhte sich dann zum Jahresende leicht. Im Jahresdurchschnitt 1957 ergibt sich für die Grundstoffe ausländischer sowohl wie inländischer Herkunft eine Steigerung von 2% im Vergleich zum Vorjahr, 1958 stieg der Index für inländische Grundstoffe noch weiter um 1% an, während der Preisindex für ausländische Grundstoffe um 7% sank.

Unterschiedlich war auch die Preisentwicklung bei den Grundstoffen, je nachdem, ob sie dem industriellen oder dem landwirtschaftlichen Bereich angehörten.

Abb. 2

#### Preisindex ausgewählter Grundstoffe industrieller sowie land-, forst- und plantagenwirtschaftlicher Herkunft 1956 - 1958



Quelle: Statistisches Bundesamt „Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen“  
Reihe 2 Jahrgang 1958  
D 2486

Der Verlauf des Preisindex industrieller Grundstoffe zeigt deutlich die Auswirkungen der Preiserhöhungen von Kohle und Stahl im Herbst 1956 und 1957. Nach diesen Erhöhungen verlief der Index weitgehend ausgeglichen. Für diese Entwicklung sind die Preise des Binnenmarktes bestimmend, da ihr Anteil so groß ist, daß Preisänderungen der ausländischen Grundstoffe sich kaum auf den Gesamtindex für industrielle Güter auswirken. Da aber heute der Marktanteil der Importe höher liegt, soll auch noch der Preisverlauf der ausländischen Güter kurz dargestellt werden. Preiserhöhungen führten bis September 1957 zu einem Ansteigen des Index, der dann jedoch infolge größerer Preisnachlässe ziemlich steil bis zum Jahresende 1958 abfiel, so daß sich für 1957 im Jahresdurchschnitt eine Steigerung von 6% gegenüber dem Vorjahr ergab, 1958 jedoch ein Absinken von fast 7%. Das Preisniveau der gesamten Grundstoffe industrieller Herkunft, wie es der Index wiedergibt, lag dagegen 1957 um fast 4% höher als 1956 und 1958 immer noch um knapp 1% höher als 1957.

Bei den Grundstoffen aus dem Bereich der Land-, Forst- und Plantagenwirtschaft sind



1956 und in der ersten Hälfte 1957 Preisänderungen häufiger aufgetreten, so daß der Preisindex stärker als bei den industriellen Grundstoffen schwankt. Erst ab Juli 1957 wird der Verlauf ruhiger und 1958 zeigt der Index fallende Tendenz, die erst im Spätherbst wieder unterbrochen wird. Im Jahresdurchschnitt stieg der Preisindex landwirtschaftlicher Grundstoffe 1957 um knapp 1% an, fiel aber 1958 wieder auf das Niveau von 1956 zurück. Unterteilt man auch die Grundstoffe aus dem Agrarbereich nach ihrer Herkunft, ergibt sich, daß die Preissteigerungen ausschließlich auf die Entwicklung am Binnenmarkt zurückzuführen sind. Der Preisindex für inländische Agrarprodukte lag 1957 um knapp 2% höher als im Vorjahr und stieg 1958 nochmal um fast 1%. Der Preisindex für ausländische Agrarprodukte war dagegen im Jahresdurchschnitt 1957 gleich hoch wie 1956 und lag 1958 um 6% unter dem Vorjahresdurchschnitt.

Die Indices der Erzeugerpreise geben im Unterschied zu dem Preisindex ausgewählter Grundstoffe die Preisentwicklung der im Binnenland erstellten Güter wieder. Der "Index der Erzeugerpreise für industrielle Produkte" zeigte 1957 und 1958 nur geringe Veränderungen. Er erhöhte sich 1957 nur zum Jahresende geringfügig, lag aber im Jahresdurchschnitt um fast 3% höher als 1956. Im Januar 1958 stieg der Index noch einmal, ging aber im April wieder auf das Dezemberebene zurück und blieb bis zum Ende 1958 konstant. Die Erhöhung betrug daher im Jahresdurchschnitt 1958 nur knapp 1% gegenüber 1957.

Weniger ausgeglichen war der Verlauf des "Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte". Die hier auftretenden Preisschwankungen, die sehr viel stärker sind als im Bereich industrieller Fertigung, werden zwar zum Teil durch staatliche Eingriffe in Form von Subventionen, Mindest- bzw. Höchstpreisen

u. a. m. abgeschwächt, können jedoch nicht völlig ausgeschaltet werden.

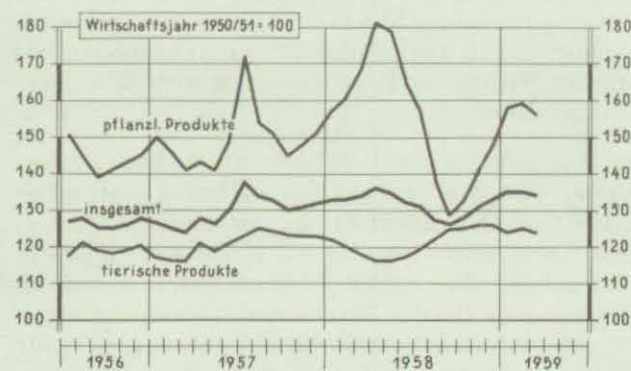
Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ist abgestellt auf das landwirtschaftliche Rechnungsjahr, das jeweils von Juli bis Juni reicht. Im Verlauf eines Wirtschaftsjahres unterliegen die Preise einem saisonbedingten Rhythmus, der sich seit 1953 wieder um einen steigenden Trend bewegt. Die Preise für pflanzliche Produkte verlaufen dabei im Saisonrhythmus vielfach konträr zu den Preisen tierischer Produkte. Außerdem ist die Schwankungsbreite bei pflanzlichen Rohstoffen innerhalb eines Jahres sehr viel größer, wodurch der Gesamtindex im allgemeinen in abgeschwächter Form den Preisbewegungen der pflanzlichen Rohstoffe folgt, obwohl das Gewicht der tierischen Produkte im Gesamtindex überwiegt.

Im Wirtschaftsjahr 1956/57 zeigt der Gesamtindex im Vergleich zu anderen Jahren einen ausgeglichenen Verlauf, der vor allem darauf zurückzuführen ist, daß sich die Preisschwankungen für pflanzliche Produkte in diesem Zeitraum gegenseitig ziemlich ausgeglichen haben. Die Ernteergebnisse waren 1956 im allgemeinen befriedigend, so daß Brotgetreide nur zu den Mindestpreisen gehandelt wurde und die Kartoffeln ebenfalls zu niedrigeren Preisen als im Vorjahr abgegeben wurden. Sehr viel höher lagen dagegen die Preise für Gemüse. Insgesamt war das Preisniveau der pflanzlichen Produkte um knapp 3% höher als im Jahresdurchschnitt 1955/56.

Im gleichen Zeitraum stieg der Preisindex für tierische Produkte um 4% an. An den Schlachtviehmärkten setzte mit dem Weideabtrieb im Herbst 1956 der übliche Preisrückgang für Ochsen und Kühe ein, jedoch begannen die Preise ab Anfang 1957 wieder zu steigen. Die Preise für Kälber waren starken Schwankungen unterworfen, während die Preise für Schweine von Ende 1956 bis zum Ende des Wirtschaftsjahres fielen. Der Erzeugerpreis für Milch erhöhte sich ab 1.4.1957 durch einen Förderungszuschlag, der ab 1.4.1958 etwas ermäßigt wurde. Die Eierpreise lagen dagegen im Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 1956/57 infolge größerer Einfuhren unter dem Vorjahresstand.

Im Wirtschaftsjahr 1957/58 stieg das Niveau der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im Jahresdurchschnitt um 3% an. Der Gesamtindex, der im Herbst 1957 leicht zurückgegangen war, behielt bis zum April 1958 steigende Tendenz und ging erst dann wieder leicht zurück. Der Verlauf des Index für pflanzliche Produkte zeigte in diesem Wirtschaftsjahr starke Schwankungen. Im Juli 1957 und von März bis Juni 1958 lag er weit über dem Vorjahresstand und im Jahresdurchschnitt ergab sich

Abb. 3 Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte Juli 1957 - März 1959



Quelle: Statistisches Bundesamt, "Wirtschaft und Statistik" D 2687



eine Steigerung von fast 7% gegenüber 1956/57. Im einzelnen erhöhten sich die Preise für Getreide durch Änderung der gesetzlich festgelegten Grundpreise und eine Ausdehnung der jahreszeitlich gestaffelten Zuschläge. Die Kartoffelernte war auch 1957 wieder gut, so daß die Preise zur Einkellerungszeit unter dem Vorjahresstand blieben, während sie dann ab Januar 1958 stark anzogen. Gemüse fiel reichlich an und die Preise lagen im 2. Halbjahr 1957 erheblich niedriger als im Herbst 1956. Dagegen war die Obsternte sehr schlecht und die Preise zogen besonders für Äpfel stark an.

Die Preise für tierische Produkte erhöhten sich in dieser Zeit nur um 1% gegenüber dem Vorjahr. Besonders in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres war der Index rückläufig. Bei Schlachtvieh erhielten nur Kälber ungewöhnlich hohe Preise; Kühe und Ochsen wurden im Durchschnitt etwa zu gleichen Preisen wie im Vorjahr gehandelt, während die Schweinepreise ab August 1957 sehr stark nachgaben. Die Indexziffern für Eier und Milch lagen dagegen höher als im Vorjahr.

Ab Juli 1958 ging der Index der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte weiter zurück bis zum September und stieg dann bis Januar wieder an. Die Ernte 1958 war für Gemüse, besonders aber für Obst sehr gut, so daß die Preisrückgänge zum Teil erheblich waren. Die Kartoffelernte war dagegen unbefriedigend, sowohl nach Menge als auch nach Qualität, und die Preise stiegen dementsprechend an. Der Index für pflanzliche Produkte, der seit April 1958 gesunken war und im September 1958 auf einen in den beiden Vorjahren nicht erreichten Tiefpunkt gelangte, stieg daher in den folgenden Monaten sehr schnell wieder an. Der Preisindex für tierische Erzeugnisse zog nach dem Rückgang bis Mai im neuen Wirtschaftsjahr ebenfalls an; er stabilisierte sich erst Anfang 1959 wieder. Besonders stark erhöhten sich bis Oktober 1958 die Schweinepreise, da das Angebot sehr klein war, wahrscheinlich bedingt durch den Rückgang der Schweinepreise im verflossenen Wirtschaftsjahr.

Während der Preisindex für landwirtschaftliche Erzeugnisse den Einfluß der Preisänderungen auf die von der Landwirtschaft erzeugten Produkte angibt, dient der "Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel" dazu, Preiseinflüsse auf die von der Landwirtschaft benötigten Betriebsmittel anzugeben. Beide Indices geben aber als reine Preisindices keinen Anhalt über die Entwicklung der Erlöse bzw. der Ausgaben an, so daß aus dem Verlauf beider Indices keine "Preisschere" gebildet werden kann und keine Rückschlüsse auf die Ertragslage in der Landwirtschaft abgeleitet werden können. Außerdem enthält der Preis-

index für landwirtschaftliche Betriebsmittel keine Veränderungen von Löhnen, Zinsen, Steuern u. a. m., die bewußt fortgelassen worden sind. Bei einer Gegenüberstellung beider Indices kann darum nur gezeigt werden, daß sich Preisänderungen bei dem einen oder dem anderen Index stärker ausgewirkt haben.

Insgesamt waren die Preisänderungen für die im Index enthaltenen Betriebsmittel etwas schwächer als bei den landwirtschaftlichen Produkten. 1957 blieb der Index fast konstant und erhöhte sich stärker erst zu Beginn des neuen Jahres.

Abb. 4 Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 1957 und 1958



Quelle: Statistisches Bundesamt „Wirtschaft u. Statistik“ 02688

w

Allerdings lag das Preisniveau für landwirtschaftliche Betriebsmittel im Wirtschaftsjahr 1956/57 um fast 4% höher als im Vorjahr. Nutz- und Zuchtvieh stiegen stärker, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel und Futtermittel tierischen Ursprungs leicht im Preise an. Futtermittel pflanzlichen Ursprungs wurden dagegen billiger, da die Vorräte an Futtergetreide ausreichend waren und die gute Kartoffelernte ebenfalls reichlich Futterkartoffeln brachte. Im Frühjahr 1957 wurden auch die durch die Suezkrise erhöhten Preise für Treibstoff wieder herabgesetzt, so daß sich trotz der Kohlepreiserhöhung vom Oktober 1956 eine leichte Senkung der Indexziffer für Brenn- und Treibstoffe ergab; ferner ging Saatgut im Preis zurück. Die Preise für Reparaturarbeiten stiegen dagegen durch Lohnsteigerungen und Materialpreiserhöhungen an. Die gleichen Gründe waren auch für die Preiserhöhungen bei den Neubauten und größeren Maschinen ausschlaggebend.

Im Wirtschaftsjahr 1957/58 stieg das Preisniveau für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel im Durchschnitt um nicht ganz 2% an. Besonders erhöhten sich die Preise für Investitionsgüter, die im Jahresdurchschnitt um 4% höher lagen; die der Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion stiegen dagegen nur um 1%. Davon waren Futtermittel, Saatgut, Pflanzenschutzmittel und Nutz- und Zuchtvieh



billiger als im Vorjahr, Dünger, Brenn- und Treibstoffe, Reparaturen u. a. dagegen teurer.

Weitere Preissteigerungen machten sich auf den Verlauf des Index erst wieder ab September 1958 bemerkbar, zurückzuführen auf Verteuerungen von Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion.

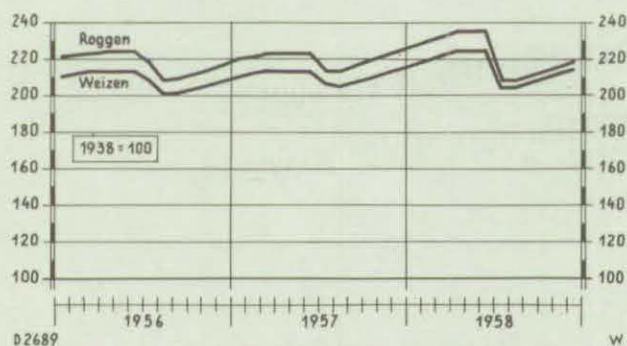
Die bisher dargestellten Preisindizes und ihre Veränderungen in den Jahren 1956 bis 1958 gaben die Entwicklung im Bundesdurchschnitt wieder. Für Schleswig-Holstein kann es ähnlich umfassende Zahlen nicht geben. Es werden aber zur Berechnung der Bundesindizes Preise einzelner Waren - vorwiegend aus dem Bereich der Landwirtschaft - laufend ermittelt. Sie sind wegen der begrenzten Zahl der Meldestellen ihrer Höhe nach nicht immer repräsentativ für Schleswig-Holstein, geben aber die Preisentwicklung sehr gut wieder. Die Preisreihen einiger wesentlicher Agrarprodukte sind daher im folgenden zusammengestellt worden.

Die Getreidepreise spiegeln die tatsächlichen Marktverhältnisse nur in abgeschwächter Form wider, da sie noch staatlich reguliert werden. 1956 war die Ernte in Schleswig-Holstein trotz Schäden bei der Bergung gut und sowohl das Gesamtergebnis als auch die Hektarerträge lagen beim Brotgetreide über den Vorjahresergebnissen. Ein noch etwas höheres Erntergebnis wurde im Jahre 1957 erzielt, während die Brotgetreideernte des Jahres 1958 einen Rückgang um rund ein Fünftel gegenüber dem Vorjahre aufwies.

Die Preisentwicklung für Brotgetreide war jedoch von den Erntergebnissen fast unabhängig. Auf Grund des in allen 3 Jahren reichlichen Angebots wurden dem Erzeuger für Brotgetreide im allgemeinen nur die im Gesetz vorgesehenen Mindestpreise gezahlt. Lediglich von März bis Juni 1956 war Roggen teilweise knapp, so daß die Mindestpreise etwas überschritten wurden. Im übrigen ist die jahres-

Abb. 5

#### Meßziffern der Erzeugerpreise für Weizen und Roggen (Marktort Kiel) 1956 - 1958

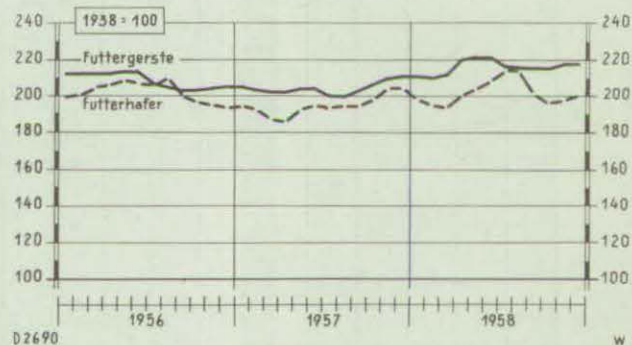


zeitliche Preisentwicklung auf die Staffelung der Preise zurückzuführen. Ab Juli 1957 wurden die Anfangspreise der Preisstaffel um 10,- DM je t heraufgesetzt und die in den Vorjahren uneinheitlichen monatlichen Zuschläge für die Monate September bis April einheitlich auf 5,- DM erhöht. Für das Wirtschaftsjahr 1958/59 sind dann zusätzlich die Mindest- und Höchstpreise für die Monate Mai und Juni um 5,- DM angehoben worden, während andererseits die Lieferprämie für Roggen von bisher 20,- DM auf 10,- DM je t ermäßigt wurde.

Die Entwicklung der Erzeugerpreise für inländisches Futter- und Industriegetreide, die ebenfalls einer gesetzlichen Preisregelung, allerdings ohne jahreszeitliche Staffelung unterliegen, wurde stark von dem Angebot und der Preishöhe für Auslandsware beeinflusst. Der Anbau von Futtergetreide wurde 1956 eingeschränkt, jedoch durch die guten Hektarerträge überstieg die Ernte das Vorjahresergebnis. Die Preise für Hafer gingen nach der Ernte 1956 stark zurück und gaben fast bis zur neuen Ernte laufend nach.

Abb. 6

#### Meßziffern der Erzeugerpreise für Futtergerste und Futterhafer (Marktort Kiel) 1956 - 1958



Durch die besonders für Hafer schlechte Ernte 1957 blieb der sonst übliche Preisrückgang im Spätsommer aus und die Preise erhöhten sich bis zum Ende des Jahres. Im Jahre 1958 ergaben sich dann merkliche Preisschwankungen nach beiden Richtungen, wobei im März der tiefste und im Juli der höchste Preis des Jahres zu verzeichnen war.

Die Preisentwicklung war bei Gerste ähnlich aber mit schwächeren Ausschlägen. Im Herbst 1957 stiegen die Preise und blieben 1958 recht hoch.

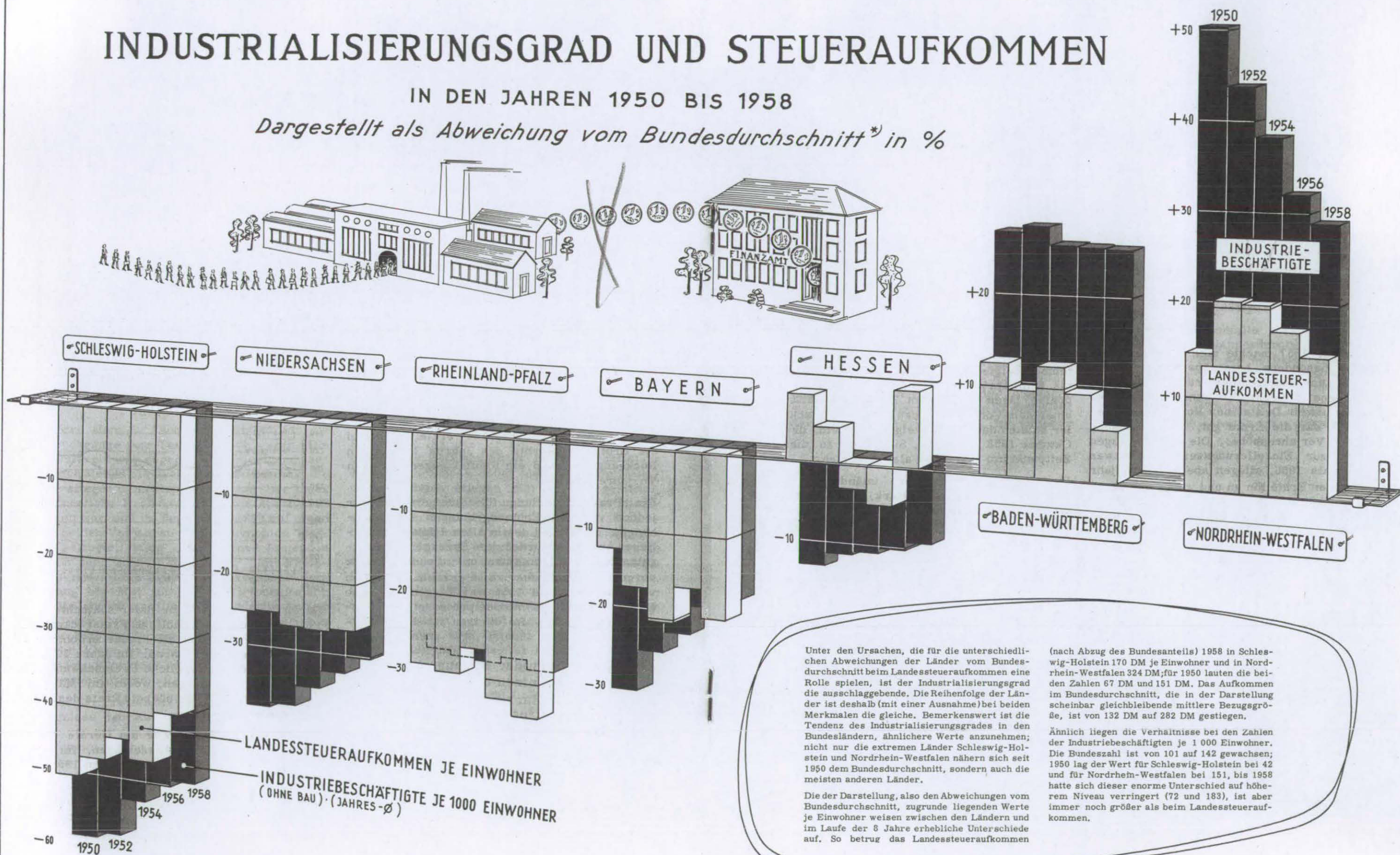
Die Preise schwanken für Speisekartoffeln je nach den Erntergebnissen besonders stark. 1956 war die bisher größte Kartoffelernte in Schleswig-Holstein, trotzdem die Anbaufläche verkleinert worden war. Die Preise, die im Frühjahr besonders hoch lagen, fielen daher mit dem Einsetzen der Rodungen stark zurück.



# INDUSTRIALISIERUNGSGRAD UND STEUERAUFKOMMEN

IN DEN JAHREN 1950 BIS 1958

Dargestellt als Abweichung vom Bundesdurchschnitt\* in %



Unter den Ursachen, die für die unterschiedlichen Abweichungen der Länder vom Bundesdurchschnitt beim Landessteueraufkommen eine Rolle spielen, ist der Industrialisierungsgrad die ausschlaggebende. Die Reihenfolge der Länder ist deshalb (mit einer Ausnahme) bei beiden Merkmalen die gleiche. Bemerkenswert ist die Tendenz des Industrialisierungsgrades in den Bundesländern, ähnliche Werte anzunehmen; nicht nur die extremen Länder Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen nähern sich seit 1950 dem Bundesdurchschnitt, sondern auch die meisten anderen Länder.

Die der Darstellung, also den Abweichungen vom Bundesdurchschnitt, zugrunde liegenden Werte je Einwohner weisen zwischen den Ländern und im Laufe der 8 Jahre erhebliche Unterschiede auf. So betrug das Landessteueraufkommen

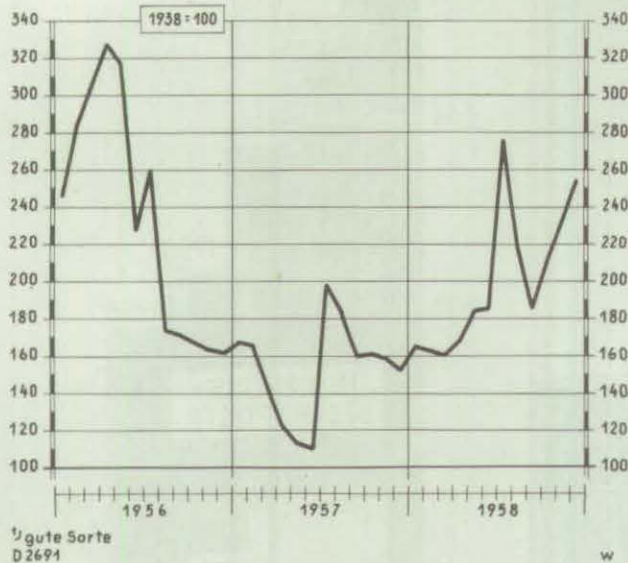
(nach Abzug des Bundesanteils) 1958 in Schleswig-Holstein 170 DM je Einwohner und in Nordrhein-Westfalen 324 DM; für 1950 lauten die beiden Zahlen 67 DM und 151 DM. Das Aufkommen im Bundesdurchschnitt, die in der Darstellung scheinbar gleichbleibende mittlere Bezugsgröße, ist von 132 DM auf 282 DM gestiegen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Zahlen der Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner. Die Bundeszahl ist von 101 auf 142 gewachsen; 1950 lag der Wert für Schleswig-Holstein bei 42 und für Nordrhein-Westfalen bei 151, bis 1958 hatte sich dieser enorme Unterschied auf höherem Niveau verringert (72 und 183), ist aber immer noch größer als beim Landessteueraufkommen.



Abb. 7

### Meßziffern der Erzeugerpreise für Speisekartoffeln<sup>1</sup> in Schleswig-Holstein 1956 - 1958



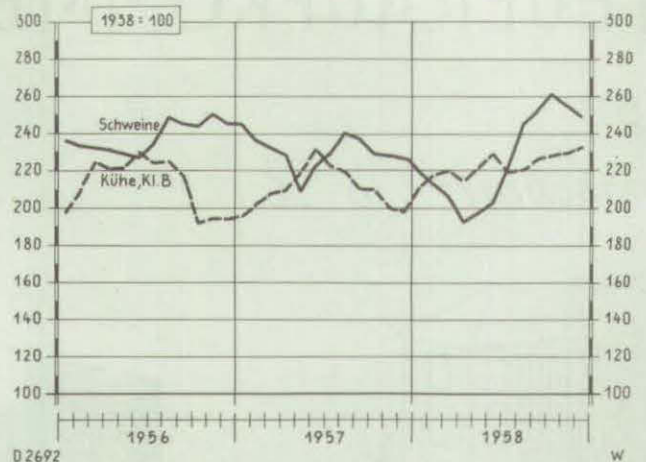
Im Frühjahr 1957 machte sich der Kartoffelüberhang besonders bemerkbar; die Preise fielen bis zum Einsetzen der Frühkartoffelernte und betrugen in dieser Zeit zum Teil nur etwa die Hälfte bis ein Drittel der Vorjahrespreise. Auch 1957 war die Ernte gut, erreichte aber nicht die Vorjahreshöhe. Die Preise lagen trotzdem zur Einkellerungszeit noch etwas niedriger als 1956, stiegen aber im Frühjahr bis zur neuen Ernte hin an und waren von März bis Juni höher als im Vorjahr. 1958 war die Kartoffelernte sehr viel kleiner als im Vorjahr, da einmal die Anbaufläche verringert worden war, zum anderen die Hektarerträge durch Witterungseinflüsse und Krankheitsbefall unter denen der Vorjahre blieben. Daher sanken die Preise nur kurze Zeit nach Einsetzen der Haupternte, im September lagen sie jedoch schon um 16% über dem Vorjahresmonat. Die Preise stiegen dann weiter zur Einkellerungszeit kräftig an, so daß zum Jahresende der Erzeugerpreis um 67% höher als 1957 lag.

Die Preisentwicklung für Schlachtvieh verlief unterschiedlich.

Für Kühe wurden in diesen drei Jahren die höchsten Preise jeweils Mitte des Jahres gezahlt. Mit Beginn des Weideabtriebes setzte dann der Preisrückgang ein, der 1958 allerdings nur kurzfristig war und schon im September von einem kräftigen Preisanstieg abgelöst wurde. Im Dezember 1958 lagen die Preise für Kühe in Kiel um 17% höher als im Vorjahr.

Der Verlauf der Schweinepreise war im Jahresablauf weniger einheitlich. 1956 stiegen die

Abb. 8 Meßziffern der Marktpreise  
für Kühe, Kl. B und Schweine, Kl. c  
(Marktort Kiel)  
1956 - 1958

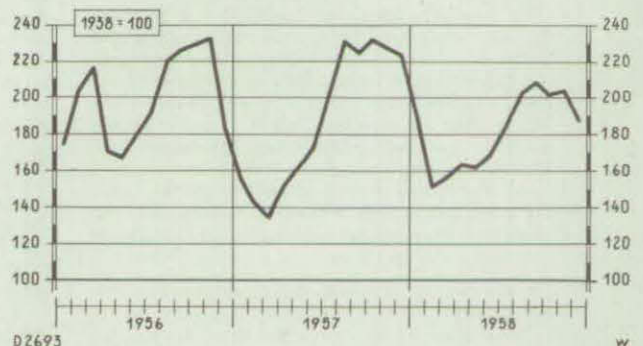


Schweinepreise Mitte des Jahres an, hielten sich dann aber bis zum Jahresende auf dem erhöhten Niveau. 1957 erfolgte ein stärkerer Rückgang, der bis Mai anhielt. Die drei folgenden Monate stiegen die Schweinepreise, ohne aber die Vorjahreshöhe zu erreichen. Ab September zeigten sich bereits Preisnachlässe, die bis zum April 1958 anhielten. Die Schweinepreise lagen zu diesem Zeitpunkt beachtlich unter dem Vorjahresniveau, aber desto schneller setzten dann Preissteigerungen ein, die bis Oktober 1958 anhielten. Sie lagen zu diesem Zeitpunkt um 14% höher als im Vorjahr.

Die Erzeugerpreise für inländische Eier schwanken im Jahr sehr stark, wobei nicht nur der Anfall inländischer Eier, sondern auch die Preisentwicklung ausländischer Eier eine wichtige Rolle spielt.

Abb. 9

### Meßziffern der Erzeugerpreise für Eier (inl., unsortiert) in Schleswig-Holstein 1956 - 1958



Der niedrigste Preis wird meist im Frühjahr erreicht, der dann stetig mit abnehmender Erzeugung bis Jahresende steigt. 1956 lagen die



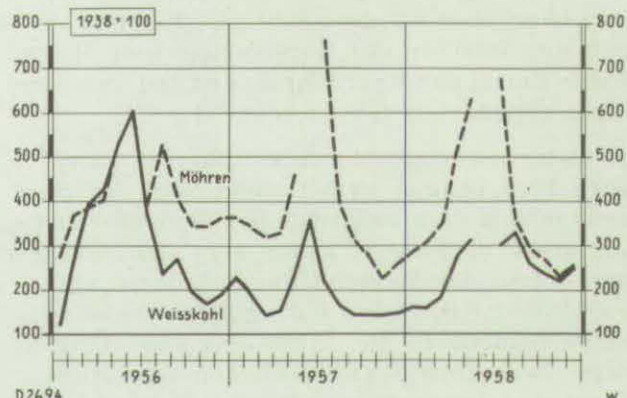
Eierpreise im März noch ungewöhnlich hoch, um dann stark nachzugeben. Auch im Jahresdurchschnitt lag der Erzeugerpreis für Eier 1956 am höchsten, während er in den beiden folgenden Jahren jeweils etwas nachließ, wobei allerdings der Ausgleichsbetrag bis zu 3,- DM je 100 Stück, der dem Erzeuger auf Antrag seit April 1956 gezahlt wird, nicht berücksichtigt ist.

Besonders heftig schwanken die Gemüsepreise sowohl innerhalb eines Jahres als auch von Jahr zu Jahr.

Als Beispiel wurden Weißkohl und Möhren gewählt, da für beide Gemüsesorten Preisnotierungen fast das ganze Jahr möglich sind. 1956 erreichten die Preise für Weißkohl bis Juni eine ungewöhnliche Höhe. Die Kohlernte war zwar ertragreich infolge Anbaubeschränkungen aber geringer als im Vorjahre. Die Preise sanken saisonbedingt in der zweiten Jahreshälfte bis Anfang 1957 hin wieder ab. In diesem Jahr erzielte der Frühkohl nicht wieder ähnlich hohe Preise wie 1956, und da auch die Spätkohlernte verhältnismäßig gut ausfiel, blieben die Preise niedriger als im Vorjahr. Im Frühjahr 1958 zogen die Kohlpreise wieder an und da die Ernteergebnisse unter denen der Vorjahre blieben, war der Preistrückgang im Herbst nicht so stark wie in den Vorjahren. Im Oktober

Abb. 10

### Meßziffern der Großhandelsverkaufspreise für Weißkohl und Möhren in Schleswig-Holstein 1956 - 1958



mußten zum Beispiel um fast zwei Drittel höhere Preise als 1957 gezahlt werden.

Möhren zeigen ebenfalls sehr starke Preisschwankungen. Im Jahresdurchschnitt lagen die Möhrenpreise 1956 am höchsten und 1957 am niedrigsten von den drei Vergleichsjahren.

Dipl.-Volksw. Gisela A. Schlüter

Vergleiche auch: "Die Erzeuger- und Großhandelspreise seit 1950" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 250 (August) und "Die Erzeugerpreise im Jahr 1956" in Wirtschaft und Statistik 1957, S. 103 (Februar)

## Der Güterfernverkehr auf Lastkraftfahrzeugen im Jahre 1955

### Gesamtüberblick

Im Jahre 1955 wurden im Bundesgebiet insgesamt 519 Mio t Güter von Bahn, Schiff und Lastkraftwagen im Fernverkehr befördert. Der Anteil Schleswig-Holsteins an dieser Menge betrug nur 21 Mio t oder 4%. Die Bahn nimmt, wie Tabelle 1 zeigt, die überragende Stellung unter den Verkehrsträgern ein.

Vergleicht man die Anteile der einzelnen Verkehrsträger, so machen sich geographische Besonderheiten störend bemerkbar. In einem küstennahen Lande spielt der Verkehr über See auch im Binnenverkehr des Landes eine Rolle. Er darf also nicht außer acht gelassen werden. Andererseits ist der seewärtige Verkehr mit dem Ausland im wesentlichen an die wenigen großen Häfen gebunden. Läßt man ihn aus dem Vergleich heraus, so wurden in Schleswig-Holstein 24% und im Bundesgebiet 25% der Gütermenge mit Schiffen befördert. Auf die Bahn entfallen dann 56% bzw. 60% und auf den Lastkraftwagen 20% bzw. 15%.

In Schleswig-Holstein ist also der Lastkraft-

wagen stärker als im Bundesdurchschnitt am Verkehr beteiligt.

Dies mag u. a. daran liegen, daß bei der Kleinheit des Landes das Fehlen des Güternahverkehrs das Bild sehr trübt. Kann doch von dem wichtigsten Austauschpartner Hamburg aus ein

Tab. 1 Anteil der wichtigsten Verkehrsträger an der beförderten Gütermenge im Jahre 1955

Verkehrsträger	Beförderte Gütermenge			
	im Bundesgebiet		in Schleswig-Holstein	
	in Mio t	in %	in Mio t	in %
Bundesbahn <sup>1</sup>	279,1	54	9,1	44
Binnenschiffsverkehr <sup>2</sup>	117,9	23	3,3	16
Lastkraftwagen <sup>3</sup>	70,5	14	3,3	16
Schiffsverkehr über See zwischen Häfen des Bundesgebietes mit Häfen des Auslandes	1,5	0,3	0,7	3
	50,0	10	4,4	21
<b>zusammen</b>	<b>519,0</b>	<b>100</b>	<b>20,8</b>	<b>100</b>

1) ohne Stückgut und ohne lebende Tiere 2) einschl. Binnen-Seeverkehr 3) gewerblicher Güterfernverkehr (einschl. Möbelfernverkehr) sowie Werkfernverkehr; einschl. Güterfernverkehr der Deutschen Bundesbahn mit Lastkraftwagen  
Quelle: Statistisches Bundesamt



großer Teil des Landes im Nahverkehr bedient werden. Die Nähe der Seehäfen macht es weiterhin möglich, den Vorteil des Lastkraftwagens, die Güter direkt bis vors Haus zu bringen, auch im Transport überseeischer Güter auszunutzen, die bei größeren Entfernungen der Bahn übergeben würden. Schließlich spielt auch noch die Struktur der Gütermenge eine Rolle, da der Anteil des Kraftfahrzeuges bei den einzelnen Güterarten verschieden ist.

Die Güterbewegungsbilanz war für das Land im Jahre 1955 passiv, selbst wenn man den Seeverkehr mit dem Ausland, bei dem der Empfang stark überwiegt, außer acht läßt; insgesamt betrug der Versand nur 60% des Empfanges. Von der 8,9 Mio t betragenden Empfangsmenge beförderte die Eisenbahn zwei Drittel; knapp zwei Zehntel (19%) wurden aus Schiffen ausgeladen, während der Rest (16%) auf Lastkraftwagen entfiel. Von den nach Gebieten außerhalb des Landes versandten 5,3 Mio t Gütern war die Schifffahrt mit 40% beteiligt, die Eisenbahn mit 38% und Lastkraftwagen mit 23%.

#### Umfang und Richtung

Im Güterfernverkehr Schleswig-Holsteins mit Lastkraftwagen wurden im Jahre 1955 insgesamt 3,3 Mio t Güter befördert. Neben Bremen hatte Schleswig-Holstein im Berichtsjahr den kleinsten Anteil am gesamten Fernverkehr mit Lastkraftwagen in der Bundesrepublik. Er betrug im Versand 2,8% und im Empfang 3,2%.

Von den insgesamt im Jahre 1955 im Fernverkehr auf Lastkraftwagen beförderten 3,3 Mio t

Tab. 2 Der Güterfernverkehr Schleswig-Holsteins mit Lastkraftwagen nach Verkehrsgebieten im Jahre 1955

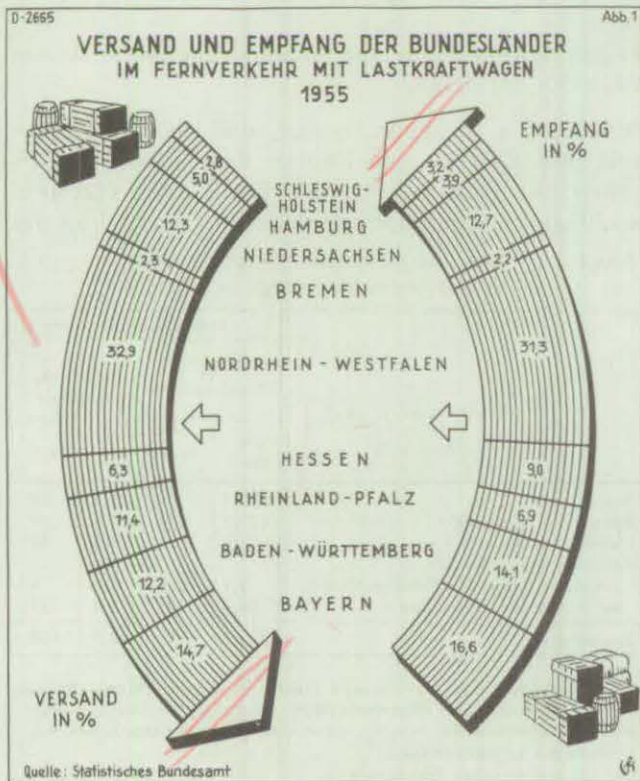
Verkehrsgebiete	Beförderte Gütermenge			
	Gewerbl. Fernverkehr		Werk-	
	1 000 t		insgesamt	
				%
Verkehr in Schleswig-Holstein (V = E)	326	420	746	22
Versand nach				
dem übrigen Bundesgebiet	678	338	1 016	30
Berlin (West)	149	25	174	5,2
Ostberlin u. d. sowj. Besatzungszone	3	0	3	0,1
Saarland	0	0	0	0,0
Ausland	3	1	4	0,1
Empfang aus				
dem übrigen Bundesgebiet	966	397	1 364	41
Berlin (West)	16	4	20	0,6
Ostberlin u. d. sowj. Besatzungszone	2	0	2	0,1
Saarland	3	-	3	0,1
Ausland	11	1	12	0,4
insgesamt	2 157	1 186	3 344	100

Gütern entfielen 22% auf den Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins, 71% auf den Wechselverkehr mit den übrigen Bundesländern und nur 7% auf den Verkehr mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes, und zwar besonders mit Berlin (West).

Insgesamt wurden 1955 in Schleswig-Holstein mehr Güter empfangen als versandt. Entscheidend für das Gesamtergebnis war der hohe Anteil der Güterbewegungen mit den schleswig-holsteinischen Nachbarländern Hamburg und Niedersachsen am gesamten Fernverkehr. 40% der insgesamt beförderten Gütermenge entfielen auf den Verkehr mit diesen Ländern. Schaltet man den Güterverkehr mit Hamburg aus der Betrachtung aus, so ist die Güterbewegungsbilanz im Verkehr mit den restlichen Bundesländern und den Gebieten außerhalb des Bundesgebietes ausgeglichen.

Rund 70% der mit Lastkraftwagen transportierten Gütermenge entfielen auf den Wechselverkehr mit den Bundesländern. Der Fernverkehr des Landes auf Lastkraftwagen ist aber im Berichtsjahr durch eine verhältnismäßig geringe Verkehrsweite gekennzeichnet, denn über die Hälfte der Güterbewegungen mit den Bundesländern wurde im Verkehr mit den Nachbarländern Schleswig-Holsteins, Hamburg und Niedersachsen, und ein weiteres Viertel mit Nordrhein-Westfalen abgewickelt. Der Anteil der übrigen Bundesländer am Rest der Gütertransporte nahm mit zunehmender Entfernung der Bundesländer von Schleswig-Holstein merklich ab (siehe Abb. 2).

Die Träger des Fernverkehrs mit Lastkraftfahrzeugen sind der gewerbliche Güterfernverkehr, der die Beförderung von Gütern für andere betreibt, und der Werkfernverkehr, der mit firmeneigenen Kraftfahrzeugen eigene Gütertransporte durchführt.





Im Jahre 1955 gab es in Schleswig-Holstein insgesamt 2 576 Lastkraftwagen und 2 159 Kraftfahrzeuganhänger, die im Güterfernverkehr auf der Straße eingesetzt waren. Hierbei entfielen rund 63% der Lastkraftwagen und 57% der Anhänger auf den Werkfernverkehr. Der Anteil Schleswig-Holsteins am gesamten Lastkraftwagenbestand in der Bundesrepublik war verhältnismäßig klein und betrug nur 4%.

65% des gesamten Gütertransportes des Landes im Güterfernverkehr auf der Straße wurden durch Fahrzeuge des gewerblichen Güterfernverkehrs bewältigt. Im ganzen weist der Werkfernverkehr eine geringere Transportweite auf als der gewerbliche Fernverkehr. Der Anteil des Werkfernverkehrs an der beförderten Gütermenge innerhalb des Landes ist auch erheblich größer als sein Anteil am Transport außerhalb der Landesgrenzen. Innerhalb der Landesgrenzen wurden 0,7 Mio t Güter befördert, von denen 0,4 Mio t oder 56% auf den Werkfernverkehr und 0,3 Mio t oder 44% auf den gewerblichen Güterfernverkehr kamen. Im Wechselverkehr mit den Bundesländern dagegen wurden 2,4 Mio t umgeschlagen, die zu zwei Dritteln vom gewerblichen Güterfernverkehr und zu einem Drittel vom Werkfernverkehr transportiert wurden. Der an sich nur geringe Güterumschlag mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes in Höhe von 0,2 Mio t vollzog sich fast völlig auf Fahrzeugen des gewerblichen Güterfernverkehrs.

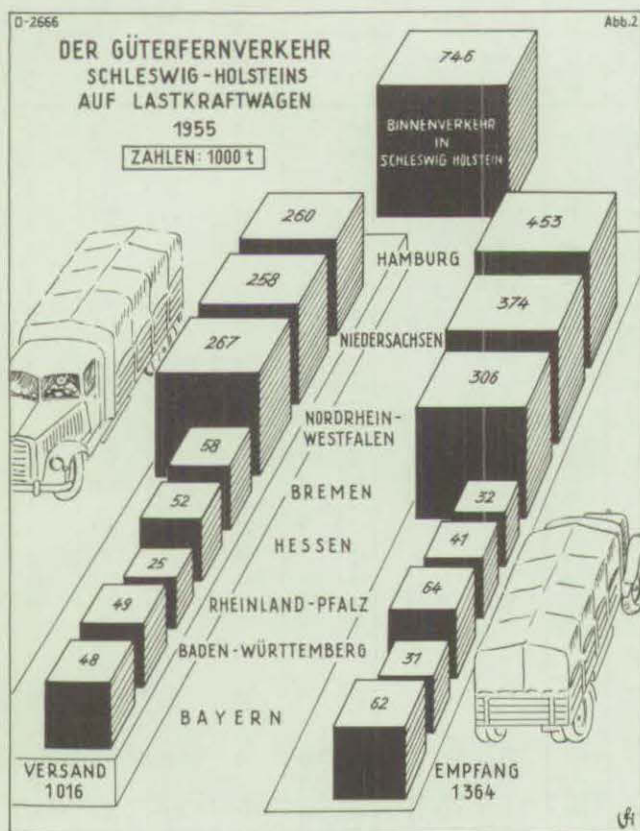
Die wichtigsten Lieferländer waren Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Sie

hatten Anteile von 33%, 27% und 22% am Empfang Schleswig-Holsteins aus den Bundesländern. Hierbei beförderte der gewerbliche Fernverkehr annähernd doppelt so viel Güter aus Hamburg und Niedersachsen und nahezu fünfmal so viel Güter aus Nordrhein-Westfalen wie der Werkfernverkehr. Den kleinsten Anteil am Empfang hatten Baden-Württemberg und Bremen. Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern waren zusammen mit 15% am Empfang Schleswig-Holsteins aus den Bundesländern beteiligt. Rund 90% der Transporte aus diesen Ländern nach Schleswig-Holstein wurden vom gewerblichen Güterverkehr durchgeführt.

Für den Versand des Landes ergibt sich ein ähnliches Gesamtbild wie beim Empfang. Von der im Berichtsjahr insgesamt aus Schleswig-Holstein nach dem übrigen Bundesgebiet versandten Gütermenge von rund 1 Mio t entfielen 0,8 Mio t oder 77% allein auf den Versand nach Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. An der Spitze der Empfangsländer lag hierbei Nordrhein-Westfalen mit 0,3 Mio t Gütern oder 26% der aus Schleswig-Holstein mit Lastkraftwagen in die Bundesländer beförderten Gütermenge. Vom Versand des Landes in die übrigen Bundesländer war die Gütermenge, die nach Rheinland-Pfalz ging, am kleinsten. Der Versand in die Bundesländer wurde zu rund 67% vom gewerblichen Güterfernverkehr ausgeführt.

Am Fernverkehr der Bundesrepublik auf Lastkraftwagen mit Gebieten außerhalb der Bundesgrenzen nahm Schleswig-Holstein im Berichtsjahr mit 5% teil. Vom gesamten Empfang der Bundesrepublik aus diesen Gebieten in Höhe von 1,6 Mio t entfielen nur 37 000 t oder 2% und vom gesamten Versand der Bundesrepublik nach diesen Gebieten in Höhe von 2,8 Mio t nur 181 000 t oder 6% auf das Land Schleswig-Holstein. Zu beachten ist hierbei, daß die Statistik der Güterbewegung im Fernverkehr mit Lastkraftwagen nur den Güterfernverkehr der Kraftfahrzeuge mit Standort im Bundesgebiet und in Berlin (West) erfaßt. Nicht erfaßt sind somit die Transporte der Kraftfahrzeuge, die außerhalb des Bundesgebietes und Berlin (West) beheimatet sind. Gegenüber den übrigen Güterbewegungsstatistiken weicht diese Statistik in dieser Hinsicht grundsätzlich ab. Auswirken dürfte sich diese methodische Handhabung hauptsächlich auf den Verkehr mit dem Ausland, der damit nur zum Teil erfaßt ist.

An der beförderten Gesamtgütermenge des Landes im Fernverkehr mit Lkw hatte der Verkehr mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes nur einen geringen Anteil (7%). Dieser Verkehr vollzog sich zu 89% mit Berlin (West). Hierbei war der Versand des Landes etwa neunmal so groß wie der Empfang und der gewerbliche





Güterfernverkehr mit 85% und der Werkfernverkehr mit 15% beteiligt.

Der Güterverkehr auf Lastkraftwagen mit Ostberlin und der sowjetischen Besatzungszone war im Jahre 1955 verhältnismäßig klein. Insgesamt wurden - fast vollständig auf Fahrzeugen des gewerblichen Güterfernverkehrs - rund 3 000 t versandt und 1 600 t empfangen.

Der Anteil des Auslandsverkehrs an der insgesamt beförderten Gütermenge war mit 16 000 t oder 0,5% nur gering; hauptsächlich ging er über die dänische Grenze. Der Empfang war mit 12 000 t über dreimal so groß wie der Versand. Der Werkfernverkehr war hieran nur in geringem Umfang beteiligt. Rund 48% der ins Ausland versandten und 71% der aus dem Ausland empfangenen Güter entfielen auf den Verkehr mit Dänemark. Am restlichen Versand und Empfang hatten die Niederlande mit 21% und 12% und Belgien mit 6% und 10% den nächstgrößten Anteil.

### Gütergruppen

3,1 Mio t Güter oder 93% der gesamten Gütermenge wurden innerhalb des Landes und im Wechselverkehr mit den übrigen Bundesländern transportiert. Die Aufgliederung dieses Verkehrs nach Gütergruppen sowie die Anteile des

gewerblichen Güterfernverkehrs und des Werkfernverkehrs an den einzelnen Gütergruppen zeigt Tab. 3.

Den größten Anteil hatten hier insgesamt Güter der Gruppe "Zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, Stärke, Spiritus". Innerhalb des Landes lagen die Transporte dieser Güter an zweiter, im Verkehr mit dem übrigen Bundesgebiet deutlich an erster Stelle. Dieser Sachverhalt ist in erster Linie auf den recht beachtlichen Empfang des Landes an Obst, Nahrungs- und Genußmitteln - so vor allem an Obst und Südfrüchten aus Hamburg und Zucker aus Niedersachsen - zurückzuführen. Im Versand des Landes hatten Fisch- und Fleischsendungen eine gewisse Vorrangstellung. Vom Gesamtverkehr dieser Gütergruppe in Höhe von 455 000 t entfielen 18% auf den Binnenverkehr und 82% auf den Wechselverkehr mit den Bundesländern. Im Wechselverkehr überwog der Versand den Empfang.

Einen weiteren hohen Anteil an den Transportleistungen im Fernverkehr auf der Straße hatte die Gütergruppe "Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren", von der 342 000 t befördert wurden. Hiervon wurden 213 000 t aus dem Bundesgebiet bezogen, davon die Hälfte aus Nordrhein-Westfalen. Als weitere Hauptlieferländer folgen dann Hamburg und Niedersachsen. Für den schles-

Tab. 3 Verkehr innerhalb des Landes sowie mit dem übrigen Bundesgebiet nach Gütergruppen

Gütergruppen	Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins				Verkehr mit den anderen Bundesländern							
	Versand = Empfang				Versand				Empfang			
	Gewerbl.	Werk-	insgesamt		Gewerbl.	Werk-	insgesamt		Gewerbl.	Werk-	insgesamt	
	1 000 t		%		1 000 t		%		1 000 t		%	
Tierische Stoffe zur Ernährung	20	19	40	5	48	41	90	9	7	5	13	1
Getreide, Hülsenfrüchte	5	18	22	3	5	20	24	2	13	14	27	2
Andere pflanzliche Rohstoffe zu Nahrungs- und Genussmitteln	42	8	50	7	13	14	28	3	11	31	42	3
Zubereitete Nahrungs- und Genussmittel	30	52	83	11	122	77	199	20	90	84	174	13
Futtermittel	22	52	74	10	18	14	32	3	48	55	103	8
Nicht besonders genannte tierische und pflanzliche Rohstoffe	6	7	13	2	18	5	23	2	7	3	10	1
Erze	0	-	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kohlen, Torf	1	2	3	0	0	0	1	0	11	7	18	1
Mineralöle, Mineralölderivate	10	31	42	6	55	12	67	7	38	12	50	4
Steine, Erden, Bindemittel	68	73	142	19	38	10	48	5	98	8	106	8
Andere mineralische Rohstoffe	7	1	8	1	16	1	17	2	57	5	61	5
Chemische Erzeugnisse, ausser Düngemittel	3	3	6	1	5	6	11	1	29	9	39	3
Düngemittel	18	23	41	5	2	5	8	1	27	2	29	2
Rohstoffe und Halbwaren der Lederwirtschaft	1	2	3	0	8	2	10	1	5	3	8	1
Rohstoffe und Halbwaren der Textilwirtschaft	1	0	1	0	3	1	4	0	7	1	7	1
Holz und Halbwaren	15	31	45	6	36	49	85	8	55	46	101	7
Zellstoff, Papier	2	3	5	1	40	3	42	4	28	4	32	2
Kunststein-, Ton-, Glaswaren	25	34	60	8	50	14	64	6	105	26	131	10
Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren	10	16	26	3	84	19	103	10	172	41	213	16
NE-Metalle und NE-Metallwaren	0	1	1	0	12	4	15	2	19	4	23	2
Fahrzeuge aller Art	0	0	0	0	1	0	1	0	3	1	4	0
Nicht besonders genannte Industrieerzeugnisse, Sammelgut	12	20	32	4	41	17	58	6	118	20	138	10
Umzugsgut, gebrauchte Verpackungen, Baugerätschaften	21	22	44	6	44	20	64	6	18	14	32	2
Nichtzivilier Verkehr	-	-	-	-	0	-	0	0	0	0	0	0
Lebende Tiere	5	1	6	1	18	5	23	2	1	1	2	0
insgesamt	326	420	746	100	678	338	1 016	100	966	397	1 364	100



wig-holsteinischen Versand an Gütern dieser Gütergruppe in das übrige Bundesgebiet in Höhe von 103 000 t waren Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Hauptempfangsländer. Der Anteil dieser Gütergruppen am Binnenverkehr des Landes war mit 3% verhältnismäßig gering.

Die Güter der Gruppe "Steine, Erden, Bindemittel, Schutt" lagen mengenmäßig an dritter Stelle. Auf sie entfielen mit einem Transportaufkommen von 296 000 t 9% des Güterumschlags innerhalb Schleswig-Holsteins und mit dem übrigen Bundesgebiet. 48% der Transporte entfielen auf den Verkehr innerhalb des Landes und 52% auf den Wechselverkehr mit den Bundesländern. Hierbei konzentrierte sich der Wechselverkehr mit den Bundesländern auf den Verkehr mit Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Schleswig-Holstein empfing mehr Güter dieser Gütergruppe, als es versandte.

Auch die Gütergruppe "Kunststein-, Ton-, Glaswaren" hatte in Schleswig-Holstein einen nennenswerten Anteil an der Güterbewegung im Fernverkehr mit Lastkraftwagen. Von der gesamten in dieser Gütergruppe beförderten Menge in Höhe von 255 000 t kamen 23% auf den Verkehr innerhalb des Landes und 77% auf den Wechselverkehr mit den Bundesländern. Der Versand Schleswig-Holsteins, der zu einem Großteil nach Niedersachsen ging, betrug 64 000 t. Schleswig-Holstein empfing 131 000 t an diesen Gütern, und zwar überwiegend aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Sowohl am Versand als auch Empfang des Landes war der gewerbliche Güterfernverkehr am stärksten beteiligt (78 bzw. 80%). Beim Verkehr innerhalb des Landes war das Verhältnis umgekehrt; hier überwogen die Leistungen des Werkfernverkehrs (57%).

Am Versand Schleswig-Holsteins mit Lastkraftwagen in sämtliche Bundesländer hatte durchweg die Gütergruppe "Zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, Stärke, Spiritus" den größten Einzelanteil. Hierbei waren die Transportleistungen des gewerblichen Güterfernverkehrs in jedem Fall größer als die des Werkfernverkehrs. Am Empfang des Landes aus Hamburg

war als Einzelgruppe die Gütergruppe "Nicht besonders genannte Industrieerzeugnisse, Sammelgut", aus Bremen die Gütergruppe "Zubereitete Nahrungs- und Genußmittel", aus Hessen die Gütergruppe "Steine, Erden, Bindemittel, Schutt", aus Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland die Gütergruppe "Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren" und aus Baden-Württemberg sowie aus Bayern die Gütergruppe "Holz und Holzwaren" am stärksten beteiligt. Die Transporte des Landes nach Berlin (West) bestanden im wesentlichen aus Zementverladungen und Gütern der Gütergruppe "Zubereitete Nahrungs- und Genußmittel, Stärke, Spiritus". Das Hauptempfangsgut Schleswig-Holsteins aus Berlin (West) war Bier.

#### *Begriffe und Methoden*

Durch das Güterkraftverkehrsgesetz vom 17. 10. 1952 in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 3. 9. 1953 wurde es möglich, die Güterbewegungen auf Lastkraftwagen, und zwar vorerst nur im Güterfernverkehr, in grösserem Umfang zu erfassen. Nach wie vor bleibt der gesamte Güternahverkehr, der zweifellos ein wesentliches Transportvolumen befördert, fast unberücksichtigt.

Die vom Bundesminister für Verkehr vorgeschriebenen Beförderungs- und Begleitpapiere werden hiernach zur statistischen Erfassung aller Beförderungsleistungen im gewerblichen Güterfernverkehr an die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr in Köln und im Werkfernverkehr an das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg eingereicht. Aus diesen Unterlagen werden in repräsentativer Aufbereitung seit 1953 von der Bundesanstalt über den gewerblichen Güterfernverkehr und seit 1954 vom Kraftfahrt-Bundesamt über den Werkfernverkehr Statistiken zusammengestellt und dem Statistischen Bundesamt zugeleitet.

Zur Ergänzung der bisherigen Erkenntnisse hat das Statistische Bundesamt erstmalig für das Jahr 1955 eine Totalauswertung des vorliegenden Materials nach verschiedenen Gesichtspunkten vorgenommen<sup>1</sup>. Der vorstehenden Darstellung über die Transportleistungen des gewerblichen Güterfernverkehrs und des Werkfernverkehrs in Schleswig-Holstein im Jahre 1955 liegt eine Auswertung dieses Materials, soweit es das Land Schleswig-Holstein betrifft, zugrunde. Die Ergebnisse beziehen sich zwar auf einen Zeitraum, der rund vier Jahre zurückliegt, doch vermitteln sie ein sehr aufschlußreiches Bild über die Situation im Güterfernverkehr Schleswig-Holsteins auf der Strasse, wie sie sich auch heute noch, wenngleich mit quantitativen Abweichungen, darstellt. Für eine Beurteilung der Fragen, die sich aus dem Wettbewerb zwischen den einzelnen Verkehrsträgern im Laufe der Zeit aufgetan haben, besitzen sie – wie neuere Repräsentativerhebungen zeigen – auch heute noch eine grundsätzliche Bedeutung. Dipl.-Volksw. Wilhelm Semmler

Vergleiche auch: "Der Gütertransport auf Kraftfahrzeugen 1954" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 36 (Februar) und "Der Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen 1957" in Wirtschaft und Statistik 1958, S. 402 (Juli)

<sup>1</sup>) Vgl. "Der Verkehr in der Bundesrepublik Deutschland", Reihe 5: "Strassenverkehr, Güterbewegung im Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen 1955", Heft 1, 2 und 3; Herausgeber: Statistisches Bundesamt

## Die öffentliche Fürsorge in Schleswig-Holstein 1956 - 1958

Die im Laufe der geschichtlichen Entwicklung unsystematisch angewachsene Materie der Fürsorgestatistik läßt sich leider nicht so klar und einfach darstellen, wie es wünschenswert wäre, da es nicht nur an Eindeutigkeit der Begriffe mangelt, sondern auch vielfache vertikale und

horizontale Überschneidungen zwischen den auf verschiedenen Ebenen liegenden Leistungskategorien stattfinden. Die Begriffe der Fürsorgestatistik werden jedoch im folgenden soweit erläutert, wie es zum Verständnis der Ausführungen erforderlich ist.



Unter den Einrichtungen zur sozialen Sicherung spielt die öffentliche Fürsorge hinsichtlich der betreuten Personenzahl und bezüglich der Ausgaben eine untergeordnete Rolle. So haben 1958 in Schleswig-Holstein die Fürsorgeverbände nur annähernd ein Fünftel von dem verausgabt, was die soziale Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten insgesamt an Rentenleistungen gewährte.

### Die Struktur der Fürsorgeleistungen

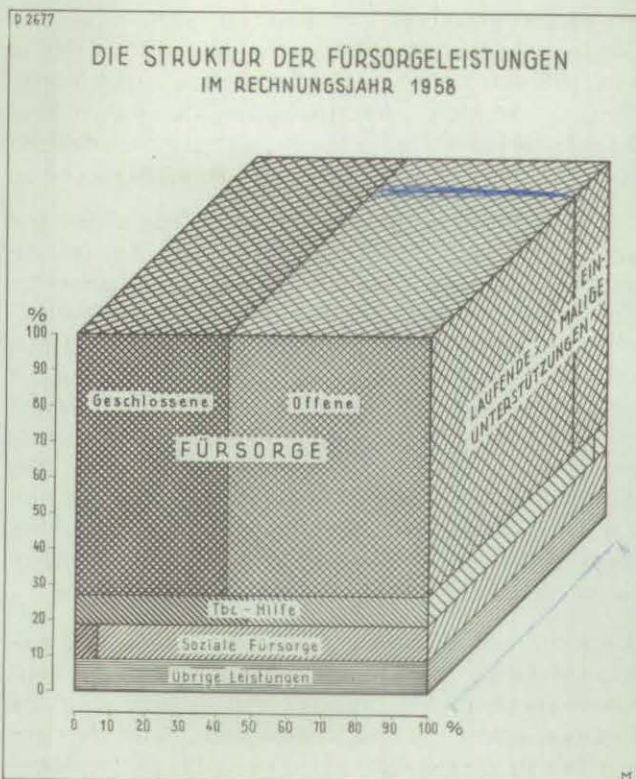
Die Gesamtausgaben der Fürsorgeverbände beliefen sich im Rechnungsjahr 1958 auf 91 Mio DM. Sie lassen sich in vier Hauptkategorien gliedern, auf die folgende Anteile entfielen:

Fürsorge	73 %
Tbc-Hilfe	8 %
Soziale Fürsorge	10 %
Übrige Leistungen	9 %

Ein Viertel dieser Gesamtausgaben wurde 1958 durch die Einnahmen der Fürsorgeverbände gedeckt, die fast ausschließlich auf Ersatz durch Unterstützte, Unterhaltspflichtige und sonstige Dritte beruhen. Der weitaus größte Einnahmeposten ergab sich aus den Zahlungen sonstiger Dritter, das sind fast ausschließlich andere Sozialleistungsträger, wie soziale Rentenversicherung, Kriegsoferversorgung und Lastenausgleich. - Wenn jemand z.B. eine Rente bei der Rentenversicherung der Arbeiter beantragt und seinen Lebensunterhalt selbst nach Ausschöpfung aller Hilfsmöglichkeiten von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen, nicht ausreichend bestreiten kann, erhält er solange Fürsorgeunterstützung, bis dem Rentenantrag stattgegeben wird. Die betreffende Landesversicherungsanstalt erstattet dann dem betreffenden Fürsorgeverband die Kosten zurück. - Die restlichen 67 Mio DM Ausgaben wurden durch öffentliche Mittel gedeckt, und zwar zur Hälfte vom Bund<sup>1)</sup>, zu 31% von den Gemeinden und Kreisen und zu 13% vom Land. Die örtlichen Fürsorgeverbände, also die Gemeinden und Kreise, denen die öffentliche Fürsorge in erster Linie aufgegeben ist, waren nicht mehr als zu knapp einem Drittel an den gesamten Reinausgaben beteiligt.

Der Oberbegriff Fürsorge faßt die sogenannte allgemeine Fürsorge und die für Zugewanderte zusammen. - Die Fürsorgeleistungen für Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin werden besonders ausgewiesen, weil deren Aufwand mit dem Bund einzeln abgerechnet und zu 80% von ihm getragen wird, im Gegensatz zu der in der allgemeinen

1) Der Bund trägt die gesondert ausgewiesene soziale Fürsorge und den größten Teil der übrigen Leistungen ganz, die Fürsorge für Zugewanderte und Ungarflüchtlinge zu 80 %; ausserdem steuert er einen von Jahr zu Jahr abnehmenden Pauschalbetrag für die Kriegsfolgenhilfe bei; 1958 belief sich dieser Betrag auf 24,3 Mio DM



Fürsorge enthaltenen übrigen Kriegsfolgenhilfe, deren Aufwendungen pauschal abgegolten werden. - Die Gesamtausgaben der Fürsorge betrugen 1958 66 Mio DM, davon machten die Aufwendungen für Zugewanderte allerdings nur 3% aus. Außer bei den übrigen Leistungen unterscheidet man im öffentlichen Fürsorgewesen die offene und geschlossene Betreuungsform (Anstaltsbetreuung). Gemessen an den Aufwendungen und der Zahl der unterstützten Hilfsbedürftigen hat die offene Betreuung das größere Gewicht. In der Fürsorge entfielen 1958 auf sie 57% der Aufwendungen und 78% der laufend unterstützten Personen.

Die offene Betreuung besteht in der Fürsorge aus laufenden Geldleistungen oder einmaligen Unterstützungen. Letztere sind Beihilfen, die zur Behebung einer einmaligen Notlage gewährt werden. Sie werden im Bedarfsfall auch an laufend Unterstützte zusätzlich gegeben und können aus Bar- oder Sachleistungen bestehen. Im Rechnungsjahr 1958 wurden vier Fünftel der Gesamtausgaben in der offenen Fürsorge für laufende und ein Fünftel für einmalige Unterstützungen ausgegeben. Die Gesamtausgaben für einmalige Unterstützungen enthalten drei verschiedene Posten, die folgende anteilmäßige Bedeutung hatten:

offene wirtschaftliche Fürsorge an	lfd. Unterstützte	40 %
" " " " nicht "	" "	22 %
offene gesundheitliche Fürsorge	" "	38 %

Die soziale Fürsorge gemäß Bundesversorgungsgesetz beschränkt sich auf Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene. Außer den hier gesondert ausgewiesenen Leistungen, die der



Tab. 1

Die Entwicklung der Fürsorgeleistungen von 1956 – 1958

Fürsorgearten	Ausgaben im Rechnungsjahr				
	1956	1957	1958	1957	1958
	in 1 000 DM			Messziffern (1956=100)	
1 Fürsorge (einschl. Zugewanderte)	61 852	62 850	66 089	102	107
davon					
2 offen	36 039	36 808	37 754	102	105
davon					
3 laufend	28 582	29 649	30 519	104	107
4 einmalig	7 457	7 158	7 235	96	97
5 geschlossen	25 813	26 042	28 335	101	110
6 Tbc-Hilfe (einschl. Zugewanderte)	6 944	6 960	7 516	100	108
davon					
7 offen	3 557	3 762	3 842	106	108
davon					
8 laufend	3 324	3 518	3 609	106	109
9 einmalig	233	244	233	105	100
10 geschlossen	3 387	3 198	3 674	94	108
11 Soziale Fürsorge	5 637	7 364	8 860	131	157
davon					
12 offen	4 991	6 757	8 273	135	166
13 geschlossen	646	606	587	94	91
14 Übrige Leistungen (einschl. Zugewanderte)	8 651	8 426	8 186	97	95
15 Ausgaben insgesamt (1 + 6 + 11 + 14)	83 084	85 601	90 650	103	109
darunter					
16 Leistungen für Zuge- wanderte (einschl. Tbc-Hilfe)	2 087	1 984	1 947	95	93
davon					
17 offene Fürsorge	1 445	1 430	1 311	99	91
davon					
18 laufend	1 215	1 212	1 116	100	92
19 einmalig	230	219	195	95	85
20 geschlossene Fürsorge	578	488	544	84	94
21 Sonstige Leistungen	64	65	92	102	144

Bund vollständig trägt, gehören zur sozialen Fürsorge im weiteren Sinne auch die im Rahmen der Kriegsfolgenhilfe an Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene gewährten Leistungen, die in Tab. 1 unter "Fürsorge" enthalten sind. In dieser Veröffentlichung wird jedoch unter sozialer Fürsorge nur die Gesamtheit der extra ausgewiesenen Leistungen, die entweder aus Beihilfen oder Darlehen bestehen, verstanden. Letztere Leistungsart ist von geringer Bedeutung; von den Gesamtausgaben wurden 1958 nicht einmal 1% für Darlehen ausgezahlt. Man unterscheidet in der sozialen Fürsorge je nach der Rechtsgrundlage drei Arten von Unterstützungen: Berufsfürsorge, Erziehungsbeihilfen und Sonderfürsorge. Weitaus am bedeutendsten sind die Erziehungsbeihilfen, für die allein 87% der Gesamtausgaben aufgewendet wurden. Nach § 27 BVG soll den Kindern von Beschädigten und Gefallenen durch die Gewährung von Erziehungsbeihilfen eine den Fähigkeiten entsprechende Schul- und Berufsausbildung ermöglicht werden. Die Berufsfürsorge will dem Beschädigten helfen, sich im beruflichen Leistungswettbewerb mit Nichtbeschädigten zu behaupten; auf sie entfielen 9% der Gesamtaufwendungen. Die Sonderfürsorge, für die die restlichen 5% ausgegeben wurden, ist bestimmt für Kriegs-

blinde, Ohnhänder, Querschnittgelähmte, Hirnverletzte, sonstige Empfänger einer Pflegezulage und Beschädigte, deren Minderung der Erwerbsfähigkeit wegen Erkrankung an Tuberkulose wenigstens 50% beträgt.

Von den Ausgaben für die übrigen Leistungen entfielen 49% auf die Krankenversorgung gemäß LAG<sup>2</sup>, 50% auf Weihnachtsbeihilfen an Fürsorgeempfänger, Arbeitslose und sonstige Bedürftige und der Rest (1%) auf Fürsorgeerziehung für Zugewanderte, Rückführung von Evakuierten aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes und Fürsorge für Ungarnflüchtlinge. Die Weihnachtsbeihilfen wurden allerdings nur zu 53% von den Fürsorgeverbänden an Fürsorgeempfänger und andere Bedürftige gezahlt, die restlichen 1,9 Mio DM gewährten die Arbeitsämter im Auftrag und zu Lasten des Landes den Empfängern von Arbeitslosengeld und -hilfe.

Tab. 2

Die in der offenen Fürsorge und Tbc-Hilfe laufend unterstützten und in der geschlossenen Fürsorge untergebrachten Personen von 1956 – 1958

Fürsorgearten	Bestand am Ende des Rechnungsjahres				
	1956	1957	1958	1957	1958
	Laufend unterstützte Personen			Messziffern (1956=100)	
1 Offene Fürsorge	56 448	49 013	45 545	87	81
darunter					
2 für Zugewanderte	1 861	1 636	1 342	88	72
3 Offene Tbc-Hilfe (einschl. für Zuge- wanderte)	4 062	3 751	3 321	92	82
4 Offene soziale Fürsorge	12 002	12 103	11 179	101	93
darunter					
5 Erziehungsbeihilfen	10 685	10 948	9 797	102	92
6 Geschlossene Fürsorge (einschl. Tbc-Hilfe und sozialer Fürsorge)	14 394	13 029	12 827	91	89
zusammen (1 + 3 + 4 + 6)	86 906	77 896	72 872	90	84

Der Bestand der Personen, die Ende März 1959 von der Fürsorge, der Tbc-Hilfe und der sozialen Fürsorge laufend betreut wurden, belief sich annähernd auf 73 000<sup>3</sup>; das waren gut 3% der schleswig-holsteinischen Bevölkerung. Knapp 13 000 davon waren in Anstalten untergebracht, darunter 35% in Anstalten für Geistesranke, 23% in Alters- und Siechenheimen und 13% in Kinderheimen. Von den 60 000 in offener Betreuung stehenden Personen, erhielten 76% laufende Unterstützungen aus der eigentlichen Fürsorge, 19% aus der sozialen Fürsorge und 6% aus der Tbc-Hilfe. Unter den

2) Nach § 276 Abs. 3 LAG obliegt den Fürsorgeverbänden die Krankenversorgung derjenigen Empfänger von Unterhaltshilfe, denen weder aus Versicherungs- noch aus Versorgungsanspruch Krankenhilfe zusteht; die Kosten tragen Ausgleichsfonds, Bund und innerhalb der Länder die Fürsorgeverbände

3) Hierin sind nicht enthalten die Personen, die einmalige Unterstützungen und übrige Leistungen empfangen. Die Zahl dieser Unterstützten kann nicht für einen Stichtag, sondern nur für einen Zeitraum angegeben werden. Die jetzt laufende Zusatzstatistik über Sonderfragen der Fürsorge 1958 wird erstmalig Angaben über Empfänger einmaliger Unterstützungen in der offenen Fürsorge liefern



eigentlichen Fürsorgeempfängern waren 3% Zugewanderte und 1% Personen, die Ausbildungsbeihilfen nach § 6 Abs. 1e RGr<sup>4</sup> bezogen haben. Von allen Unterstützten in der sozialen Fürsorge bekamen allein 88% Erziehungsbeihilfen.

### Die Entwicklung der Fürsorgeleistungen

Im Rechnungsjahr 1958 wurden 7,6 Mio DM mehr für die gesamten Fürsorgeleistungen aufgewendet als 1956; das bedeutet ein Anschwellen der Gesamtausgaben um 9% in diesen zwei Jahren. Im gleichen Zeitraum verminderte sich die Zahl der erfaßten unterstützten Personen um 14 000, das entspricht einer Abnahme um 16%. Aus diesen beiden gegenläufigen Bewegungen läßt sich unschwer eine beträchtliche Erhöhung der Fürsorgeleistungen je Person ablesen. So erhöhten sich seit 1956 die durchschnittlichen Jahresausgaben je Unterstützten in der offenen Fürsorge und Tbc-Hilfe um je ein Drittel; in der offenen sozialen Fürsorge um drei Viertel und die durchschnittliche jährliche Erziehungs-

Tab. 3

Die durchschnittlichen Jahresausgaben je unterstützte Person<sup>1</sup> in der offenen und geschlossenen Fürsorge (einschl. Tbc-Hilfe)  
Rechnungsjahre 1956 – 1958

Fürsorgearten	1956	1957	1958	1957	1958
	DM			Messziffern (1956=100)	
Offene Fürsorge	506	605	670	120	132
darunter für Zugewanderte	612	694	781	113	128
Offene Tbc-Hilfe (einschl. für Zugewanderte)	818	938	1 087	115	133
Offene soziale Fürsorge	416	558	740	134	178
darunter Erziehungsbeihilfen	361	491	731	136	202
Geschlossene Fürsorge (einschl. sozialer Fürsorge und Tbc-Hilfe)	2 074	2 291	2 541	110	123

1) Bestand am Ende des Rechnungsjahres

4) Nach § 6 Abs. 1e der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Mass der öffentlichen Fürsorge (RGr) gehört bei Hilfsbedürftigen, deren Berufsausbildung infolge des Krieges oder seiner Auswirkungen nicht begonnen, fortgesetzt oder abgeschlossen werden konnte, ausserdem bei Blinden, Hör- und Sprachgeschädigten zum notwendigen Lebensbedarf eine Hilfe zur Erwerbsbefähigung oder zur Ausbildung für einen angemessenen Beruf

beihilfe gem. BVG verdoppelte sich sogar (vgl. Tab. 3).

In den einzelnen Sparten des öffentlichen Fürsorgewesens hat sich sowohl die jährliche Ausgabe als auch die Zahl der Unterstützten unterschiedlich entwickelt. Die Aufwendungen für Zugewanderte, einmalige Unterstützungen in der offenen Fürsorge, Anstaltsbetreuung in der sozialen Fürsorge und übrige Leistungen gingen merklich zurück. In allen anderen Fürsorgearten vermehrten sich die Ausgaben; am stärksten in der offenen sozialen Fürsorge, nämlich um 57%. In der eigentlichen Fürsorge lag die Ausgabenausweitung bei 7 und 8%; sie war bei der offenen Betreuung etwas geringer als bei der geschlossenen. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß die Aufwendungen für einmalige Unterstützungen eine rückläufige Tendenz aufweisen; wegen der allgemein aufgebesserten Sozialbezüge dürften die sozialschwachen Schichten ausreichender als noch vor einigen Jahren gegen einmalige Notlagen gesichert sein. - In allen Fürsorgekategorien hat sich die Zahl der unterstützten Personen im Berichtszeitraum beträchtlich verringert; die Abnahme lag zwischen 7% und 28%. Es fällt auf, daß der Rückgang der Unterstütztenzahl in der eigentlichen Fürsorge und Tbc-Hilfe deutlich ausgeprägter war als in der sozialen Fürsorge. In der sozialen Fürsorge hängt die Abnahme der Zahl der Hilfsbedürftigen weniger von der allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ab als vielmehr vom Heranwachsen der für Erziehungsbeihilfen in Frage kommenden Kinder von Kriegsteilnehmern. - Die Tendenz, daß die Hilfsbedürftigen weniger auf öffentliche Hilfe angewiesen sind, geht auch aus der Abnahme der Fürsorgedichte hervor. Ende März 1957 kamen 39 laufend Unterstützte auf 1 000 der Bevölkerung, Ende März 1959 waren es nur noch 32.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge 1954 und 1955" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 73 (März) und "Die öffentliche Fürsorge im Rechnungsjahr 1957" in Wirtschaft und Statistik 1958, S. 631 (November)

## Kurzberichte

### Die öffentliche Wasserversorgung im Jahre 1957

Für das Kalenderjahr 1957 wurden erstmalig die Verhältnisse der öffentlichen Wasserversorgung durch eine Erhebung näher untersucht. Das Wasseraufkommen in Schleswig-Holstein

betrug 61 Mio cbm; hiervon waren nur 0,4 Mio cbm Fremdbezug der Wasserwerke von außerhalb des Landes, alles übrige dagegen Eigengewinnung. 53 Mio cbm kamen aus Grundwasser, fast 7 Mio cbm aus Oberflächenwasser und unbedeutende Mengen aus Quellen.



Die unmittelbar oder über Weiterverteiler an Endverbraucher abgegebene Wassermenge betrug 56 Mio cbm. Als Endverbraucher gelten Haushalte, gewerbliche Betriebe, Schulen, Krankenhäuser u. dgl. Die Weiterverteiler (Gemeinden oder Wasserversorgungsunternehmen) haben 3 Mio cbm erhalten.

Die folgende Tabelle gibt ein Bild von der Anzahl und Größe der in Schleswig-Holstein vorhandenen Wasserwerke und vom Wasseraufkommen nach Aufkommensgrößenklassen.

Anzahl der Wasserwerke nach Größenklassen und deren Wasseraufkommen

Größenklasse - 1 000 cbm Wasseraufkommen im Jahr -	Wasserwerke	Wasser- aufkommen in 1 000 cbm	darunter Fremdbezug in 1 000 cbm
unter 50	254	2 151	14
50 b. u. 100	9	641	-
100 " 300	30	5 111	-
300 " 1 000	25	14 293	395
1 000 und mehr	10	38 570	-
Insgesamt	328	60 765	409

Einen sehr wichtigen Teil der öffentlichen Wasserversorgung bildet das Abwasserwesen. Da es hier jedoch noch weniger Meßvorrichtungen gibt, als bei der Wassergewinnung bzw. der Wasserzuführung, und überdies die Ermittlung der Abwassermengen besondere Schwierigkeiten bereitet, mußten die gemeldeten Abwassermengen weitgehend (etwa 90% der insgesamt angefallenen Wassermenge) geschätzt oder errechnet werden; dies ist bei der Verwendung der Zahlenwerte zu berücksichtigen.

In den Abwasseranlagen von insgesamt 90 Gemeinden und Abwasserverbänden betrug der gesamte Eigenanfall an Abwasser im Jahre 1957 durchschnittlich 193 000 cbm/Tag (davon 22 000 cbm gemessen, der Rest geschätzt); davon wurden 136 000 cbm/Tag über eine Sammelkläranlage und 58 000 cbm/Tag unmittelbar in den Kanal eingeleitet. Die abgeleiteten Abwassermengen teilen sich nach ihrer Herkunft wie folgt auf:

	insgesamt	darunter über Sammelkläranlage in Kanal eingeleitet
		cbm/Tag
aus Haushalten u. Kleingewerbe	98 000	68 000
aus Industrie	46 000	31 000
eingesickertes Grundwasser u. zugeleitetes Oberflächen- wasser	50 000	36 000
gesamter Eigenanfall an Abwasser	193 000	136 000

Das Abwasser der Industrie - 46 000 cbm/Tag - kann unter Umständen einer Klärung (Vorbehandlung) bedürfen. Es wurde daher gefragt, welche Mengen zwar der Klärung bedürfen, aber wegen Fehlens der entsprechenden Anlagen

ungeklärt abgeleitet werden mußten. Bei 12 000 cbm (= 25%) ist eine Vorbehandlung erforderlich gewesen und auch erfolgt. Bei 4 000 cbm (= 8%) war die Vorbehandlung zwar erforderlich, ist aber nicht vorgenommen worden, und bei 31 000 cbm/Tag (= 67%) war eine Vorbehandlung des Wassers nicht nötig.

Die Gemeinden mit öffentlichem Abwasserwesen hatten insgesamt 1,4 Mio Einwohner, davon waren 294 000 an die Kanalisation nicht angeschlossen. Das gesamte Kanalisationsnetz des Landes hat eine Länge von 2 208 km. Hi.

Vergleiche auch: "Die Wasserversorgung Schleswig-Holsteins" in Stat. Monatsh. S.-H. 1952, S. 239 (Juli)

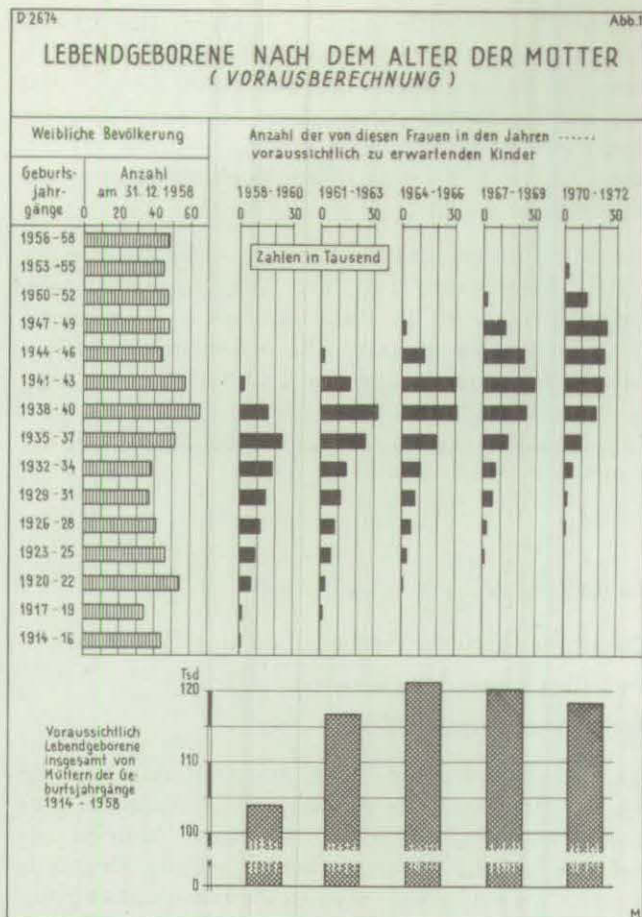
#### Vorausberechnung 9

#### Zusammenhänge zwischen Zahl der Geborenen und Besetzung der Geburtsjahrgänge der dazugehörigen Mütter

Es ist zu erwarten, daß die Zahl der Kinder, die in jedem Jahr in Schleswig-Holstein geboren werden, in den kommenden Jahren zunehmen wird. Diese Aussage ist das Ergebnis einer Untersuchung, die im Zusammenhang mit der Bevölkerungsvorausberechnung<sup>1</sup> für Schleswig-Holstein durchgeführt wurde. Dabei war unterstellt worden, daß die Fortpflanzungsverhältnisse von 1957 - ausgedrückt durch altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern - auch weiterhin gelten werden. Es ist einleuchtend, daß die Zahl der zu erwartenden Geborenen von der Zahl der Mütter abhängt. Kompliziert wird dieser Zusammenhang durch den Umstand, daß die Kinder eines Geburtsjahrganges von Müttern vieler (etwa 30) Geburtsjahrgänge geboren werden. Diese Abhängigkeit der Zahl der Geborenen bestimmter Jahre von der Gesamtheit der für diese Geburten in Frage kommenden Mütter verdeutlicht die Abbildung 1 auf Seite 308. Die Kinder, die 1958 bis 1960 auf die Welt kommen, wurden z. B. - abgesehen von Einzelfällen - von Müttern der Geburtsjahrgänge 1914 bis 1943 geboren werden. Für die Neugeborenen der Jahre 1970 bis 1972 wird die Müttergeneration der Geburtsjahre 1926 bis 1955 in Frage kommen. Wieviel Geborene von der Gesamtzahl der zu einem Geburtsjahrgang gehörenden Frauen zu erwarten sind, hängt natürlich von der Stärke des betreffenden Jahrgangs ab. Es sind z. B. von den Frauen des Jahrgangs 1940, der besonders umfangreich ist, im Ablauf der Jahre - unter Voraussetzung gleichbleibender Fortpflanzungsverhältnisse - viele Kinder zu erwarten und vom extrem schwach besetzten Jahrgang 1933 nur wenige

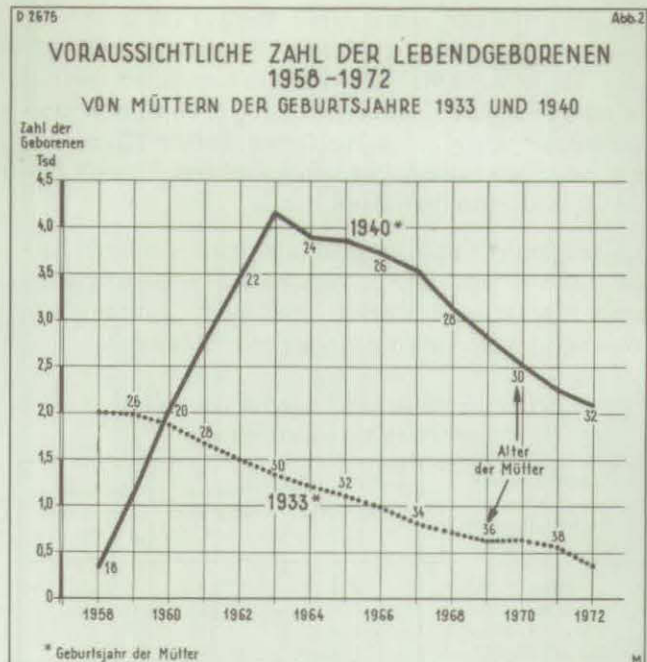
1) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 188 (August)





Kinder. Die Zahl der Kinder, die in einem bestimmten Jahr von den Müttern eines bestimmten Geburtsjahrgangs geboren werden, wird außerdem dadurch beeinflusst, welches Lebensjahr die Mutter gerade erreicht hat. Da in der obenstehenden Abbildung 1 die Geburtsjahrgänge (1914 bis 1958) und die Beobachtungsjahre (1958 bis 1972) aus Gründen der Übersichtlichkeit in Dreiergruppen zusammengefaßt werden mußten, sollen die beiden letzten Gedanken durch die folgende Abbildung 2 veranschaulicht werden.

Für diese Abbildung wurden die Frauen der Geburtsjahrgänge 1940 und 1933 ausgewählt. Die Abbildung zeigt, daß z.B. 1964 von den Müttern des Jahrgangs 1940, die dann 24 Jahre alt sein werden, vermutlich rund 3 900 Geborene zu erwarten sind. Der Jahrgang 1933 dagegen - 31 Jahre alt - wird an der Gesamtzahl der Geborenen des Jahres 1964 nur mit 1 200 Neugeborenen beteiligt sein. Daß der eine Jahrgang mit fast 10% der Geborenen und der andere mit nur 3% an der Gesamtzahl der Lebendgeborenen (insgesamt 40 340) vertreten sein wird, hängt sowohl mit der unterschiedlichen zahlenmäßigen Stärke der beiden Geburtsjahrgänge



als auch mit dem verschiedenen Lebensalter, in dem sich die Frauen dieser Jahrgänge gerade befinden, zusammen. Außerdem ist noch zu beachten, daß der in der Abbildung 1 erfaßte Beobachtungszeitraum 1958 bis 1972 ein willkürlicher Ausschnitt ist; denn von den Frauen der Geburtsjahrgänge 1940 und 1933 wurden bereits vor 1958 Kinder geboren, und es werden auch noch nach 1972 von diesen Frauen Kinder zu erwarten sein.

Die vorstehenden Ausführungen einschließlich der Darstellungen sollen zeigen, wie sehr die Zahl der zu erwartenden Geborenen - bei gleichbleibenden Fortpflanzungsverhältnissen - von der Besetzung der Geburtsjahrgänge der Frauen, die jeweils als Mütter in Frage kommen, abhängt. Wir werden in den nächsten Jahren erleben, daß Geburtsjahrgänge ins gebärfähige Alter kommen, die zahlenmäßig außerordentlich stark besetzt sind. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Jahrgänge 1936 bis 1943. Der Umfang dieser Jahrgänge wird mitbestimmend dafür sein, daß die Zahl der in jedem Jahr in Schleswig-Holstein Geborenen mindestens bis 1965 ständig ansteigen wird.

Ko.

Anmerkung: Die Annahme, daß die Fortpflanzungsverhältnisse von 1957 auch weiterhin bestehen bleiben werden, ist selbstverständlich nicht wirklichkeitgerecht. Die Fortpflanzungsverhältnisse ändern sich im Ablauf der Zeit, ohne daß es jedoch möglich ist, sie - in Fruchtbarkeitsziffern gefaßt - vorzuschätzen. Die "allgemeine Fruchtbarkeitsziffer" (Gesamtzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren) in Schleswig-Holstein betrug z. B. 1957 71,4 und 1958 73,3. Die entsprechende Zahl für das Bundesgebiet war für 1957 76,2. Die Fruchtbarkeitsziffern für einzelne Altersjahre von Frauen sind von Jahr zu Jahr u. U. weit stärkeren Schwankungen unterworfen.



# TABELLENTEIL

## SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

### a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe *	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 598	2 269	2 273	2 274	2 273	2 286	2 288	...	...
darunter										
Vertriebene <sup>1)</sup>										
*Anzahl	1000	856 <sup>a</sup>	639	640	640	640	641	642	...	...
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28	28	...	...
Zugewanderte 2)										
*Anzahl	1000	134 <sup>a</sup>	143	144	144	145	149	149	...	...
in % der Wohnbevölkerung		5	6	6	6	6	7	7	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen 3)										
*Anzahl		2 078	1 654	3 867	999	1 430	2 064	3 397	...	...
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		9,6	8,8	20,1	5,3	7,4	10,6	17,5	...	...
Lebendgeborene 4)										
*Anzahl		3 448	2 867	2 747	2 860	2 750	3 096	3 037	...	...
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		15,9	15,2	14,2	15,3	14,2	16,0	15,6	...	...
Gestorbene 5) (ohne Totgeborene)										
insgesamt										
*Anzahl		2 059	2 173	1 880	1 827	2 032	2 092	1 839	...	...
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		9,5	11,5	9,8	9,8	10,5	10,8	9,5	...	...
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	93	82	66	93	89	77	...	...
*auf 100 Lebendgeborene		5,0	3,3	3,0	2,3	3,4	2,9	2,5	...	...
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+1 389	+ 694	+ 867	+1 033	+ 718	+1 004	+1 198	...	...
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,7	+ 4,5	+ 5,5	+ 3,7	+ 5,2	+ 6,2	...	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 523	7 304	6 165	7 241	6 381	5 545	...	...
darunter										
Vertriebene		2 173	1 823	2 001	1 679	1 915	1 499	1 315	...	...
Zugewanderte		.	903	1 095	1 088	1 176	969	1 048	...	...
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 263	5 549	5 967	8 249	5 897	5 173	...	...
darunter										
Vertriebene		9 662	1 837	1 709	1 795	2 317	1 704	1 524	...	...
Zugewanderte		.	657	681	779	958	741	641	...	...
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	+ 260	+1 755	+ 198	-1 008	+ 484	+ 372	...	...
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 14	+ 292	- 116	- 402	- 205	- 209	...	...
Zugewanderte		.	+ 246	+ 414	+ 309	+ 218	+ 228	+ 407	...	...
*Umzüge innerhalb des Landes <sup>6)</sup>		11 614	9 666	8 370	8 915	11 564	8 428	7 472	...	...
Wanderungsfälle 6)										
insgesamt										
Anzahl		31 221	22 452	21 223	21 047	27 054	20 706	18 190	...	...
auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr <sup>7)</sup>		198	170	154	160	200	150	132	...	...
darunter										
Umsiedler		6 329 <sup>b</sup>	609	741	772	553	464	489	482	516
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	326	409	517	239	207	244	246	200
Baden-Württemberg		2 602	43	48	66	35	11	28	24	16
Rheinland-Pfalz		2 928	10	4	11	21	4	8	21	21
Hessen		238	12	-	14	5	6	23	29	10
Hamburg		41	218	280	164	253	236	186	162	269
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer <sup>8)</sup>	1000	624 <sup>+</sup>	741 <sup>+</sup>	.	772	.	.	.	770	.
darunter										
*Männer	1000	429 <sup>+</sup>	494 <sup>+</sup>	.	518	.	.	.	519	.
*Arbeitslose										
insgesamt										
Anzahl	1000	210	50	25	27	31	19	17	17	19
je 100 Arbeitnehmer		25,2	6,3	3,1	3,4	3,9	2,4	2,2	2,2	2,4
darunter										
*Männer	1000	146	31	12	13	15	10	9	9	10
Vertriebene	1000	119 <sup>c</sup>	18	.	9	.	.	.	5	.

\*) Die mit einem vorangestellten Stern (\*) versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) am 13. 9. 1950 b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte



noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959				
		Monats-		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
		Durchschnitt									
LANDWIRTSCHAFT											
Viehbestand											
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 <sup>d</sup>	1 129 <sup>d</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.
darunter											
*Milchkühe	1000	458 <sup>d</sup>	426 <sup>d</sup>	.	.	.	.	.	.	.	.
*Schweine	1000	1 031 <sup>d</sup>	1 279 <sup>d</sup>	.	1 304	.	.	.	1 346	.	.
darunter											
*Zuchtsauen	1000	107 <sup>d</sup>	126 <sup>d</sup>	.	130	.	.	.	138	.	.
darunter											
*trächtig	1000	68 <sup>d</sup>	77 <sup>d</sup>	.	80	.	.	.	87	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	14	13	17	28	12	16	23	...	...
*Kälber	1000 St	14	5	2	3	5	3	2	2	...	...
*Schweine	1000 St	45	81	64	70	66	65	67	66	...	...
darunter											
*Hausschlachtungen <sup>9)</sup>	1000 St	18 <sup>e</sup>	15 <sup>f</sup>	1	1	4	1	1	1	...	...
*Gesamtschlachtgewicht <sup>9)</sup> (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,3	8,5	10,0	11,9	8,4	9,5	11,0	...	...
darunter											
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,0	2,7	3,8	6,1	2,6	3,3	4,8	...	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	5,5	5,9	5,4	5,5	5,8	5,8	...	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
*Rinder	kg	226	223	210	216	221	208	208	214	...	...
*Kälber	kg	26	49	63	56	43	61	60	59	...	...
*Schweine	kg	98	89	87	86	87	86	88	90	...	...
Milcherzeugung											
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	142	139	108	96	157	130	104	...	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	10,4	8,4	7,2	11,9	9,9	8,1	...	...
*Milchanlieferung an Molkereien											
in % der Gesamterzeugung	%	86	87	90	88	85	90	90	88	...	...
INDUSTRIE <sup>10)</sup>											
*Beschäftigte	1000	109	164	166	165	164	164	165	166	...	...
darunter											
*Arbeiter 11)	1000	91	136	138	137	136	135	136	137	...	...
*Geleistete Arbeiterstunden <sup>12)</sup>	1000	18 055	24 439	24 428	25 648	26 301	23 785	23 634	25 088	...	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	53,1	53,9	54,4	55,0	58,1	55,2	56,9	...	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	16,5	16,2	16,3	16,3	17,2	17,1	17,5	...	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE 13)	81	74	67	71	81	56	56	57	...	...
Gasverbrauch	1000 Nm <sup>3</sup>	.	11 858	12 537	12 292	12 194	10 722	11 169	9 711	...	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	31	33	33	36	37	39	42	...	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	72	73	74	81	73	76	79	...	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mio kWh	11	21	20	20	25	17	18	19	...	...
*Umsatz 14)	Mio DM	201	479	469	539	510	511	510	529	...	...
darunter											
*Auslandumsatz	Mio DM	10	65	64	92	63	72	81	65	...	...
Index der industriellen Produktion											
Gesamte Industrieproduktion											
einschl. Energie und Bau	1950=100	115 <sup>g</sup>	224	221	235	r 233	225	231	.	...	...
darunter Erzeugnisse des/der											
Erdölgewinnung		107	592	592	579	584	597	607	618	...	...
Industrie der Steine und Erden		111	193	244	247	243	271	264	280	...	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	157	152	158	141	95	108	113	...	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	112	107	118	115	81	122	139	...	...
Mineralölverarbeitung		117	688	755	881	592	922	908	1 130	...	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	741	702	746	797	816	801	877	...	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	99	111	99	105	96	92	103	...	...
papiererzeugenden Industrie		102	256	264	264	260	241	274	273	...	...
Schiffbaues		126	311	282	320	324	325	326	309	...	...
Maschinenbaues		134	272	230	241	264	222	207	268	...	...
elektrotechnischen Industrie		144	508	526	598	r 475	431	515	581	...	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	608	514	705	544	524	594	719	...	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie											
(einschl. Sportwaffen)		119	166	168	173	174	173	184	204	...	...
ledererzeugenden Industrie		97	115	104	116	103	109	107	114	...	...
Schuhindustrie		102	216	183	214	209	94	156	197	...	...
Textilindustrie		118	194	183	198	192	148	154	194	...	...
Bekleidungsindustrie		115	127	130	130	138	90	r 131	137	...	...
Fleischwarenindustrie		137	169	164	176	178	162	172	191	...	...
fischverarbeitenden Industrie		143	189	232	252	264	r 189	r 244	289	...	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	121	111	85	73	122	102	84	...	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	227	221	232	259	268	272	248	...	...
Bauproduktion		92	189	224	230	r 226	231	232	.	...	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren d) Dezember e) Ø Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) Ø Winterhalbjahr 1958/59 = 25 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951



noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mio kWh	66	110	108	116	125	101	107	116	...
* Stromverbrauch 15)	Mio kWh	70	143	138	142	156	142	148	152	...
* Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mio cbm	11	17	16	17	17	14	14	15	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
* Beschäftigte		39 835	55 228	63 940	63 976	63 405	p62161	p62016	...	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 286	11 345	11 452	11 511	p11134	p10713	...	...
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 157	4 891	5 012	5 125	p5 181	p5 194	...	...
* Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	8,5	22,4	27,7	28,5	28,3	p 29,0	p 27,8	...	...
* Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,5	1,5	1,5	1,5	1,5	p 1,6	p 1,6	...	...
* Umsatz	Mio DM	24,3	70,3	87,2	90,4	93,1	p 95,6	p 90,4	...	...
Baugenehmigungen 18)										
* Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	922	1 237	1 059	1 483	663	1 427	1 364	...
* Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	458	548	530	490	397	637	619	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	60,9	80,1	73,0	91,0	43,0	89,9	82,9	...
darunter										
für Wohngebäude	Mio DM	16,9	42,4	56,2	55,9	66,6	27,4	71,4	65,6	...
* Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 069	1 337	1 331	1 418	713	1 509	1 357	...
darunter										
* in Wohngebäuden	1000 cbm	536	691	914	916	1 048	415	1 091	999	...
* Wohnungen 20)		2 306	2 109	2 826	2 588	3 256	1 212	3 217	2 809	...
darunter										
* in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 879	2 536	2 377	2 998	1 010	2 904	2 570	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	1 533	1 338	1 395	1 926	1 738	1 740	2 194	...
Wohnräume 22)		4 926	6 064	5 249	5 223	7 849	6 434	6 938	8 828	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
* insgesamt	1958=100	.	100	99	93	100	111	102	97	...
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	100	106	97	99	115	111	104	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	79	77	103	104	75	77	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	91	95	108	99	97	100	...
*Sonstige Waren		.	100	99	99	98	105	98	104	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
* Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	308	309	287	234	474	677	415	...
* Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 211	833	1 981	892	2 810	396	1 344	...
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	8 126	7 014	7 999	7 699	11 955	10 589	11 135	...
* Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	28 087	28 141	28 463	32 945	28 339	32 645	38 492	...
Ausfuhr nach Warengruppen 23)										
* insgesamt	Mio DM	7,2	67,7	87,1	94,7	53,7	59,7	56,2	...	...
davon Güter der										
* Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	5,1	4,3	4,8	5,0	6,1	6,5	...	...
* Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	62,6	82,8	89,8	48,7	53,5	49,7	...	...
davon										
* Rohstoffe	Mio DM	0,2	2,0	2,1	2,0	2,0	2,5	1,8	...	...
* Halbwaren	Mio DM	2,3	4,8	5,7	4,6	3,8	5,4	4,0	...	...
* Fertigwaren	Mio DM	4,0	55,8	74,9	83,3	42,9	45,7	43,9	...	...
davon										
* Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,8	2,8	3,2	3,2	2,5	2,4	...	...
* Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	53,0	72,2	80,1	39,7	43,1	41,5	...	...
* Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 23)										
Großbritannien	Mio DM	0,1	3,2	1,6	2,7	2,8	5,1	17,8	...	...
Argentinien	Mio DM	0,2	1,1	1,4	0,0	0,4	0,3	4,9	...	...
Dänemark	Mio DM	0,8	3,7	3,3	3,1	3,2	4,3	3,7	...	...
Niederlande	Mio DM	0,6	6,1	5,5	2,8	3,2	4,3	3,2	...	...
USA	Mio DM	0,3	1,8	1,7	2,0	1,7	3,1	3,1	...	...
Schweden	Mio DM	0,6	6,3	4,7	9,9	5,4	3,2	2,8	...	...
Schweiz	Mio DM	0,3	1,9	2,0	2,4	2,1	2,0	2,1	...	...
Frankreich	Mio DM	0,1	1,3	0,9	0,7	1,2	2,0	1,9	...	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt 24)										
Güterempfang	1000 t	141	371	538	485	443	462	454	...	...
Güterversand	1000 t	86	102	133	140	110	122	166	...	...
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	.	126	135	112	126	112	120	127	...
* Güterversand	1000 t	.	195	245	246	259	278	243	300	...

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 - 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1959 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1958/59 = vorläufige Zahlen



noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe		Einheit	1950	1958	1958			1959			
			Monats-Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
noch: VERKEHR											
Nord-Ostsee-Kanal 25)											
Schiffsverkehr											
Schiffe											
			3 939	5 645	6 719	6 722	6 567	7 134	7 345	7 302	...
	darunter										
	deutsche	%	64,0	65,5	66,1	67,2	65,4	66,7	68,2	66,7	...
	Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 795	3 156	3 065	3 102	3 252	3 302	3 316	...
	darunter										
	deutscher Anteil	%	23,3	30,3	32,9	33,7	30,9	31,4	34,5	32,2	...
Güterverkehr											
	Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 840	4 557	4 370	4 372	4 407	4 606	4 625	...
	und zwar										
	auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	35,7	33,8	33,7	34,8	36,8	34,5	...
	Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 906	2 145	2 067	2 053	2 063	2 219	2 095	...
	Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 935	2 411	2 304	2 319	2 345	2 387	2 530	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
	*insgesamt		1 244	3 262	3 063	3 182	3 534	3 731	2 649	3 792	...
	darunter										
	*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	227	244	142	93	277	154	121	...
	*Personenkraftwagen		398	2 107	1 960	2 043	2 369	2 464	1 658	2 492	...
	*Kombinationskraftwagen		.	175	131	158	177	183	117	181	...
	*Lastkraftwagen		247	293	239	330	348	301	233	334	...
Straßenverkehrsunfälle											
	*Unfälle insgesamt		826	2 513	3 203	3 028	2 817	p3 420	...	...	...
	davon										
	*mit Personenschaden		417	918	1 239	1 240	1 084	p1 322	...	...	...
	nur mit Sachschaden		409	1 595	1 964	1 788	1 733	p2 098	...	...	...
	*Getötete Personen 26)		17	40	49	46	48	p 38	...	...	...
	*Verletzte Personen		493	1 130	1 567	1 527	1 282	p1 722	...	...	...
Fremdenverkehr 27)											
	*Fremdenmeldungen	1000	44 <sup>h</sup>	112 <sup>h</sup>	252	120	73	325	289	132	...
	darunter										
	*Auslandsgäste	1000	2 <sup>h</sup>	15 <sup>h</sup>	34	16	9	51	35	18	...
	*Fremdenübernachtungen	1000	221 <sup>h</sup>	681 <sup>h</sup>	2 279	715	254	2 909	2 590	842	...
	darunter										
	*Auslandsgäste	1000	5 <sup>h</sup>	33 <sup>h</sup>	83	35	13	139	90	37	...
GELD UND KREDIT											
Kreditinstitute (ohne LZB)											
	*Kredite an Nichtbanken 28)	Mio DM	741 <sup>i</sup>	3 105 <sup>i</sup>	2 971	2 998	3 048	3 402	3 425	...	...
	davon										
	*Kurzfristige Kredite	Mio DM	441 <sup>i</sup>	939 <sup>i</sup>	920	909	924	1 018	1 002	...	...
	darunter										
	*an Wirtschaft und Private	Mio DM	428 <sup>i</sup>	928 <sup>i</sup>	905	903	915	1 015	999	...	...
	*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	299 <sup>i</sup>	2 165 <sup>i</sup>	2 051	2 090	2 124	2 385	2 423	...	...
	darunter										
	*an Wirtschaft und Private	Mio DM	263 <sup>i</sup>	1 864 <sup>i</sup>	1 771	1 805	1 829	2 051	2 086	...	...
	*Einlagen von Nichtbanken 28)	Mio DM	408 <sup>i</sup>	2 067 <sup>i</sup>	2 002	1 999	1 996	2 300	2 378	...	...
	davon										
	*Sicht- und Termineinlagen	Mio DM	277 <sup>i</sup>	1 012 <sup>i</sup>	1 004	998	978	1 122	1 179	...	...
	darunter										
	*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	231 <sup>i</sup>	837 <sup>i</sup>	827	829	823	923	951	...	...
	*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	131 <sup>i</sup>	1 054 <sup>i</sup>	998	1 001	1 018	1 178	1 199	...	...
	darunter										
	*bei Sparkassen	Mio DM	94 <sup>i</sup>	706 <sup>i</sup>	658	669	680	792	806	818	...
	*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	57	49	51	54	65	60	...	...
	*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	41	33	47	37	55	39	...	...
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)											
			23	9	14	5	7	7	8	8	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)											
			8	2	1	-	2	2	3	5	...
Wechselproteste			682	636	578	588	690	698	704	...	...
	Anzahl										
	Wert	1000 DM	517	465	340	527	542	475	432	...	...
STEUERN <sup>29)</sup>											
*Bundessteuern											
	davon	1000 DM	44 667	80 387	79 852	83 073	84 084	94 445	91 028	94 072	...
	*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	29 801	32 238	31 284	31 345	32 413	33 877	33 245	...
	*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 034	1 198	1 112	1 192	1 249	1 254	1 243	...
	*Zölle	1000 DM	1 381	7 838	6 816	6 614	8 520	8 581	7 287	7 876	...
	*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	41 359	39 178	42 710	42 816	51 973	48 486	51 565	...
	darunter										
	*Tabaksteuer	1000 DM	22 295	32 960	31 401	34 951	33 093	39 565	38 091	39 622	...
	*Notopfer Berlin	1000 DM	951	354	422	1 353	211	228	124	143	...
außerdem											
	*Lastenausgleichsabgaben <sup>30)</sup>	1000 DM	5 569	5 396	8 980	1 873	4 520	6 447	9 357	2 649	...

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) ab April 1959 vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr 30) 1950; nur Soforthilfe-Abgaben h) 1950: Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden (1. Vierteljahr geschätzt); für das Sommerhalbjahr Mts. -ø 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen. Ab 1955: Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden. Für das Sommerhalbjahr 1958 Mts. -ø 168 000 Fremdenmeldungen mit 1 186 000 Übernachtungen. i) Stand: 31. 12.



noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats- Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
noch: STEUERN										
*Landesteuern <sup>31)</sup>	1000 DM	14 273	45 375	31 785	71 289	37 833	40 999	39 367	86 105	...
darunter										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	14 013	18 551	17 940	19 797	19 167	18 187	17 561	...
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	15 925	3 797	33 359	7 639	12 117	9 887	44 066	...
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	428	393	151	141	1 201	434	31	...
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 322	372	12 705	3 227	989	815	17 172	...
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 463	2 950	588	535	588	3 573	333	...
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	3 596	3 238	3 657	3 561	4 120	3 612	4 023	...
*Biersteuer	1000 DM	248	420	484	537	507	504	554	747	...
Gemeindesteuern										
*Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 <sup>+</sup>	56 397 <sup>+</sup>	47 272 <sup>j</sup>	...	...	63 676 <sup>j</sup>	...	...	...
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 <sup>+</sup>	6 706 <sup>+</sup>	6 252 <sup>j</sup>	...	...	6 388 <sup>j</sup>	...	...	...
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 <sup>+</sup>	11 565 <sup>+</sup>	11 569 <sup>j</sup>	...	...	12 684 <sup>j</sup>	...	...	...
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 <sup>+</sup>	34 011 <sup>+</sup>	25 546 <sup>j</sup>	...	...	40 507 <sup>j</sup>	...	...	...
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 <sup>+</sup>	4 115 <sup>+</sup>	3 906 <sup>j</sup>	...	...	4 097 <sup>j</sup>	...	...	...
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 <sup>+</sup>	5 929 <sup>+</sup>	5 744 <sup>j</sup>	...	...	6 136 <sup>j</sup>	...	...	...
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslands Güter	1950=100	100	100	100	99	99	96	97	p 97	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	131	130	131	r 133	132	p 132	...
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100 <sup>k</sup>	125	125	125	125	124	124	124	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 <sup>k</sup>	130 <sup>m</sup>	127	126	128	r 144	p 138	p 136	...
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	278	278	.	.	.	.	...	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51 = 100	100 <sup>k</sup>	128 <sup>m</sup>	124	125	126	130	131	p 131	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	104	111	111	111	113	112	112	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>32)</sup>	1950=100	100	119	119	118	118	121	121	121	...
darunter										
Ernährung		100	126	124	124	123	128	128	129	...
Wohnung		100	120	120	120	121	123	123	123	...
Heizung und Beleuchtung		100	143	143	144	145	143	144	145	...
Bekleidung		100	104	105	105	104	104	104	105	...
Hausrat		100	112	112	112	112	112	112	112	...
LOHNE UND GEHALTER <sup>33)</sup>										
Arbeiterverdienste in der Industrie <sup>34)</sup>										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	116,69	119,71	.	.	.	125,00	.	.
darunter										
Facharbeiter	DM	68,90	124,34	128,25	.	.	.	132,34	.	.
*weiblich	DM	37,09	67,56	67,43	.	.	.	72,41	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	243,5	245,8	.	.	.	259,7	.	.
darunter										
Facharbeiter	Pf	139,8	258,6	261,8	.	.	.	275,3	.	.
*weiblich	Pf	80,8	152,9	154,3	.	.	.	165,7	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std	49,2	47,9	48,7	.	.	.	48,1	.	.
*weiblich	Std	45,9	44,2	43,7	.	.	.	43,7	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std	.	44,5	45,0	.	.	.	44,5	.	.
*weiblich	Std	.	41,4	41,3	.	.	.	41,0	.	.
Angestelltenverdienste <sup>34)</sup>										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	588	595	.	.	.	620	.	.
*weiblich	DM	.	382	385	.	.	.	399	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	697	701	.	.	.	720	.	.
*weiblich	DM	.	403	409	.	.	.	416	.	.
im Handel <sup>35)</sup>										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	540	541	.	.	.	580	.	.
*weiblich	DM	.	331	335	.	.	.	353	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	554	558	.	.	.	592	.	.
*weiblich	DM	.	347	350	.	.	.	367	.	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	685	691	.	.	.	714	.	.
*weiblich	DM	.	391	396	.	.	.	413	.	.

+ ) = Vierteljahresdurchschnitt

31) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 32) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 33) Effektivverdienste; Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1958 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 34) einschl. Baugewerbe 35) Handel, Geld- und Versicherungswesen j) 1. 4. - 30. 6. k) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) m) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni)



## b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
<b>BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT</b>											
Wohnbevölkerung <sup>2)</sup> insgesamt	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269
darunter											
Vertriebene <sup>3)</sup>											
Anzahl	JD	1000	912	839	754	699	653	630	624	637	639
in % der Wohnbevölkerung <sup>2)</sup>			35,1	33,5	30,9	29,5	28,3	27,8	27,7	28,2	28,2
Zugewanderte <sup>4)</sup>											
Anzahl	JD	1000	104	101	131	131	132	132	135	139	143
in % der Wohnbevölkerung <sup>2)</sup>			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2	6,3
Beschäftigte Arbeitnehmer <sup>5)</sup>	30,9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772
darunter in den Wirtschaftsbereichen											
Land- und Forstwirtschaft	30,9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30,9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355
Handel und Verkehr	30,9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171
Arbeitslose											
insgesamt											
Anzahl	30,9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27
je 100 Arbeitnehmer	30,9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4
darunter											
Dauerarbeitslose <sup>6)</sup>	30,9.	1000	58	72	58	44	35 <sup>a</sup>	16 <sup>a</sup>	17 <sup>a</sup>	9 <sup>a</sup>	6 <sup>a</sup>
<b>UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR</b>											
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen <sup>7)8)</sup>											
Anzahl	1.5.	1000	467	436	407	384	359	346	330	317	308
je 1 000 Einwohner	1.5.		177	172	165	160	154	151	145	141	136
<b>VOLKSEINKOMMEN</b>											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten <sup>9)</sup>	JS	Mio DM	2 921	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 952	p5454	p5743 <sup>b</sup>
je Einwohner		DM	1 128	1 328	1 450	1 586	1 741	1 971	2 198	p2415	p2531 <sup>b</sup>
<b>INDUSTRIE<sup>10)</sup></b>											
Beschäftigte											
Anzahl	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197
Umsatz <sup>11)</sup>	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744
darunter											
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782
Index der industriellen Produktion											
einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	224
<b>BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN</b>											
Baufertigstellungen											
Wohnungen <sup>12)</sup>											
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5
Wohnräume <sup>13)</sup>											
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	28,8	37,0	35,3	32,0
<b>HANDEL</b>											
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt		1957=100	.	.	.	.	.	.	.	100	106
Ausfuhr	JS	Mio DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,5	p811,9
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	p 2,2
<b>VERKEHR</b>											
Kraftfahrzeugbestand											
Kraftfahrzeuge insgesamt	1.7.	1000	66 <sup>c</sup>	88 <sup>c</sup>	112	139	167	188	204	225	246
darunter											
Krafttrräder	1.7.	1000	22 <sup>c</sup>	31 <sup>c</sup>	41	52	63	70	72	73	69
Pkw <sup>14)</sup>	1.7.	1000	20 <sup>c</sup>	27 <sup>c</sup>	34	42	54	65	75	92	113
Lkw	1.7.	1000	16 <sup>c</sup>	19 <sup>c</sup>	23	26	28	28	27	28	28
<b>STEUERN</b>											
Bundessteuern	Rj. (JS)	Mio DM	536	617	682	647	645	775	864	909	965
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277	338	380	403	425
Landessteuern <sup>15)</sup>	"	Mio DM	171	251	329	345	366	347	414	456	544
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158	152	182	202	240
Gemeindesteuern	"	Mio DM	119	140	158	170	183	192	209	222	249
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	79	84	93	98	110

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj. = Rechnungsjahr 2) 1950 bis 1955: berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1956: berechnet auf Grund der ab 25.9.1956 zurückgeschriebenen und ab 26.9.1956 fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1957 und 1958: berechnet auf Grund der fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 3) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952: wie Anmerkung 1, Tab. a 4) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) über 52 Wochen in der Alhi Unterstützte 7) Stand 1950 - 1952: 15.5., 1958: 2.5. 8) ohne Minderheitsschulen 9) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) 1950 - 1951: Normal- und Notbau, 1952 - 1958: Normalbau 13) Zimmer mit 8 und mehr qm Fläche und alle Küchen 14) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 15) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer a) Stand: 31. 8. b) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt c) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge



## c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung <sup>1)</sup> am 31. 7. 1959					Arbeitslose <sup>4)</sup> am 30. 9. 1959			Industrie <sup>5)</sup>	
	ins-gesamt	darunter <sup>2)</sup> Vertriebene		Veränderung in % gegenüber Volkszählung <sup>3)</sup>		ins-gesamt	davon		Be-schäf-tigte am 30. 9. 1959	Umsatz <sup>6)</sup> in Mio DM im Sept. 1959
		Anzahl	in %	1939 <sup>3)</sup>	1950 <sup>3)</sup>		männ-lich	weib-lich		
Flensburg	96 281	23 548	24	+ 36	- 6	1 269	588	681	7 341	16,3
Kiel	268 400	58 582	22	- 3	+ 4	3 266	1 289	1 977	33 575	56,2
Lübeck	231 358	74 850	32	+ 49	- 3	2 191	1 279	912	34 797	86,0
Neumünster	72 889	20 735	28	+ 35	- 1	696	333	363	11 905	26,9
Eckernförde	65 353	20 495	31	+ 55	- 23	595	413	182	1 541	3,3
Eiderstedt	19 267	3 633	19	+ 27	- 26	88	63	25	371	1,9
Eutin	89 403	31 207	35	+ 74	- 17	815	483	332	3 928	13,5
Flensburg-Land	63 303	14 121	22	+ 42	- 20	470	226	244	630	1,5
Hzgt. Lauenburg	130 016	45 831	35	+ 79	- 13	853 <sup>a</sup>	544	309	8 920	17,8
Husum	62 219	11 371	18	+ 31	- 21	392	194	198	867	2,0
Norderdithmarschen	57 871	14 570	25	+ 30	- 25	321	162	159	939	2,2
Oldenburg (Holstein)	78 544	23 297	30	+ 48	- 21	1 109	640	469	1 071	9,8
Pinneberg	206 490	64 915	31	+ 85	+ 3	682	391	291	18 679	67,8
Plön	107 901	29 923	28	+ 60	- 13	773	403	370	1 766	7,1
Rendsburg	155 156	43 027	28	+ 58	- 16	1 422	558	864	9 636	20,9
Schleswig	98 157	22 133	23	+ 26	- 23	641	371	270	3 881	29,0
Segeberg	91 977	28 735	31	+ 71	- 17	449	232	217	4 210	13,0
Steinburg	122 811	36 194	29	+ 43	- 21	396	282	114	9 049	34,1
Stormarn	137 284	45 882	33	+ 102	- 6	542	271	271	7 134	79,7
Süderdithmarschen	72 298	17 321	24	+ 34	- 26	215	132	83	4 706	37,0
Südtondern	59 068	11 022	19	+ 28	- 18	138	99	39	1 276	3,4
Schleswig-Holstein	2 286 046	641 392	28	+ 44	- 12	17 323	8 953	8 370	166 222	529,4

Kreisfreie Städte und Landkreise	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 3. Vierteljahr 1959						Baufertigstellungen vom 1. 1. bis 30. 9. 1959		Straßenverkehrs-unfälle im 2. Vierteljahr 1959 <sup>9)</sup>		
	Veranschlagte reine Baukosten für alle <sup>7)</sup> ganzen Gebäude		Umbauter Raum in allen <sup>7)</sup> ganzen Gebäuden		Wohnungen		Normal-woh-nungen	Normal-wohn-räume <sup>8)</sup>	Un-fälle	Ge-tötete <sup>10)</sup>	Ver-letzte
	ins-gesamt	darunter für Wohn-gebäude	ins-gesamt	darunter in Wohn-gebäuden	ins-gesamt	darunter in ganzen Wohn-gebäuden <sup>7)</sup>					
	1 000 DM		1 000 cbm								
Flensburg	2 928	1 658	72	38	62	47	560	2 299	453	3	209
Kiel	29 687	13 950	410	202	584	525	1 893	6 996	1 183	7	553
Lübeck	18 264	14 858	303	237	802	771	1 093	3 669	995	7	470
Neumünster	2 846	1 938	45	28	66	55	321	1 264	309	2	169
Eckernförde	8 079	5 160	139	83	269	224	361	1 425	245	2	118
Eiderstedt	1 421	1 352	23	20	54	52	31	148	44	4	16
Eutin	7 159	6 369	118	97	282	271	292	1 256	348	9	195
Flensburg-Land	4 664	3 940	86	65	154	143	181	668	187	6	121
Hzgt. Lauenburg	10 840	9 110	205	145	417	355	533	2 010	386	8	174
Husum	4 053	2 699	81	47	108	86	215	927	192	8	104
Norderdithmarschen	5 928	5 132	107	82	206	195	150	679	144	4	60
Oldenburg (Holstein)	2 909	2 536	54	36	116	110	296	1 369	225	6	111
Pinneberg	23 393	17 757	362	245	755	663	1 125	4 736	730	6	364
Plön	13 021	11 448	201	163	484	442	292	1 264	247	4	124
Rendsburg	20 677	17 415	347	253	769	682	974	3 751	515	11	291
Schleswig	9 259	7 948	171	123	352	315	552	2 332	317	4	140
Segeberg	12 423	10 667	229	180	474	432	413	1 721	310	11	185
Steinburg	5 875	4 789	100	69	190	174	426	1 698	349	4	195
Stormarn	16 855	12 320	257	178	578	471	745	2 917	447	8	219
Süderdithmarschen	4 219	3 521	75	59	152	126	246	939	189	5	90
Südtondern	11 359	9 858	194	153	364	345	276	1 155	171	2	87
Schleswig-Holstein	215 859	164 425	3 579	2 503	7 238	6 484	10 975	43 223	7 986	121	3 995

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschrieben 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Gebietsstand vom 31. 7. 1959 4) Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein 5) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 6) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 7) Neubau und Wiederaufbau 8) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 9) vorläufige Ergebnisse 10) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen a) einschl. Durchgangslager Wentorf (318 Arbeitslose)



## SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND\*

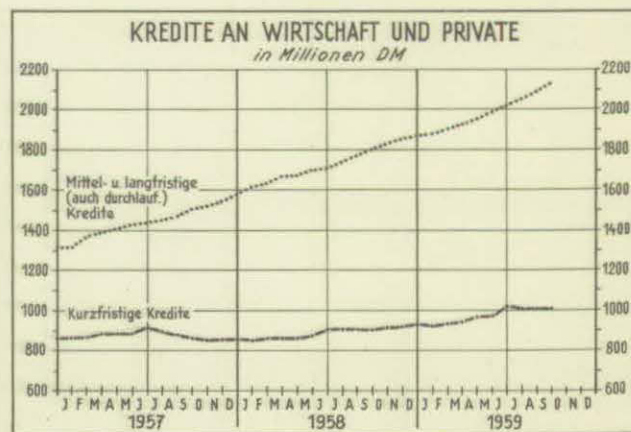
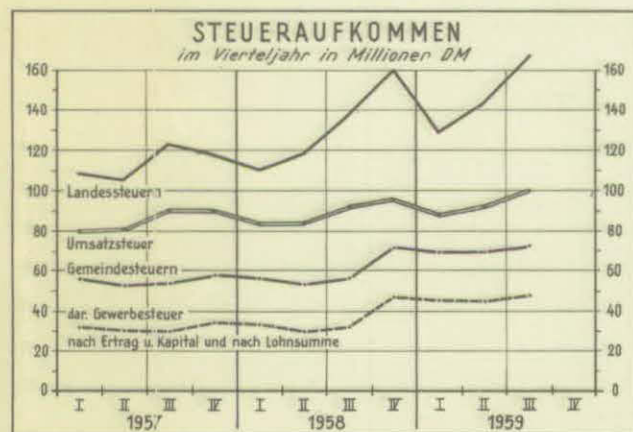
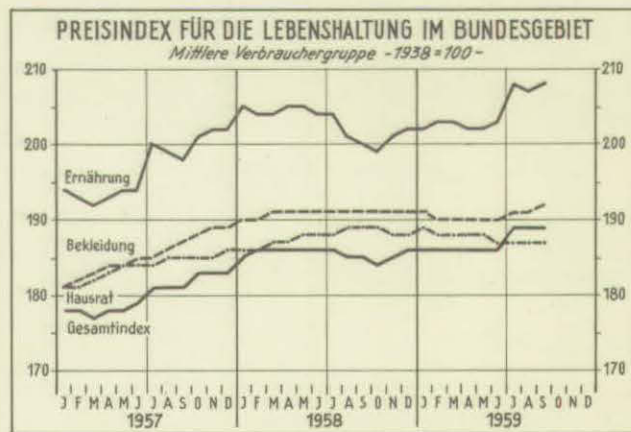
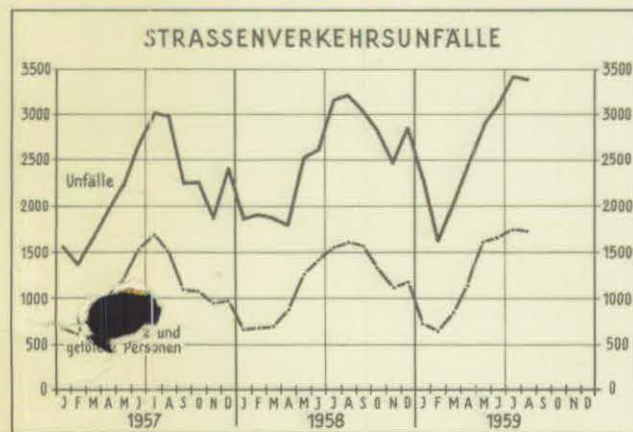
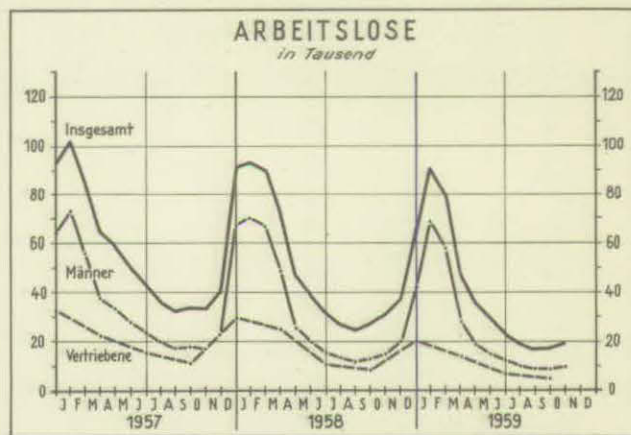
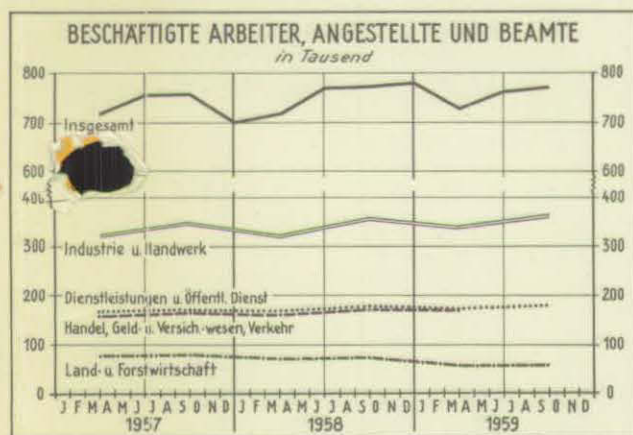
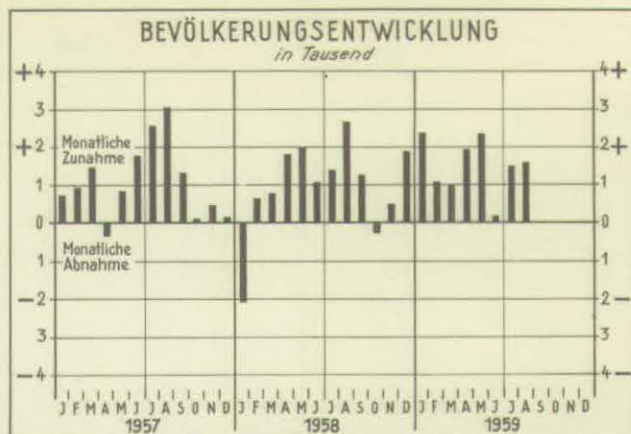
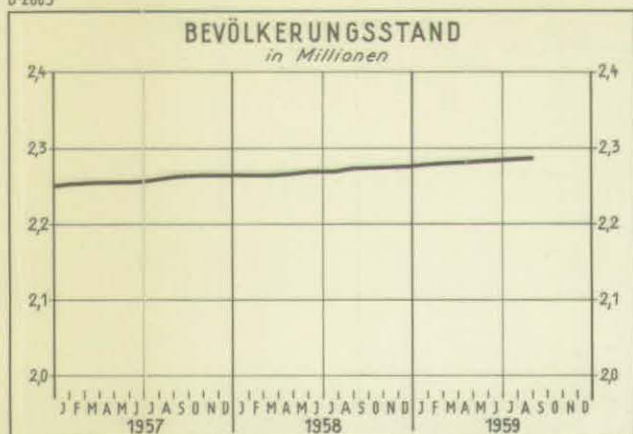
Bezeichnung	Zeit — Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Würtbg.	Bayern
<b>Bevölkerung</b>											
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung <sup>1</sup>											
in 1000	30.6.1959	51 754	2 285	1 815	6 526	684	15 567	4 676	3 370	7 506	9 325
darunter											
Vertriebene <sup>2</sup>											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	18	28	14	25	16	15	19	9	18	19
Zugewanderte <sup>3</sup>											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	6	6	9	7	8	7	7	5	6	4
Veränderung in %											
30.6.1959 gegenüber VZ 1939	"	+ 32	+ 44	+ 6	+ 44	+ 21	+ 30	+ 34	+ 14	+ 37	+ 32
30.6.1959 " VZ 1950 <sup>4</sup>	"	+ 10	- 11	+ 16	- 3	+ 25	+ 20	+ 10	+ 14	+ 19	+ 2
Bevölkerungsdichte <sup>5</sup>											
Einwohner je qkm	"	211	146	2 430	138	1 693	458	222	170	210	132
<b>Unterricht, Bildung und Kultur</b>											
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen											
in 1000	Mai 1957 <sup>6</sup>	6 024	323	204	816	81	1 744	556	388	814	1 097
je 1000 Einwohner	"	119	143	115	126	123	115	122	118	112	120
<b>Arbeit</b>											
Beschäftigte Arbeitnehmer <sup>7</sup>											
in 1000	30.6.1959	19 590	764	792	2 400	281	6 380	1 701	1 094	2 884	3 294
Arbeitslose											
in 1000	30.9.1959	184	17	7	32	5	57	13	8	7	38
Arbeitslose Vertriebene											
in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	"	17,1	29,9	7,2	24,5	7,9	9,0	19,1	9,0	19,5	29,8
<b>Volkseinkommen<sup>8</sup></b>											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten											
in Mio DM	1957	161 335	5 454	9 022	17 740	2 929	55 613	13 903	8 218	23 440	25 017
	1958 <sup>9</sup>	169 300	5 743	9 531	18 691	3 021	57 511	14 796	8 542	25 171	26 294
in DM je Einwohner	1957	3 197	2 415	5 089	2 735	4 472	3 698	3 041	2 498	3 239	2 732
	1958 <sup>9</sup>	3 311	2 531	5 304	2 874	4 504	3 753	3 199	2 562	3 416	2 848
<b>Landwirtschaft</b>											
Getreideernte <sup>10</sup>											
in dz je ha	1959	29,0	31,9	25,9	27,9	24,9	30,9	31,5	28,5	28,9	27,5
in 1000 t	"	14 317	1 394	15	2 870	6	2 391	1 286	1 027	1 629	3 788
Erzeugung von Kuhmilch											
in 1000 t	Aug. 1959	1 577	130	2	329	2	249	107	72	212	473
	Sept. 1959 <sup>11</sup>	1 425	104	2	267	2	204	100	70	212	464
in kg je Kuh und Tag	Aug. 1959	9,2	9,9	9,6	10,8	11,0	10,3	8,7	7,1	7,9	8,6
	Sept. 1959 <sup>11</sup>	8,5	8,1	9,1	9,1	9,5	8,7	8,4	7,2	8,2	8,7
<b>Industrie</b>											
Beschäftigte <sup>11</sup>											
in 1000	31.7.1959	7 327	164	229	656	105	2 775	611	344	1 333	1 100
je 1000 Einwohner	"	142	72	126	102	153	178	131	102	178	118
Umsatz <sup>12</sup>											
insgesamt in Mio DM	Juli 1959	18 906	511	1 030	1 873	343	7 085	1 494	922	3 158	2 489
darunter											
Auslandsumsatz in Mio DM	"	2 807	72	151	287	55	1 022	283	134	481	323
Produktionsindex <sup>13</sup> (arbeitsmäßig; 1950=100)	"	p 210	225	.	220	222	.	.	.	238	221
<b>Bauwirtschaft<sup>14</sup> und Wohnungswesen</b>											
Beschäftigte											
in 1000	31.7.1959	1 396	62	49	187	22	419	117	81	208	251
je 1000 Einwohner	"	27,0	27,2	26,9	28,6	31,7	25,9	25,1	24,1	27,7	26,9
Geleistete Arbeitsstunden											
insgesamt in Mio	Juli 1959	242	11	8	33	4	72	20	14	37	44
je Einwohner	"	4,7	4,9	4,5	5,0	5,5	4,6	4,2	4,3	4,9	4,7
Zum Bau genehmigte Wohnungen <sup>14</sup>											
Anzahl	Aug. 1959	56 206	3 217	2 946	6 284	476	16 794	4 422	4 318	8 553	9 196
je 10 000 Einwohner	"	10,9	14,1	16,2	9,6	7,0	10,8	9,5	12,8	11,4	9,9
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)											
Anzahl	"	41 587	1 740	1 245	5 356	989	13 970	2 139	2 215	5 786	8 147
je 10 000 Einwohner	"	8,0	7,6	6,9	8,2	14,5	9,0	4,6	6,6	7,7	8,7
<b>Ausfuhr</b>											
Ausfuhr insgesamt in Mio DM <sup>15</sup>	Juli 1959	3 306*	60	175	328	67	1 173	296	163	551	357
<b>Verkehr</b>											
Strassenverkehrsunfälle <sup>16</sup>											
insgesamt	2.Vj. 1959	198 962	7 986	11 557	22 527	3 328	60 944	19 315	12 515	28 120	32 670
je 10 000 Einwohner	"	38	35	64	35	49	39	41	37	37	35
Getötete Personen											
Anzahl	"	3 263	121	47	483	28	953	273	254	525	579
je 1000 Unfälle	"	15	15	4	21	8	15	14	20	19	18
<b>Steuern</b>											
Steueraufkommen je Einwohner in DM											
Landesteuern <sup>15</sup>	1.Rvj. 1959	101	63	227	75	126	111	115	69	111	81
Bundessteuern <sup>16</sup>	"	111	120	440	80	261	120	77	90	96	77
Gemeindesteuern	"	39	31	61	34	52	45	36	29	41	30
<b>Geld und Kredit</b>											
Bestand an Spareinlagen											
je Einwohner in DM	31.8.1959	723	525	1 038	675	840	768	709	630	740	686

\*) ohne Saarland und Berlin (West)

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 4) berechnet auf die rückwirkend berichtete Bevölkerungszahl auf Grund der Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 5) Gebietsstand: 31.12.1958 6) Bayern: 1. Oktober 1957 7) Arbeiter, Angestellte und Beamte 8) vorläufige Zahlen 9) von Scheingerinnen bzw. -verlusten bereinigt 10) ohne Körnermais 11) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 12) Gesamtindex (ohne Bau) 13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 14) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 15) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (35 % im Rechnungsjahr 1959) 16) einschl. Notopfer Berlin a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmontat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen



## SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A\*



\*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Index der industriellen Produktion; Industriebeschäftigte; Industrieumsatz, dar. Auslandsumsatz; Arbeitsverdienste; Beschäftigtenzahl und Produktionsindex für Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie.



## Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

### Heft 1/1959

Die Landtagswahl am 28. 9. 1958 in Schleswig-Holstein  
Die Familien in den Haushalten Schleswig-Holsteins  
Die Vieh- und Fleischwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1957/58  
Die Gasversorgung Schleswig-Holsteins 1955 - 1957  
Die Getreideernte 1958  
Rundfunk und Fernsehen

### Heft 2/1959

Die Landtagswahl am 28.9.1958 in Schleswig-Holstein (Teil 2)  
Die berufliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen  
Die Entwicklung der Nutzviehhaltung (Teil 3)  
Die Krankenanstalten in Schleswig-Holstein 1954/1957  
Die Verdienste der kaufmännischen Angestellten in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet  
Die Filmtheater im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein  
Die Fürsorge in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1957

### Heft 3/1959

Die Sozialbezüge in Schleswig-Holstein 1953 - 1957  
Das Bauergebnis des Jahres 1957  
Das Auftreten von Tierseuchen in den Jahren 1950 - 1957  
Die Ursachen der Todesfälle in Schleswig-Holstein  
Die kommunale und staatliche Verschuldung  
Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins 1957  
Kraftfahrzeuge in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet  
Die Ausländer in Schleswig-Holstein  
- Stand: 31. 12. 1958 -

### Heft 4/1959

Die Kriminalität in Schleswig-Holstein  
Der Fremdenverkehr im Jahre 1957/58  
Güterverkehr Schleswig-Holsteins auf dem Wasserwege 1956  
Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund im 1. Halbjahr 1958

### Heft 5/1959

Der Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1958  
Die Lohnsteuerpflichtigen und ihre Bruttolöhne im Jahre 1955  
Die Milchwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1958  
Der Baumbestand und die Ernte des Obstes 1958  
10 Jahre Beschäftigtenentwicklung in Industrie und Landwirtschaft  
Mehr Arbeitnehmer in höheren Bruttolohngruppen  
Die Pädagogischen Hochschulen  
Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1958  
Die Zahlungsschwierigkeiten im Jahre 1958

### Heft 6/1959

Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 1)  
Der soziale Wohnungsbau 1957  
Die soziale Situation der Flüchtlinge 1954/55  
Die soziale Rentenversicherung in Schleswig-Holstein  
Die Umsätze im Jahre 1957 und ihre Entwicklung  
Die Einzelhandelsumsätze im Jahre 1958

### Heft 7/1959

Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 2)  
See- und Binnenschiffe in Schleswig-Holstein am 31. Dezember 1957  
Gemeindestrassen nach dem Stand vom 31. März 1956  
Die Leistungen der Bundespost im Jahre 1958  
Der Schlepperbestand in der Landwirtschaft  
Spareinlagen in Schleswig-Holstein und im Bund 1948 - 1958

### Heft 8/1959

Vorausberechnungen wirtschaftlich relevanter (Teil II)  
Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 3)  
Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten im Jahre 1958  
Weitere Zunahme der Baugenehmigungen  
Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund 1958  
Feuerwehr und Brandschäden 1958  
Die Belieferung der Landwirtschaft mit Düngemitteln 1957/58  
Das Handwerk Schleswig-Holsteins im Jahre 1958

### Heft 9/1959

Die Struktur der Bevölkerung in Schleswig-Holstein  
Die berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein 1950 - 1958  
Gemeindesteueraufkommen im Rechnungsjahr 1958  
Die Bauwirtschaft 1958  
Statistik des Lastenausgleichs 1957 und 1958  
Ansteckende Krankheiten (ohne Tuberkulose) in den Jahren 1957 und 1958  
Die Pflanzenbestände in den Baumschulen

### Heft 10/1959

Die Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein  
Das Sozialprodukt Schleswig-Holsteins 1950 - 1958 (Teil 1)  
Einkommen der natürlichen Personen in Schleswig-Holstein  
Die Einkommenspyramide in Schleswig-Holstein  
Durchschnittsmieten und Mietpreisstufen  
Anbau und Ernte von Gemüse 1958  
Bauleistung 1958 etwa ebenso gross wie im Vorjahr  
Die Angestellten nach ihrer Stellung im Betrieb  
Der Wasserverbrauch der Industrie im Jahre 1957

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43 602, Hausapp. 85. Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann, Kiel. Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. Bestellungen nimmt entgegen: Stat. Landesamt Schleswig-Holstein

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen